



Bayerischer Forschungsverbund
ForDemocracy
Geschäftsstelle an der
Ludwig-Maximilians-Universität München

Kontakt
Geschäftsführung
Sabine Toussaint M.A.
Tel. +49 89 2180-4174
fordemocracy@ifkw.lmu.de

Website: www.fordemocracy.de
Blog: <https://fordemocracy.hypotheses.org/>
Twitter: @For_Democracy_



DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Über Lust und Frust
politischer Teilhabe

ForDemocracy ist die Kurzform des Bayerischen Forschungsverbunds „Zukunft der Demokratie“, der über vier Jahre (2018-2022) durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert wird. In ForDemocracy geht es um aktuelle und zukünftige Partizipations- und Entscheidungsverfahren sowie um Vorstellungen von Demokratie und deren Veränderungsbedarfen.

Eine Gruppe von sieben Teilprojekten des Verbunds hat sich intensiv zu Fragen politischer Beteiligung, ihrem Gelingen und Misslingen, ausgetauscht. Besonders an diesem Austausch sind zwei Aspekte: Zum einen stammen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen: Soziologie, Kommunikationswissenschaft, Politische Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Soziale Arbeit. Zum anderen arbeiten sie alle im Rahmen ihrer ForDemocracy-Forschungsprojekte mit Organisationen aus der Praxis zusammen und bearbeiten mit ihnen – in ganz unterschiedlichen Formationen – ihre spezifischen Fragestellungen.

Dieser Band ist aus einer Reihe von Beiträgen auf dem wissenschaftlichen Blog des Verbunds entstanden, in denen diese Arbeit dargestellt und ausgewertet wird. Er beginnt mit Robert Jendes Einführung zu Konzept der Partizipation und verschiedenen Gelingensbedingungen demokratischer Gestaltung und gesellschaftlicher Selbstorganisation. Im folgenden Beitrag formulieren Lisa Herzog und Alexander Krüger Einsichten aus ihrer empirischen Forschung zu den spezifischen Gelingensbedingungen demokratischer Selbstorganisation in Unternehmen. Robert Jende porträtiert sodann einen Reparatuer „aus dem Bilderbuch“ und zeigt dabei zugleich, wie voraussetzungsvoll zivilgesellschaftliche Gestaltung in einer konsumorientierten Gesellschaft ist, in der Partizipation häufig mit Freizeit und Erholung konkurriert. Daran schließt sich ein Werkstattbericht von Christian Gelleri aus dem Chiemgauer-Reallabor an, in dem Forschende und Bürger:innen gemeinsam die Regionalwährung Chiemgauer zu einer Klimawährung fortentwickeln. In einem weiteren Beitrag zur Demokratisierung der Arbeit legen Lisa

Herzog und Alexander Krüger die Vorzüge selbstorganisierter Arbeit für Individuen, Unternehmen und Gesellschaft dar. Annette Scheunpflug stellt Ergebnisse aus empirischer Forschung zu Orientierungen kultureller Zugehörigkeit von türkeistämmigen Menschen in Deutschland dar und wie diese sich auf die Bereitschaft zu gesellschaftlicher Partizipation auswirken. Der nachfolgende Beitrag von Mina Mittertrainer und Barbara Thiessen vermittelt durch Ausschnitte aus Gruppendiskussionen im Rahmen einer Forschungswerkstatt einen Eindruck von der mangelnden Anerkennung junger Frauen im ländlichen Raum als politisch relevante Subjekte. Ein weiterer Beitrag zu Orientierungen türkeistämmiger Menschen in Deutschland von Annette Scheunpflug, Emmer Demorel, Caroline Rau & Susanne Timm verdeutlicht, wie die kulturelle Konnotation von Politik und politischen Debatten mit Streit und Konflikt Menschen von politischer Partizipation abhalten kann. Es folgt ein Einblick von Robert Jende in Demokratiecafés als „schools of active citizenship“, wo aktive Bürgerschaft erlernt und praktiziert werden kann. In zwei weiteren Beiträgen geben Franziska Maas und Jörn Hurtienne Einblicke, wie sie durch Verfahren partizipativen Designs digitale Tools zur Unterstützung von Bürger*innenbeteiligung im Stadteil und Fridays for Future entwickeln. Alexis Mirbach gibt in seinem Beitrag einen Einblick in eine Workshopreihe zur Zukunft von Medien und Journalismus aus der Sicht von Bürger*innen und zeigt, wie vielfältig und unerwartet die Wirkungen partizipativer Forschung sein können. In einem Fazit fassen Mina Mittertrainer und Barbara Thiessen zusammen, was sich aus den Beiträgen für die Vermeidung von Scheinpartizipation und die Ermöglichung gelingender politischer Teilhabe lernen lässt.

Unser besonderer Dank gilt allen Organisationen aus der Praxis, die mit uns gearbeitet und Erfahrungen gesammelt haben, die den vielfältigen Inhalt der folgenden Texte bieten.

**Isabel Feichtner & Gerald Beck
Co-Sprecher*innen des Forschungsverbunds ForDemocracy**

Inhalt

02	Einleitung: Was ist Partizipation? Robert Jende (Hochschule für angewandte Wissenschaften München)	36	„Politik fördert Streit“ – Orientierungen zu demokratiebezogener Partizipation in deutsch-türkischen Milieus Annette Scheunpflug, Emmer Demorel, Caroline Rau & Susanne Timm (Otto-Friedrich-Universität Bamberg)
06	Themenbereich Wirtschaft		
08	Wie kann demokratische Selbstorganisation in Firmen gelingen? Lisa Herzog & Alexander Krüger (Technische Universität München)	40	Wie Partizipation gelingt – und was sie verhindert Robert Jende (Hochschule für angewandte Wissenschaften München)
12	Reparieren für eine bessere Gesellschaft Robert Jende (Hochschule für angewandte Wissenschaften München)	46	Themenbereich Digitalisierung
16	Werkstattbericht aus dem Chiemgauer Reallabor Christian Gelleri (Julius-Maximilians-Universität Würzburg)	48	Von Spaziergängen und fehlender KiTa: Beteiligung im Stadtteil Würzburg-Hubland Jörn Hurtienne & Franziska Maas (Julius-Maximilians-Universität Würzburg)
22	Warum sich demokratische Selbstorganisation in Firmen lohnt? Lisa Herzog & Alexander Krüger (Technische Universität München)	54	Wenn bayrische KulturVision auf die Zukunft des Journalismus trifft – ein Workshop im Rahmen der Bürgerkonferenz Medien Alexis Mirbach (Ludwig-Maximilians-Universität München)
26	Themenbereich Intersektionalität	60	„Die Masse macht’s“: Hürden der Teilnahme an Klima-Demonstrationen Jörn Hurtienne & Franziska Maas (Julius-Maximilians-Universität Würzburg)
28	„Mit türkischen Augen“ – Orientierungen zu kultureller Zugehörigkeit Annette Scheunpflug, Emmer Demorel, Caroline Rau & Susanne Timm (Otto-Friedrich-Universität Bamberg)	64	Fazit: Demokratische Feigenblätter und Chancen der Partizipation Mina Mittertrainer & Barbara Thiessen (Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut)
32	Wenig Lust und sehr viel Frust: Partizipation im Männer-Dschungel Mina Mittertrainer & Barbara Thiessen (Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut)	68	Projektverzeichnis

Einleitung

Was ist Partizipation?



In den einzelnen Teilprojekten des Forschungsverbundes „ForDemocracy – Zukunft der Demokratie“ haben wir in unserem empirischen Material Stimmen und Befunde gesammelt, die sich im Spannungsfeld von großer Begeisterung und herber Enttäuschung gegenüber der Beteiligung an der Gestaltung gemeinsamer Lebenswelten bewegen. Unterschiedliche Perspektiven und disziplinäre Zugänge versammeln sich in dieser Broschüre in einer Reihe von knappen und pointierten Texten. Einleitend wollen wir klären, was wir mit Partizipation meinen.

Partizipation bedeutet Teil sein von etwas oder Teil haben an etwas: Ich partizipiere, also bin ich in Beziehung. Aus dem Lateinischen participatio (Femininum) wird der Begriff mit Teilhabe, Beteiligung, Mitwirkung oder Mitbestimmung übersetzt. Geläufig gebraucht wird der Begriff in einem politischen Sinne als Mitwirkung an der Gestaltung der gemeinsam geteilten Lebensgrundlagen. Demokratie erscheint hier als Lebensform, ein way of life (Dewey 2001) und erschöpft sich nicht im periodischen Gang zur Wahlurne (vgl. van Reybrouck 2016).

Von einer „Partizipativen Demokratie“ soll aus Sicht der Politischen Philosophie gesprochen werden, wenn (möglichst) alle Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens aktiv und regelmäßig in demokratische Prozesse eingebunden sind. Das kann durch eine Teilnahme am öffentlichen und politischen Diskurs sowie durch die Einbindung in demokratische Prozesse auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gewährleistet werden, aber auch gesellschaftliche Institutionen wie Schulen, Zeitungen, Währungen oder Unternehmen können durch eine möglichst weit gefasste Beteiligung von Bürger*innen demokratisiert werden. Instrumente einer partizipativen Demokratie sind zum Beispiel Bürgerräte, Mini-Publics, Bürgerkonferenzen, Planungszellen, Zukunftswerkstätten oder Demokratiefestivals. Diese Formen bürgerschaftlicher Versammlungen, auch demokratische Innovationen genannt, kommen immer häufiger als Ergänzung zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie

zum Einsatz (vgl. Elstub und Escobar 2019).

Für eine gelingende politische Partizipation hat Involve, die britische Wohlfahrtsorganisation für Bürgerbeteiligung, neun Prinzipien herausgestellt:

1. Der Prozess macht einen Unterschied.
2. Der Prozess ist transparent.
3. Der Prozess ist aufrichtig und belastbar (integer).
4. Der Prozess ist auf die Sachlage zugeschnitten.
5. Der Prozess bezieht die richtige Anzahl und die passenden Personen ein.
6. Der Prozess behandelt die Teilnehmenden mit Respekt.
7. Der Prozess räumt den Diskussionen der Teilnehmenden Priorität ein.
8. Der Prozess wird überprüft und evaluiert, um die Praxis zu verbessern.
9. Die Teilnehmenden werden auf dem Laufenden gehalten.

Partizipation als Ermöglichung politischer Teilhabe kann ein Prozess des Aufschließens demokratischer Gestaltungsspielräume sein, indem Demokratie als Regierungsform von einer Demokratisierung als Teilhabeausschweifungsprozess ergänzt und gestört wird. Betroffene Gruppen, Anwohner:innen, „Expert:innen des Alltags“ und vielleicht sogar nichtmenschliche Akteure wie Tiere und Pflanzen werden in partizipative Verfahren einbezogen und können in einem Aushandlungsprozess über eine gemeinsame Sache (public issues) mitbestimmen.

Partizipation kann aber auch als Selbstzweck durchgeführt und zum bloßen Partizipation werden. Die Bedeutung dieses Kofferworts ergibt sich aus der Kombination von Partizipation und Entertainment. Diese „Pseudopartizipation im politischen Raum“ (Nauditt und Wermerskirch 2018, S. 62) kann als innenpolitisches Befriedungsinstrument eingesetzt werden, um die Legitimation von politischen Entscheidungen zu stärken.

Der Bürgerrat als Beispiel für erweiterte Partizipationsmöglichkeiten

Ein aktuelles Beispiel für ein Experimentieren mit neuen Beteiligungsformaten bietet der Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ (Bürgerrat 2021). 169 zufällig ausgeloste Bürger:innen sollten sich der Frage nach der Rolle Deutschlands in der Welt in fünf „Reisegruppen“ zu den Themen 1) Wirtschaft und Handel, 2) Europäische Union, 3) Frieden und Sicherheit, 4) Demokratie und Rechtsstaat, sowie 5) Nachhaltige Entwicklung widmen. Das Thema ist auffällig unspezifisch und als politische Frage nach kollektiv bindenden Entscheidungen kaum adressierbar. Mit der inhaltlichen Ausrichtung erfüllt dieser Bürgerrat bereits die Voraussetzung durchschlagend wirkungslos zu bleiben. Auf der Ebene der Form, als eine Lerneinheit für Verfahren der Demokratisierung, kann dieser Bürgerrat als Erfahrung jedoch einen Unterschied machen. So sprach der Begleitforscher Hans Lietzmann, Professor für European Studies an der Bergischen Universität Wuppertal, von einem „avantgardistischen Projekt“, welches die Distanz zwischen politischen Institutionen und der Lebenswelt vermindert und plädiert schließlich auch dafür, sich in Zukunft mit diesem Format relevanteren und lebensnahen Fragen zuzuwenden. Ein weiterer Begleitforscher, Professor für Transformative Nachhaltigkeitsforschung Ortwin Renn, präsentiert in seinem Zwischenfazit, dass die Zufriedenheit mit dem Partizipationsprozess unabhängig von den Ergebnissen sehr hoch gewesen sei. 90% derer, die mit den Ergebnissen der Deliberation unzufrieden waren, waren mit dem Ablauf des Verfahrens mindestens zufrieden, wenn nicht gar sehr zufrieden.

Auch der Schirmherr und ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, war mit dem Ergebnis des Bürgerrats zufrieden. Er nahm das Bürgergutachten am 19. März 2021 entgegen und baute seine Rede auf den Satz: „Das kostbarste Gut in der Demokratie ist Vertrauen“. Ein Bürgerrat könne die parlamentarische Demokratie ergänzen und durch Herausbildung von Verständnis und Beteiligung an politischen

Prozessen die parlamentarische Demokratie stärken. Gefördert und gestärkt wird Vertrauen durch die Förderung einer „sozialen Bürgerschaft“ (Allmendinger und Wetzel 2020, S. 75), in einer Mitgestaltung des „großen Wir“ als gemeinsam geteilten Bezugspunkt (ebd., S. 25ff.). Partizipation vermindert die Distanz zwischen institutioneller Demokratie und Demokratie als Lebensform – und damit zwischen System und Lebenswelt (vgl. Habermas 1981). Das fördert sowohl das Vertrauen in die eigene Wirksamkeit (self-efficacy) als auch das Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen. In einer Demokratie müssen Individuum und Gesellschaft in ein gutes Verhältnis gebracht werden. Politische Teilhabe durch demokratische Innovationen ist ein Schlüssel dazu.

Der Prozess des Bürgerrats wurde visuell unterstützt, professionell moderiert und bot unterschiedlichsten Menschen die Möglichkeit, an einem deliberativen Prozess teilzuhaben. Unabhängig von der politischen Verbindlichkeit waren diese gemeinsamen 50 Stunden des demokratischen Austauschs eine Übungseinheit einer erweiterten Form politischer Teilhabe. Die Form des Bürgerparlaments kann für unterschiedliche Inhalte eingesetzt werden, also auch für solche, die eine tatsächliche Relevanz für den Rahmen der eigenen Lebensführung und die der Mitmenschen haben. Dieses Beispiel zeigt: Wie das Sprechen und Musizieren, Lesen und Schreiben oder Befehlen und Folgeleisten müssen auch Dialog und Zuhören, Kooperation und Aushandeln oder Nachsicht und Weitsicht eingeübt werden. Institutionen und Verfahren der politischen Teilhabe sind Kulturtechniken der Demokratisierung, die gelernt werden müssen und können.

Bildung als Schlüssel für den Zugang

Diese Kulturtechniken sind vielfältig und es ist im Fachdiskurs durchaus umstritten, wie diese im Detail aussehen. Himmelmann (2008) nennt drei verschiedene Bereiche, die es zu lernen gilt: (1) die affektiv moralischen Einstellungen wie die Achtung von Menschen oder die Wertschätzung von Pluralismus,



(2) die kognitiven Fähigkeiten entsprechende Urteilskraft zu erlangen und Sachkenntnis zu zeigen sowie (3) praktisch-instrumentelle Fähigkeiten wie etwa das Ausdrucksvermögen, Kooperationsfähigkeit oder Kompromissfähigkeiten. Je pluraler und vielfältiger eine Gesellschaft wird, desto geringer werden die bindenden Kräfte von Partizipation ermöglichenden Institutionen, wie etwa Vereine, religiöse Gemeinschaften oder soziale Bewegungen. Umso mehr müssen Menschen lernen, sich selbst anderen Menschen zuzuordnen und auf diese zuzugehen, um partizipieren zu können (vgl. Scheunpflug 2016). Selbstwirksamkeitserfahrungen, Erfahrungen der Anerkennung und die Eröffnung von Möglichkeitsräumen sind für diese Lernschritte unabdingbar – und werden häufig gerade durch formale Bildungsangebote wenig erschlossen. Hier sind non-formale Bildungsangebote in Vereinen, Jugendzentren oder selbstorganisierten Erfahrungsräumen bedeutsam; jedoch sind diese für viele Jugendliche nicht zugänglich, wenn sie selbst nicht den ersten Schritt wagen, sich in diese zu begeben oder wenn sie in Situationen leben, die ihnen den Zugang zu diesen Lernmöglichkeiten erschwert. Insofern hat die Schule hier einen besonderen Bildungsauftrag.

Partizipation als politische Teilhabe ist sehr voraussetzungsvoll und führt auf vielen Ebenen des Lebens zu Ein- und Ausschlüssen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ich an manchen Kontexten mitwirken und an anderen nicht. Wie die Zugänge unseres Forschungsverbundes sind auch die Vorstellungen von den Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung an der Gestaltung der Lebenswelt divers und umkämpft.

Wichtig sind aber auch im Erwachsenenleben niedrigschwellige und offene Räume, die auf Selbstzuordnung Lust machen, die damit Partizipation ermöglichen und zur Mitgestaltung von Gesellschaft einladen.

Einschluss durch Ausschluss

Soziologisch lässt sich der Begriff der Partizipation allgemein mit der Differenz von Einschluss und Ausschluss fassen. Jeder Mensch ist Teil unterschiedlicher Zugehörigkeiten, Selbstidentifikationen und Zuschreibungen – und damit andererseits kein Teil der damit ausgeschlossenen Möglichkeiten des individuellen Daseins. Einfach ausgedrückt: Die gesellschaftliche Existenz beruht auf der Kontingenz der historischen Standortgebundenheit. Wer in einer Demokratie an welchen politischen Gestaltungsprozessen mitwirken kann, ist hochgradig ungleich verteilt und ist abhängig von einer „Öffnung von Berechtigungsräumen“ (Lessenich 2019, S. 21). Um an (Bundes- oder Landtags-)Wahlen teilnehmen zu dürfen, bedarf es grundsätzlich einer entsprechenden Staatsbürger:innenschaft.

Doch um politische Teilhabe in einem weiteren Sinne zu ermöglichen, müssen Machtverhältnisse in Bezug auf marginalisierte Gruppen thematisiert werden. Deren Teilhabe wurde historisch durch soziale Bewegungen (insbesondere Arbeiterbewegungen, Frauenbewegungen, Selbsthilfebewegungen) als grundlegende Gerechtigkeitsoption politisiert. Partizipation orientiert also auch im Kontext der Wissenschaft Soziale Arbeit sowie der Gender Studies auf Demokratisierungsprozesse durch gesellschaftliche, ökonomische oder kulturelle Teilhabe. In den jeweiligen Praxisfeldern beschränkt sich dieser politisch-emanzipative Fokus nicht auf institutionalisierte Teilhabeangebote, sondern umfasst die Gesamtheit der eigenen Lebensbedingungen, deren Gestaltung in einer Demokratie partizipativ erfolgen sollte.

Im Zuge dessen stehen auch intersektionale Hürden der Mitbestimmung sowie soziale Ausschlüsse bspw. aufgrund

von Migrationserfahrung, Bildungsgrad, Sexualität oder Geschlecht im Fokus, die sich verschiedentlich äußern können: so erfordert politische Partizipation in unserer Gesellschaft verschiedene Fähigkeiten (wie bspw. die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben; Formulare verstehen und ausfüllen zu können; den korrekten Ort ausfindig zu machen, um Passierschein A38 zu bekommen usw.), das Wissen um ‚angemessene‘ Verhaltensweisen (respektvolle Umgangsweisen, subtile Unterwürfigkeiten) wie auch eine selbst- und fremdwirksame Intelligenz, um den Anforderungen der Arenen der Politik gerecht zu werden. Die gleichberechtigte (politische) Teilhabe und der Zugang zu Ressourcen als Gegenstände anhaltender Auseinandersetzungen sind grundlegende Faktoren für den Zugang zu politischer Teilhabe.

Partizipation ist folglich ein höchst voraussetzungsreiches Unterfangen und hinter jeder Ecke kann sich eine unüberwindbare Mauer des Ausschlusses erheben. Diese Mauern zu verringern oder überwindbar zu machen kann durch den Einsatz technischer Lösungen erreicht werden. Jedoch ist auch deren Entwicklung nicht frei von den beschriebenen Hürden und Machtstrukturen, sodass Bürger:innen nicht nur von Technologie profitieren, sondern auch partizipativ an deren Gestaltung beteiligt sein sollten.

In einer Reihe von Beispielen geben in dieser Textsammlung einige Teilprojekte des Forschungsverbundes Einblicke in ihr empirisches Material und in das Spannungsfeld zwischen Lust und Frust politischer Teilhabe.

Robert Jende
Hochschule für angewandte Wissenschaften München

≡ Literatur

Allmendinger, J. & Wetzel, J. (2020). *Die Vertrauensfrage. Für eine neue Politik des Zusammenhalts*. Berlin: Dudenverlag.

Bürgerrat (2021). *Deutschlands Rolle in der Welt. Die Empfehlungen des digitalen Bürgerrats*. 13.01. bis 20.02.21. <https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/fileadmin/downloads/buergergutachten2021.pdf>.

Dewey, J. (1916/2001). *Democracy and education. An introduction to the philosophy of education*. University Park, PA: The Pennsylvania State University.

Elstub, S. & Escobar, O. (Ed.) (2019). *Handbook of Democratic Innovation and Governance*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.

Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Himmelmann, G. (2005). *Was ist Demokratiekompetenz? Ein Vergleich von Kompetenzmodellen unter Berücksichtigung internationaler Ansätze*. Berlin : BLK 2005, 66 S. - (Beiträge zur Demokratiepädagogik).

Lessenich, S. (2019). *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.

Nauditt, K. & Wermerskirch, G. (2020). *Radikal beteiligen. Vertiefung demokratischen Handelns*. Gevelsberg: EHP-Verlag.

Scheunpflug, A. (2016). *Vielfalt lernen. Eine konstruktive Lernkultur in einer sich globalisierenden Welt*. In: Jehle, Bernhard (Hrsg.): *Grundkurs Schulmanagement XIV, Herausforderung Vielfalt – Schule*

gemeinsam gestalten. Kronach: Wolters Cluwer, Carl Link, S. 17-26.

Van Reybrouck, D. (2016). *Gegen Wahlen. Warum abstimmen nicht demokratisch ist*. Göttingen: Wallstein.

* Anmerkungen

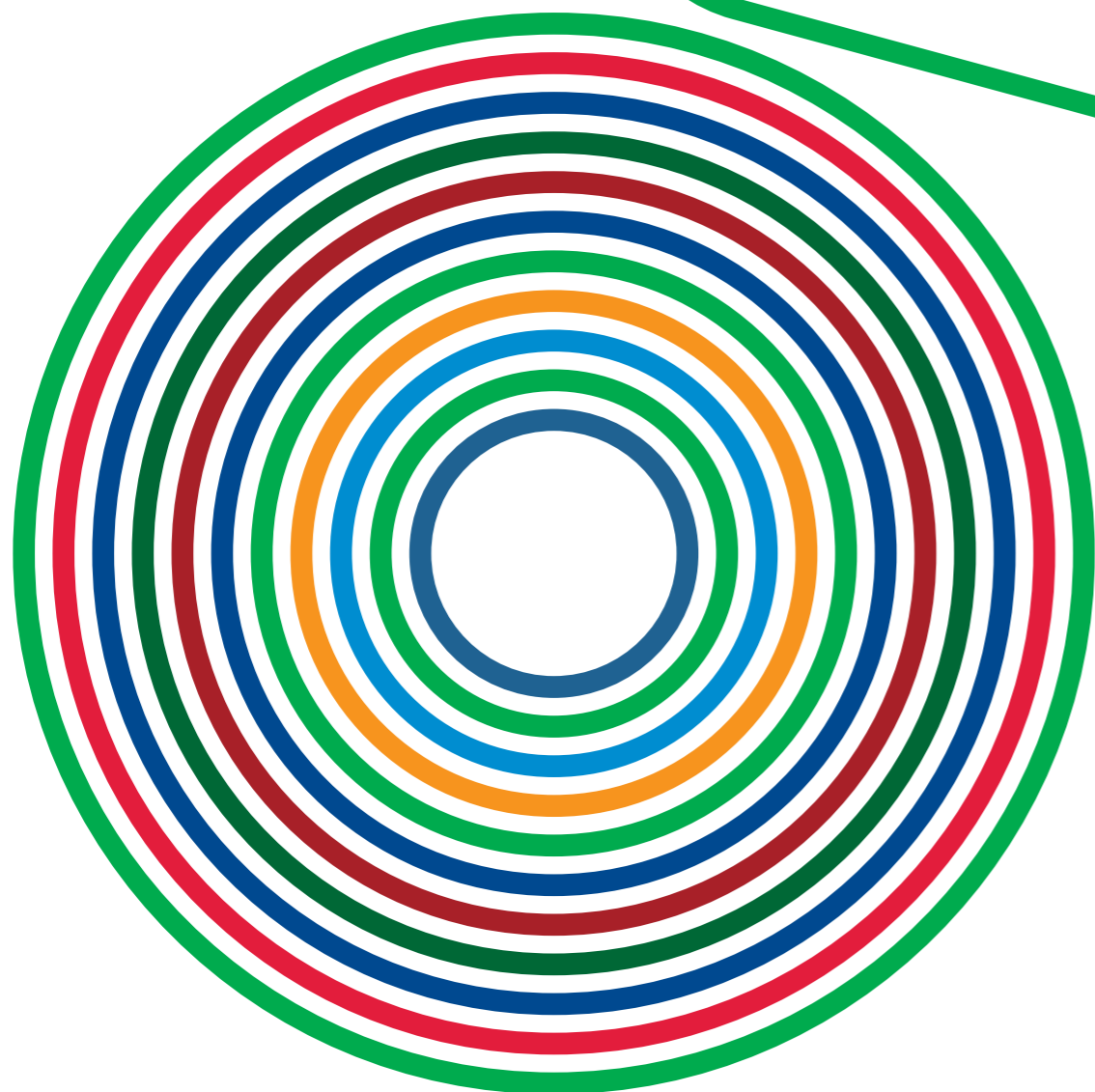
1) <https://www.fordemocracy.de>

2) <https://www.involve.org.uk>

3) <https://www.involve.org.uk/resources/publications/practical-guidance/deliberative-public-engagement-nine-principles>

4) Eigene Übersetzung.

5) YouTube: „Ergebnis-Übergabe des Bürgerrates „Deutschlands Rolle in der Welt“ | 19.03.2021 | geschnitten“ (<https://www.youtube.com/watch?v=ARXILIFbG-Y>, ab Minute 24:46).



Die Wirtschaft ist der wohl mächtigste Begleiter unseres Lebens. So verbringen wir rund ein Drittel unserer Lebenszeit mit Lohnarbeit. Doch wie ist es in Wirtschaft und Arbeit um die Demokratie bestellt? Wie viel Mitbestimmung haben wir hier und wie viel ist überhaupt gut? Immerhin ist der Auftrag der Wirtschaft die Herstellung und Distribution von Gütern des alltäglichen Bedarfs. Da ist Effizienz angesagt und demokratische Prozesse kosten nun mal Zeit. Und Zeit ist Geld, das universelle Zahlungsmittel, mit dem wir uns die produzierten Güter aneignen können. Welcher Zusammenhang besteht eigentlich zwischen Geld und Demokratie? Kann es demokratisches Geld geben?

Die folgenden vier Beiträge beleuchten aus unterschiedlichen Perspektiven die Zusammenhänge zwischen Arbeit, Wirtschaft, Geld und Demokratie. Arbeitsprozesse, die partizipativ, teamorientiert und auf Augenhöhe organisiert werden, tragen in häufigen Fällen zu einer höheren Produktivität und damit zu einem Gewinn für alle Beteiligten bei – solange es die Rendite des Unternehmens nicht senkt. Doch muss es in der Wirtschaft immer um Profit gehen? Fragen der Ökologie rücken immer mehr in den Vordergrund. Da ist das Reparieren ein gutes Beispiel dafür, wie Wirtschaft auch anders gehen kann und die Teilhabemöglichkeiten an Gestaltungsprozessen erweitert. Ein alternatives, demokratischeres Wirtschaften kann auch von alternativen Geldsystemen getragen werden, wo selbst das Zahlungsmittel eingebettet ist in eine soziale und demokratisch organisierte Gemeinschaft.

THEMEN BEREICH WIRTSCHAFT



Wie kann demokratische Selbstorganisation in Firmen gelingen?

Deliberative Demokratie am Arbeitsplatz

Lisa Herzog
Alexander Krüger

Technische Universität München
TUM School of Governance
Professur für Politikwissenschaft

Demokratie in Firmen – dieser Ansatz stößt bei vielen Menschen auf Verwunderung. In Firmen herrscht das Management oder die Chefetage, das ist die gängige Ansicht und die in vielen Organisationen gelebte Praxis. Dabei gibt es in der Organisationstheorie und Philosophie seit Langem Debatten darüber, ob das Prinzip demokratischer Herrschaft – diejenigen, über die Macht ausgeübt wird, sollen diese demokratisch kontrollieren – nicht auch in die Wirtschaftswelt getragen werden könnte und sollte (vgl. Dahl 1976; Landemore & Ferreras, 2016; Frega et al. 2019). In Teilprojekt 7 des Forschungsverbundes ForDemocracy beschäftigen wir uns mit dieser Frage, einerseits theoretisch, und andererseits, indem wir diejenigen befragen, die demokratische Prinzipien im Arbeitsalltag konkret ausprobieren. Sowohl in einzelnen Abteilungen in Großkonzernen als auch in kleineren Betrieben und Startups haben wir Menschen getroffen, die praktische Experimente der demokratischen Organisation gewagt haben. In diesem Beitrag stellen wir vier zentrale Einsichten vor, die die Erfolgsbedingungen demokratischer Selbstorganisation betreffen.

Demokratische Selbstorganisation

Der Begriff der Selbstorganisation kann als „selbstbestimmte Gestaltung der eigenen Handlungsbedingungen durch die Mitglieder eines Systems“ verstanden werden (Pongratz & Voß 1997, 34). Im betrieblichen Kontext umfasst dies insbesondere zwei Ebenen: Zum einen die Organisation und Planung von Arbeitsprozessen durch die Mitarbeitenden und zum anderen die eigenverantwortliche Gestaltung der Organisationsstruktur. Beide Ebenen gehen dabei mit einer Reduktion von Fremdsteuerung sowie einer Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen einher. Somit ergeben sich im Rahmen von Selbstorganisation Handlungs- und Entscheidungsspielräume für die Mitarbeitenden, die sonst dem Management vorenthalten bleiben (vgl. Boes et al. 2018). Dadurch kann Selbstorganisation zu einem Empowerment der Beschäftigten führen, welches Räume für demokratische Organisation und Partizipation eröffnet (d.h. demokratische Selbstorganisation). (1)

Häufig findet selbstorganisiertes Arbeiten in Teamstrukturen oder Arbeitsgruppen statt, die als organisatorisches Gerüst dienen. Dabei können Teams nach ihrem Grad an Autonomie und der zeitlichen Dauer unterschieden werden (vgl. Gulowsen 1972; Antoni 2017). In unseren Interviews haben wir mit Mitarbeitenden aus Teams gesprochen, die dauerhaft in die Arbeitsorganisation integriert waren. Während einige Teams lediglich ihre Arbeitsprozesse selbstorganisiert gestalten konnten, hatten andere auch die Möglichkeit die Organisationsstruktur mitzugestalten. In diesem Beitrag werden wir zusammenfassend von selbstorganisierten Teams sprechen und diskutieren, was diese zum Erfolg führen kann.

1) Ein demokratisches Ethos schaffen

Demokratische Selbstorganisation verlangt die grundsätzliche Bereitschaft der Mitarbeitenden, sich einzubringen und mitzumachen. Sie verlangt die Übernahme von Verantwortung durch das gesamte Team, aber auch die Bereitschaft, sich demokratischen Entscheidungen zu beugen, auch wenn man im Einzelfall anderer Meinung ist. Diese Bereitschaft kann in manchen Fällen durch die (Selbst-)Auswahl der Beteiligten gegeben sein, oft muss sie erst hergestellt werden. Nicht jedes Team ist von vornherein gut dafür aufgestellt; oder wie es eine Interviewpartnerin formulierte: „Ob ich eine Selbstorganisation machen kann oder nicht [liegt] auch an der Gruppe an sich. Die muss dann in gewissen Dingen schon ähnlich gestrickt sein, oder ein ähnliches Mindset haben, sonst funktioniert das nicht.“ Wichtig ist dabei, die Belastung der Mitarbeitenden im Blick zu behalten, um nicht Selbstausbeutung und Überforderungsmomente zu befördern, wie Interviewpartner*innen betonten.

2) Unterschiedliche Hintergründe ernstnehmen

Direkt damit verbunden ist die Notwendigkeit, unterschiedliche berufs- sowie bildungsbiographische Hintergründe der Mitarbeitenden ernst zu nehmen, um alle Mitarbeitenden in die demokratischen Prozesse einzubinden und nicht durch die

Hintertür wieder Hierarchien aufkommen zu lassen. Mehrere Interviewpartner*innen betonten, dass gerade für Mitarbeitende, die lange in hierarchischen Strukturen gearbeitet hatten, die Hürden höher waren, sich auf selbstorganisiertes Arbeiten einzulassen. In einem Fall brachte eine Interviewpartnerin das Beispiel eines Mitarbeiters ins Spiel, der lange bei der Bundeswehr gearbeitet hatte und deswegen vollkommen andere Arbeitsstrukturen gewohnt war. In solchen Fällen ist mehr Überzeugungsarbeit nötig als bei Mitarbeitenden, die zum Beispiel direkt aus der Ausbildung oder von der Universität kommen und direkt in demokratische Arbeitsstrukturen und -praktiken hineinwachsen können.

Ist eine egalitäre Teamstruktur einmal etabliert, können sich Hierarchien durch unterschiedliche Fähigkeiten, aber auch durch die Verteilung von Aufgaben wieder herausbilden. Zum Beispiel gab es in mehreren Teams Individuen mit unterschiedlichen rhetorischen Fähigkeiten, Deutschkenntnissen oder Senioritätsstufen. Ein Interviewpartner, der selbst schon älter war, betonte die Notwendigkeit, sich in Diskussionen zurückzunehmen, weil die jüngeren Teammitglieder leicht in hierarchische Denkmuster zurückfielen und ihm mehr Autorität zusprachen, als in dem egalitären Kontext erwünscht war. In einem anderen Team begann sich aufgrund der Aufgabenverteilung ein informeller Führungszirkel herauszubilden, der im Widerspruch zu den egalitären Zielen des Teams stand. Auch hier waren aktive Diskussion und das Anarbeiten gegen diese Tendenzen nötig – was zum dritten Punkt führt.

3) Zeit und Raum für Meta-Reflexion

Um demokratische Arbeitsprozesse zu etablieren, benötigen Teams Zeit und Raum dafür, diese zu verstehen, mit ihnen zu experimentieren und sich auf geeignete Methoden zu einigen. Demokratisches Arbeiten muss „erst gelernt“ werden, wie eine Interviewpartnerin es formulierte. Wichtig ist auch, dass das Team die Möglichkeit hat, entstandene Reibungen oder Konflikte aufzuarbeiten und die Teamkultur zu pflegen. Immer

wieder haben Interviewpartner*innen die Notwendigkeit guter Moderation und gut strukturierter Prozesse betont – auch und gerade dann, wenn sich Hierarchien eingeschlichen haben oder es Konflikte gab, die das Team bereinigen musste, um weiterhin vertrauensvoll und motiviert zusammenarbeiten. Einige der Teams haben hier bewusst mit verschiedenen Formaten experimentiert, um herauszufinden, welche ihnen am besten ermöglichen, mit derartigen Spannungen umzugehen. Der „Beziehungsraum“ – wie ein Interviewpartner es formulierte – im Team muss aktiv gepflegt werden, auch unter Einsatz von Zeit und Geld.

4) Modus vivendi mit einem nichtdemokratischen Umfeld

Einige der selbstorganisierten Teams, in denen unsere Interview-Partner*innen arbeiteten, waren Teil größerer Organisationen, die traditionell hierarchisch organisiert waren. Entscheidend dafür, das Experiment demokratischen Arbeitens überhaupt zu wagen, war die grundsätzliche Unterstützung von Seiten der Leitung der Organisation. Dennoch gab es oft Spannungen. Zum Beispiel stellten sich Fragen danach, wie die

Die Strömung der Demokratietheorie, die sich mit Partizipation beschäftigt, hat schon sehr früh danach gefragt, wie demokratische Praktiken in alle Lebensbereiche getragen werden können. In unserem Projekt gehen wir der Frage nach, wie demokratische Selbstorganisation und Deliberation in der Wirtschaftswelt, z.B. in Abteilungen von Konzernen oder Startups, gelingt, und was sich daraus für die Organisation partizipativer Praktiken lernen lässt.

Positionen in diesem Team sich in die Karriere- und Gehaltsstrukturen der Organisation einfügen ließen. Ansprechpartner*innen aus anderen Organisationsbereichen taten sich schwer damit, dass es wechselnde Zuständigkeiten und keine klaren Hierarchien gab.

Die hierarchischen Strukturen der Organisation waren oft bis in die unterste Ebene organisationaler Strukturen zu spüren. Zum Beispiel waren die IT-Systeme einer Organisation so angelegt, dass eine hierarchische Abteilungsstruktur vorausgesetzt wurde. Für die selbstorganisierten Teams bedeutete es zusätzliche Arbeit, mit diesen Bedingungen umzugehen; wie ein Interviewpartner es formulierte: „Wir mussten viele Workarounds, viele Ersatzprozesse kreieren, um überhaupt so demokratisch selbstorganisiert arbeiten zu können.“ Und auch innerhalb von komplett demokratisch organisierten Unternehmen konnte die räumliche und materielle Struktur Hindernisse schaffen; so berichtete zum Beispiel ein Interviewpartner, dass die räumliche Trennung zwischen Büro und Logistik immer wieder dazu führte, dass eine „Die und Wir“-Mentalität entstand, die aktiv überwunden werden musste – ein Prozess, an dem das Team zum Zeitpunkt des Interviews noch arbeitete und noch keinen „so richtig schlaun Weg damit umzugehen“ gefunden hatte.

Aus der Literatur zu Demokratie am Arbeitsplatz gibt es auch die Fragestellung, ob demokratische Firmen in einem Umfeld, in dem die meisten Firmen nicht-demokratisch organisiert sind, überhaupt bestehen können (vgl. z.B. Bowles & Gintis 1993; Pérotin 2016). Doch diese Sorge spielte in den Interviews eine weniger große Rolle. Dass es grundsätzlich möglich ist, dass Teams selbstorganisiert arbeiten, beweisen die Strukturen, in denen sie arbeiten. (2) Eine wichtige, sich daran anschließende Frage ist die nach dem Zusammenhang mit den in Deutschland (noch) vorhandenen Strukturen der betrieblichen Mitbestimmung sowie der Rolle der Gewerkschaften in der Wirtschaft, und letztlich dem Charakter des Wirtschaftssystems generell. Doch die Beispiele, auf denen unsere empirische Arbeit beruht,

stimmen vorsichtig optimistisch, dass selbstbestimmtes Arbeiten in Teams gerade innerhalb eines demokratisch „eingehetzten“ Kapitalismus möglich ist, auch wenn diese „Einhegung“ sicherlich weiter ausgebaut werden muss (vgl. Herzog 2018, Kap. 8 und 9).

Um demokratische Selbstorganisation in Firmen zu verwirklichen, sind also Investitionen nötig, im metaphorischen wie im finanziellen Sinne: ein Team muss Zeit, Geld und Energie in die Hand nehmen, um ein demokratisches Ethos aufzubauen und zu erhalten. Wenn das weitere Umfeld eines Teams nicht-demokratisch organisiert ist, muss auch damit gerechnet werden, dass es Zeit kosten kann, anderen Organisationsmitgliedern zu erklären, warum und wie das Team anders arbeitet. Dennoch scheinen diese Investitionen – um bei dieser Metapher zu bleiben – sinnvoll. Im letzten Beitrag der Rubrik „Wirtschaft“ (S. 22) werden wir diskutieren, welche Vorteile auf der individuellen, organisationalen und gesellschaftlichen Ebene demokratische Selbstorganisation in Firmen hat.

Methodisches Vorgehen

Im Rahmen unseres Projekts wurden 16 leitfadengesteuerte Interviews mit Mitarbeitenden aus sechs deutschen Unternehmen geführt. Die untersuchten Unternehmen wurden dabei nach den Regeln des „purposeful samplings“ ausgewählt, um möglichst informationsreiche Fälle in Hinblick auf die Forschungsfrage zu erhalten (vgl. Patton 1990). Die leitende Forschungsfrage war hierbei, ob selbstorganisierte Teamarbeit Räume für demokratische Organisation und Partizipation eröffnen kann. Das Sample wurde als theoretisch gesättigt betrachtet, nachdem zusätzliches Interviewmaterial keine weiteren Befunde und Kategorien erbracht hat (vgl. Sandelowski 2008). Anschließend wurden die Interviews transkribiert, anonymisiert und inhaltlich ausgewertet. Dabei erfolgte die Auswertung anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015).

≡ Literatur

- Antoni, C. H. (2017). *Gruppen- und Teamarbeit*. In: Spath et. al. (Hrsg.), *Neue Entwicklungen in der Unternehmensorganisation*. VDI Buch. Wiesbaden: Springer Vieweg, 161–172.
- Boes, A., Kämpf, T., Lühr, T. & Ziegler, A. (2018). *Agilität als Chance für einen neuen Anlauf zum demokratischen Unternehmen?* *Berliner Journal für Soziologie*, 28, 181–208.
- Bowles, S. & Gintis, H. (1993). *A Political and Economic Case for Economic Democracy*. *Economics and Philosophy*, 9(1), 75–100.
- Dahl, R. A. (1976). *Vorstufen zur Demokratie-Theorie*. 1. Auflage. Tübingen: Mohr.
- Frega, R., Herzog, L. & Neuhäuser, C. (2019). *Workplace Democracy – The Recent Debate*. *Philosophy Compass*, e12574, 1–11.
- Gulowsen, J. (1972). *A Measure of Work Group Autonomy*. In: L. E. Davies (Hrsg.), *Design of Jobs*. London: Penguin.
- Herzog, L. (2018). *Reclaiming the System: Moral Responsibility, Divided Labour, and the Role of Organizations in Society*. Oxford: Oxford University Press.
- Landemore, H. & Ferreras, I. (2016). *In Defense of Workplace Democracy: Towards a Justification of the Firm-State Analogy*. *Political Theory*, 44(1), 53–81.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken*. 12. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Weinheim / Basel: Beltz Verlag.
- Patton, M. O. (2002). *Qualitative*

- Evaluation and Research Methods*. Third Edition. Thousand Oaks, London, and New Delhi: Sage Publications.
- Pérotin, V. (2016). *What Do We Really Know About Workers' Cooperatives?* In: A. Webster et al. (Hrsg.), *Mainstreaming co-operation. An alternative for the twenty-first century?* Manchester: Manchester University Press.
- Pongratz, H. J. & Voß, G. G. (1997). *Fremdorganisierte Selbstorganisation. Eine soziologische Diskussion aktueller Managementkonzepte*. *Zeitschrift für Personalforschung*, 11(1), 30–53.
- Sandelowski, M. (2008). *“Theoretical Saturation.”* In: L. M. Given (Hrsg.), *The SAGE encyclopedia of qualitative research methods*, Volume 2. Thousand Oaks, CA: Sage Publications.

* Anmerkungen

- 1) „Kann“, weil, wie manche Kritiker*innen angemerkt haben, auch Formen der „Scheinmitbestimmung“ möglich sind, die keine wirkliche Emanzipation der Mitarbeitenden erlauben, sondern lediglich eine Management-Technik sind.
- 2) Allerdings hatten wir zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Gelegenheit, auch Interviews mit Personen zu führen, die in gescheiterten demokratischen Teams gearbeitet hätten – dies wäre ein weiteres, spannendes Forschungsfeld.

Reparieren für eine bessere Gesellschaft

RePair Democracy

Robert Jende

Hochschule für angewandte Wissenschaften München
Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Soziale Innovationen und Organisationsentwicklung

Christian Fuchs ist ein Reparatteur wie aus dem Bilderbuch – wenn die Sozialfigur des Reparateurs in unserer Gesellschaft eine Rolle spielen würde. Er arbeitet mit unterschiedlichen Materialien in verschiedenen handwerklichen Disziplinen und bezieht dafür keinen Lohn. Christian ist nicht lohnabhängig beschäftigt und tut der Gesellschaft Gutes, indem er defekte Dinge wieder instand setzt und so vor ihrer Entsorgung rettet. Gleichzeitig wird damit verhindert, dass noch unversehrte Ressourcen dem Boden entnommen werden. Die Basis für ein gutes Leben ist laut Christian die Reduktion von Stoffwechsel mit der Natur. Im Interview mit mir erzählte er:

„Du gehst deinem Hobby nach, du reizt deine Sinne und nimmst diesen Haufen Müll, der da rumliegt und verwandelst ihn zu etwas Funktionierendem. Du hinterlässt einen positiven Fußabdruck, das ist eigentlich das Geile. Also du lebst genussvoll und hast einen positiven Fußabdruck, das ist wie Permakultur. Das ist für mich so total schön an dem Gedanken der Reparatur.“

Sein Engagement in unterschiedlichen Repair Cafés der Stadt München beruht auf seiner Freiheit von Lohnabhängigkeit. Er kann sich eine positive Umweltbilanz leisten, weil durch die Vermietung eigener Immobilien für sein Auskommen gesorgt ist. Zwei Mal in der Woche kümmert er sich um die Verwaltung, Instandhaltung und Ausbesserung seiner Häuser. Seine Familie hatte in früherer Zeit eine erfolgreiche Firma betrieben. Die restlichen Tage stehen ihm zur freien Lebensgestaltung zur Verfügung, die er oft dazu nutzt, den Stoffwechsel mit natürlichen Ressourcen nachhaltiger zu gestalten, also weniger zu entnehmen, langlebiger damit umzugehen oder einfach weniger zu verbrauchen.

Mit diesem kontinuierlichen Einkommen aus einer Erbschaft ist er in einer privilegierten Lage. Auf dieser Basis kann Christian Fuchs ein radikal anderes Verhältnis zwischen Arbeit, Sorge und Einkommen verwirklichen, als es die politische Ökonomie unserer Tage demokratisch zu legitimieren weiß. Die Idee des

modernen Lebens basiert im Wesentlichen auf einer Trennung von Arbeit und Freizeit – einer Differenz von Gelderwerb und Konsum. Gesellschaftliches oder politisches Engagement sowie Sorgearbeit sind fast immer außerhalb der Lohnarbeit angesiedelt (vgl. Winker 2021). Es gibt Ausnahmen wie Berufspolitiker:innen, Erzieher:innen oder Mitarbeitende in NGOs, sowie den niedrig entlohnten sozialen Sektor. Den Stoffwechsel mit der Natur in ein positives Verhältnis zu bringen, Beziehungsarbeit zu leisten oder sozialpolitisches Engagement sind für die meisten Menschen erst nach Feierabend zu realisieren – und damit besser gar nicht.

Teilhabe durch Ausschluss

Christian Fuchs steht durch ein bedingtes Grundeinkommen außerhalb dieser politökonomischen Grundordnung einer „Politik der Nicht-Nachhaltigkeit“, die sich institutionell darin eingerichtet hat, „die bestehenden sozio-ökonomischen Strukturen und Trajektorien zu erhalten und fortzuentwickeln, die weitere Entfaltung moderner, bekanntermaßen nicht-nachhaltiger Verständnisse von Freiheit, Subjektivität und Selbstverwirklichung zu sichern, und die gesellschaftlichen Konsequenzen zu verwalten, die das absehbar und unvermeidlich mit sich bringt“ (Blühorn 2020, S. 139).

Konsum ist für Christian die Seite, die den Möglichkeitsraum für ein nachhaltiges und sinnstiftendes Leben besetzt; Arbeit ist jene Seite, die den Stoffwechsel mit den natürlichen Ressourcen für den Konsum notwendig macht. Je mehr Dinge von Menschen konsumiert werden, desto mehr Arbeit muss verrichtet werden, umso weniger Raum und Zeit bleibt für Aktivitäten außerhalb dieses Verhältnisses – zum Beispiel für kulturelle, soziale, demokratisierende oder sorgende, sofern diese nicht ohnehin kommodifiziert, also zu konsumierbaren Waren gemacht, wurden. „Die Leute kaufen nicht nur das Produkt, sie kaufen auch den Raum, in dem das Produkt ausgestellt wird“, so Christian. Um diese zeit- und raumintensive Verstrickung zu entzerren, schlägt er entsprechend seiner

Lebensführung vor, lediglich zweieinhalb Tage in der Woche für die Herstellung lebensnotwendiger Dinge zu arbeiten. Die Ersparnis an Arbeits- und Konsumzeit kann eine nachhaltigere Lebensweise mit sich bringen und könnte außerdem für die gemeinsame Gestaltung und Demokratisierung der (sozialen) Umwelt genutzt werden. Die Bindung an lohnabhängige Arbeit steht in einem direkten Verhältnis zur Partizipation am politischen Gemeinwesen sowie der möglichen Entwicklung nachhaltiger Lebensweisen.

Die Empirie zeigt, dass sich vor allem ökonomisch abgesicherte Menschen mit hohem Bildungsgrad politisch engagieren (Bödeker 2012). In unserer Feldforschung rund um Repair Cafés und zivilgesellschaftliche Selbstorganisation war die Problematik der Wiederkehr der Immergleichen augenscheinlich. Es werden zwar vielerorts Möglichkeiten gesucht auch sozial benachteiligte und marginalisierte Gruppen in Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation miteinzubeziehen, doch diese gut gemeinten Versuche ändern wenig am strukturellen Verteilungsproblem der Teilhabe an der Mitgestaltung gemeinsamer Lebensgrundlagen: „Die Geschichte der Demokratisierung ist eine Geschichte von Teilhabe durch Ausschluss“ (Lessenich 2019, S. 17).

Zwischen Ermunterung und Ermattung sozialen Engagements

Neben dieser strukturellen Architektur der Wahlfreiheit zwischen Konsum und politischen Programmen zeigt sich anhand der außergewöhnlichen Freiheit von Christian Fuchs ein weiteres Beispiel für das Wechselbad von Ermunterung und Beeinträchtigung gesellschaftlicher Partizipation. Über eine Ehrenamtsmesse wurde Christian auf eine Jugendeinrichtung aufmerksam, die unter anderem einen Garten und eine Holz- und Metallwerkstatt beherbergt.

„Da funktioniert das gleiche Prinzip. Ich bastle gerne, ich mache gerne was mit Holz, mit Kindern und Jugendlichen was zu

machen macht mir auch Spaß. Das ist ein kostenloses Hobby für mich. So ist es, so sehe es ich. Und nicht jetzt, dass ich da was machen muss, weil das ist für mich ein kostenloses Hobby. Genauso wie dieses Gärtnern. Ich könnte mir auch einen Schrebergarten anmieten und mich da betätigen drauf, aber nein, da ist ja ein Garten, der brachliegt, der von jemanden bespielt werden muss. Das mache ich halt dann. Das kostet kein Geld. In der Gruppe macht es eh viel mehr Spaß. (...) Diese Lebensform ist überhaupt nicht mit Verzicht behaftet, im Gegenteil. Das ist total bereichernd.“

Christian betreibt sein „Hobby“ des Reparierens, Bastelns und Herstellens nicht aus reiner Nächstenliebe oder aus moralischen Selbstverpflichtungen, sondern weil er Freude daran hat, es ist befriedigend; und er kann dem nachgehen, weil er materiell abgesichert ist. Dadurch erfüllt Christian die Voraussetzungen einer ästhetischen Lebensform, die Friedrich Schiller in einem Brief an den Herzog von Augustenburg am 11. November 1793 formulierte: „Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muss warm wohnen, und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll“ (Schiller 2010, S. 149). Schiller ist sehr früh auf der Spur, dass gesellschaftliche Teilhabe unmittelbar

In Repair Cafés werden von unterschiedlichsten Menschen die unterschiedlichsten Gegenstände zur Reparatur gebracht. Beim gemeinsamen Reparieren kommt es zum Austausch von Gedanken, Fertigkeiten und Lebenslagen, was demokratisierende Effekte nach sich ziehen kann. Beim Reparieren konsumiere ich nicht, ich habe Teil an der Welt, ich lerne sie zu verstehen und zu gestalten.

an die materiellen Lebensgrundlagen gebunden ist. Der Rückschluss bleibt allerdings hypothetisch: Menschen mit besonders guter Ausstattung müssen nicht unbedingt die edelsten Charaktereigenschaften ausprägen.

Eine Wendung des Engagements von Christian bei der Jugendeinrichtung ereignete sich, als diese von Angestellten aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit geleitet wurde: „Die sperren auf, die Kinder kommen und dann werden die halt betreut, fertig.“ Die intrinsische Hingabe an ein gemeinsames Projekt wurde professionalisiert und einer bürokratischen Ordnung unterstellt. Zuvor wurde das Grundstück von einer Elterninitiative erschlossen, die einen Verein gegründet hat.

„Dieser Verein ist mal entstanden, weil Eltern mit ihren Kindern zusammen ein Freizeitgrundstück betreiben wollen. Und dann sind sie zur Stadt (...), haben einen Grund bekommen in [Stadtteil X] und haben das halt betrieben. Dann irgendwann wurden mal Leute eingestellt, die dort arbeiten, dass es so zu einer öffentlichen Einrichtung wurde, wo andere Kinder auch noch hinkommen können. Diese erste Elterngeneration ist aber rausgewachsen, die sind nicht mehr da. Der Verein, das sind hundert Mitglieder, ist mittlerweile quasi tot, der wird nur noch verwaltet. Das Geld kommt von der Stadt, fließt durch den Verein und die Angestellten haben auch nichts mehr mit diesem Verein zu tun, sie sind halt noch angestellt, indirekt bei der Stadt. Das ist irgendwie alles ein bisschen träge geworden. Die Idealvorstellung wäre eigentlich diesen Verein zu aktivieren, dass dann, sagen wir mal drei-/vierhundert Mitglieder sind, die sagen: Ja, da ist ein Grundstück, ein Hektar, da gibt es Tiere, Werkstätten, wir als Verein nutzen das zusätzlich noch zu dem, dass die Stadt dort eine öffentliche Einrichtung hat. Eben nicht mit seinen Kindern am Wochenende in die Berge fahren, was Stau verursacht, oder man mietet sich in eine Hütte ein, was dann wieder Geld kostet. Nein, man nimmt seine Kinder vielleicht mit der Straßenbahn, mit der S-Bahn oder mit dem Fahrrad dort hin, sperrt die Werkstatt auf und beschäftigt sich mit handwerklicher Tätigkeit oder man macht Lesekreise oder

sonst irgendwas, es gibt ja ein Freizeitgrundstück. Wir können Mobilität einsparen, man müsste weniger Geld verdienen, man könnte eine Gemeinschaft pflegen. Da könnte so eine Politik, so eine Basisdemokratie entstehen in so einem Bereich. In einem Verein, Vereinsleben. Nur ich sehe es halt nicht. Ich diskutiere das mit Freunden seit Jahren. Ich bin seit Jahren mit dabei in dem Verein, aber zu den Versammlungen kommen fünf Leute. (...) Und das ist einmal im Jahr, also das wird nicht gelebt. Und ich erzähle es immer rum, aber keiner hat Zeit dorthin zu kommen, das zu machen. Wenn sie Zeit haben: Sommer, Urlaubszeit, ja zack bum, erstmal wegfliegen oder wegfahren. Wer bleibt schon in der Stadt mit seinen Kindern und sagt dann: ‚Jetzt habe ich endlich einmal Zeit, jetzt gehe ich einfach nur nach [Stadtteil Y] in den Garten.‘ (...) Man ist ja so gestresst vom Urlaub, dass man ja was machen muss, du musst ja wegfahren.“

Ein Nachruf und Aufruf für Orte der Partizipation

„Die Einrichtung, das ist so viel Platz, da könnte noch viel mehr passieren. Das ist ein guter Hektar ist das groß, die Werkstatt, die steht die ganze Woche leer, da ist einmal Holzwerkstatt, die Metallwerkstatt steht leer, da könnte jeden Tag eine Gruppe von Jugendlichen ihre Fahrräder zusammenschweißen oder was ausprobieren. Künstler können dort tätig werden...“

Es gibt sie also irgendwo, freie Räume, entzaubert von Verwaltungen, besetzt durch Konsum:

„Das war so ein Treffen offener Werkstätten. Da ging es eben auch drum: ‚Ja, wir brauchen Räume, wir brauchen Räume.‘ (...) Mit seinem Konsumverhalten macht man sich den Raum eng. Also du konsumierst auf der einen Seite und okkupierst damit den Raum. Auf der anderen Seite will man von der Stadt einen Raum für sein soziales Engagement geschenkt bekommen. Das ist ein Widerspruch. Hör auf zu konsumieren, dann ist der Raum frei. Weil der Raum, Grund und Boden, ist begrenzt. Weil den kann man nur einmal verwenden.“

„Also Christian, wie kommt man an die Räume?“, frage ich.

„Durch Verminderung des Stoffwechsels! [...] Wenn weniger konsumiert wird, würde ein Laden leer stehen, weil es den einfach nicht braucht. Dann steht dieser Raum, diese Räumlichkeit steht der Gemeinschaft wieder für was Anderes zur Verfügung. Oder anders ausgedrückt: Wenn die Gemeinschaft, die Gesellschaft denkt, sie braucht eine Versicherung, weil sie ängstlich ist, ja, dann fließt das Geld an die Versicherung. Was macht die damit? Die baut ein Hochhaus hin, das ist dann dieses Verwaltungsbüro dieser Versicherung. In dem Moment hat jeder, der in dieser Versicherung ist, dieses Gebäude konsumiert. Wenn er seine Versicherung kündigt, oder wenn alle ihre Versicherung kündigen würden, dann würde das Haus leer stehen.“

≡ Literatur

Blühdorn, Ingolfur (2020). *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Bielefeld: transcript.

Bödeker, Sebastian (2012). *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland*. In: WZBrief Zivil-Engagement. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. https://www.wzb.eu/system/files/docs/sw/iuk/wzbrieftzivilengagement052012_boedeker.pdf.

Lessenich, Stephan (2019). *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.

Schiller, Friedrich (2010). *Über die ästhetische Erziehung des Menschen*. Stuttgart: Reclam.



Werkstattbericht aus dem Chiemgauer Reallabor

Demokratisierung von Geld und Kredit

Christian Gelleri

Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Öffentliches Recht und Internationales Wirtschaftsrecht

Die Gestaltung der europäischen Währungs- und Geldordnung ist bislang relativ wenig durch Teilhabe und Partizipation geprägt. Gegen die Einbeziehung von Praxisakteur*innen wird vorgebracht, dass das Thema Geld zu komplex sei, um von Laien verstanden zu werden. Vielmehr solle das Thema in Expert*innenkreisen unabhängig behandelt werden, damit das Wohl der Allgemeinheit nicht gefährdet wird (Tucker 2018). Die Tradition unabhängiger Notenbanken in vielen Ländern beruht gerade auf der Ablehnung von Vorstellungen eines „demokratischen Geldes“ und einer Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern. Vor allem die Europäische Zentralbank (EZB/ECB) sticht in der Trennungs-Dogmatik zwischen Politik und einer von Expert*innen geleiteten Notenbank besonders stark heraus: „The ECB is a monument to the proposition that money is too serious to be left to politicians: in these matters there is no such thing as a responsible politician, democratic money is bad money“ (Dornbusch 1999: 62). Die Anthropologin und Rechtswissenschaftlerin Annelise Riles hat Notenbankinstitutionen über Jahre hinweg mit Methoden qualitativer Befragung und teilnehmender Beobachtung untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass die Kultur der Expert*innen stark geprägt ist durch eine Kultur von weitgehend abgeschotteten, überwiegend männlich geprägten Hierarchien (Riles 2018, S. 25). Durch die hochgradige Spezialisierung des geldtheoretischen und geldpolitischen Wissens ergibt sich eine Art „Silodenken“, das Wissen aus anderen Fachgebieten und die Praxis der Geldnutzenden weitgehend ausblendet (Riles 2018, S. 29). Die demokratische Legitimität reduziert sich insbesondere für die EZB auf eine ergebnisorientierte Sichtweise (Schmidt 2015, S. 11).

Regionalwährungen wie der Chiemgauer stellen dem eine andere Ansicht bezüglich der Partizipation an Institutionen des Geldes gegenüber (Gelleri 2020). Sie geben allen Beteiligten die Möglichkeit zur Mitgestaltung und formen gemeinschaftlich Institutionen, die nach dem Prinzip 'ein Mensch, eine Stimme' funktionieren. Als Rechtsformen kommen dazu vor allem Vereine und Genossenschaften in Frage. Aus Sicht der Forschung können Komplementärwährungen Gelegenheit dazu

geben, experimentell auszuloten, wie gesellschaftliche Ziele, Demokratie und Geldpolitik besser in Einklang gebracht werden könnten (Feichtner 2020). Dies erhöht nicht nur die Input-Legitimation einer Institution (Schmidt 2015, S. 16), indem durch Mitentscheidung eine Kongruenz mit den Handlungen hergestellt wird, sondern es geht auch um den Weg zur Entscheidung, der unter anderem durch Inklusion, Transparenz und Offenheit gegenüber der Zivilgesellschaft gekennzeichnet ist und von Vivien Schmidt als „Throughput-Legitimation“ bezeichnet wird (Schmidt 2015, S. 25).

Zur Umsetzung empfiehlt Eric Olin Wright transformative Pfade, die geeignet sind, reale Utopien in die Praxis umzusetzen, wobei er auf lokaler Ebene unter anderem symbiotische Formen im Sinne eines demokratischen Experimentierens in Kooperation mit dem Staat, aber auch mit einflussreichen regionalen Akteur*innen als erfolgversprechend ansieht, wenn daraus eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten entsteht (Wright 2017, S. 480). Neben dem outputorientierten Gewinn für alle Beteiligten ist die Möglichkeit der Teilhabe an kollektiven Entscheidungsprozessen ein entscheidendes Qualitätsmerkmal (Wright 2017, S. 53). Ein methodischer Weg, um diese Pfade experimentell zu betreten, sind transdisziplinäre Reallabore (Schneidewind et al. 2016). Mit Hilfe von partizipativen Methoden und Entscheidungsstrukturen wird neues Wissen unter kontrollierten Bedingungen und unter Berücksichtigung des lokalen Kontextes erzeugt und angewandt (Schneidewind & Scheck 2013, S. 229). In Reallaboren treffen die unterschiedlichen Logiken von Wissenschaft und Praxis aufeinander und es stellt sich die Frage, wie Methoden eingesetzt werden können, um über ein verbessertes wechselseitiges Verständnis Potenziale für eine sozial-ökologische Transformation zu entfalten (Defila & Di Giulio 2018). Im Dialog mit dem Praxispartner Chiemgauer wurde die Idee einer „offenen Werkstatt“ als ein Baustein des Reallabors geboren.



Abbildung Nr 1 und 2: Social Sculpting in der Praxis

1) Offene Werkstatt als kreativer Dialograum

Die erste offene Werkstatt fand 2018 im Rahmen des 15-jährigen Jubiläums an der Waldorfschule Chiemgau in Prien am Chiemsee statt. Neben den Mitgliedern des Chiemgauer e. V. waren auch Regionalwährungsinitiativen aus mehreren Ländern gekommen, um gemeinsam zu feiern, sich zu vernetzen und eine Vision zu entwickeln, wie es in Zukunft weitergeht. Die Teilnehmenden der Werkstatt sollten zu der Frage „Wo steht der Chiemgauer heute und in 15 Jahren?“ ein dreidimensionales Objekt entwickeln, das diesem aus der Gegenwart heraus imaginierten Zukunftsbild Ausdruck verleiht (Scharmer 2009). Hinter der Idee des Presencing steht die Vorstellung, dass wir durch Vorstellungen und Bilder geprägt sind, die als soziale Vorstellungswelten die Vorbedingungen für die spätere institutionelle Ausgestaltung schaffen (Scharmer 2009, S. 52). Die Methode des Presencing möchte einen Zugang zu den kreativen Quellen eröffnen, aus denen soziale Systeme heraus entstehen (Scharmer 2009, S. 229). Presencing versucht als eine Form kommunikativen Handelns eine Brücke zwischen Lebenswelt und System zu schlagen (Habermas 1981/2019, S. 193), indem der Wahrnehmungs- und Gestaltungsvorgang aus der Lebenswelt hervorgeht und die Regeln und Mechanismen des Systems in Einklang mit dieser gebracht werden. Ausgangspunkt ist dabei Kritik, die sich an gesellschaftlichen Problemlagen entzündet. Das künstlerische Element hilft, sich von der kognitiv geprägten Formulierung von Kritik zu lösen. Die Fragestellung lenkt den Blick auf eine positive Vorstellung der Zukunft. Sie lässt zukünftige Institutionen mit Regeln und Mechanismen erahnen.

Der Blick in den Werkstattprozess zeigt konzentriert arbeitende Gruppen, die sehr unterschiedlich an die Gestaltung herangehen. Die Skulpturen weisen auf gegenwärtige Krisenphänomene hin und zeigen erste Zukunftsentwürfe in einer rudimentären Form. Im ersten Beispiel gehen die Teilnehmenden von ihrer Sicht auf die Realität aus, die gekennzeichnet ist durch Schwierigkeiten, die für „Kleine“ in der Gesellschaft bestehen

und mit dem Geldsystem zu tun haben. Das Geldsystem wird auf einem erhöhten Sockel dargestellt, auf dem eine Figur „auf der Kippe“ steht, weil die eigene Situation zum Beispiel aufgrund überhoher Schulden ausweglos erscheint. Eine weitere Figur befindet sich am Fuße des Sockels isoliert hinter symbolhaften Mauern, die noch nicht einmal die Gelegenheit bekommt, am Geldsystem teilzuhaben. Für Kleinunternehmen zeigt sich das oft in den Kreditkonditionen, die deutlich schlechter sind als für mittlere und größere Unternehmen (Reize 2010). Am Tischrand rechts oben deutet sich eine entstehende Alternative an, die durch die „Chiemgauer Regiocard“ symbolisiert wird. Die Regiocard steht sowohl für die Identität der Mitgliedschaft zum Chiemgauer als auch für die elektronische Bezahlvariante des Chiemgauer. Eingebettet ist diese in einem Kreis gelber Punkte, das einen regionalen Kreislauf symbolisiert. Wertschöpfung in der Region wird durch ein Windrad symbolisiert, das den Gedanken dezentraler Energieerzeugung enthält (siehe Abbildung 1).

Abbildung 2 zeigt Bälle, die miteinander über Geld- und Warenströme verbunden sind. Der gelbe Kreis bildet die Region ab, die sich dynamisch miteinander vernetzt, während eine mit gelben Punkten markierte Verbindungsstraße die Vernetzung mit anderen Regionen und die Einbettung in die globalisierte Arbeitsteilung repräsentiert. In dem von der Kleingruppe imaginierten Geldraum erfahren regionale Angebote eine Nachfrage und die Kreisläufe schließen sich schrittweise. Partizipation ist in diesem Zusammenhang kein Selbstzweck, sondern für die Teilnehmenden eng mit dem Erleben ihrer eigenen Wirksamkeit als konsumierende, unternehmende und auch als zivilgesellschaftlich oder politisch engagierte Beteiligte verknüpft. Wenn gemeinsam das Bilden einer gemeinschaftlichen Skulptur gelingt, erhöht das die Motivation, dies auch in die Praxis umzusetzen und den durch die Lücken erlebten Frust in eine lustvolle Partizipation zu wenden. Durch die nach der „Bauphase“ anschließende Präsentations- und Dialogphase wurden die Ergebnisse in eine gemeinsame Wahrnehmungs- und Handlungsebene überführt. Bei der im Anschluss folgenden

Besprechung stand die Differenz zwischen Gegenwart und Zukunftsvision im Vordergrund. Einzelne Prinzipien und Leitlinien wurden festgehalten (siehe Abbildung 3).

2) Partizipation zwischen Gemeinschaft und Delegation

Im Anschluss an die erste Veranstaltung folgte im Herbst 2018 eine weitere, die stärker an der Methodik der Zukunftswerkstatt (Jungk & Müllert 1981; Müllert 2009) ausgerichtet war und den Chiemgauer als demokratische Institution in den Mittelpunkt rückte. Zunächst wurden Hürden und Hindernisse für den Chiemgauer ermittelt. Mit der darauffolgenden Frage nach konstruktiven Ansatzpunkten der Vernetzung wurde der aus den Hürden empfundene Frust konstruktiv gewendet. Aus der „mangelnden Kommunikation“ des Projekts wird die Selbstverpflichtung, den Chiemgauer selbst aktiv nach außen zu tragen. Aus dem „belächelt werden“ wird der selbstbewusste Auftritt des Projekts gegenüber regionalen Akteur*innen. Aus den geäußerten Wünschen an die „Verantwortlichen“ des Projekts tritt die Erkenntnis hinzu, dass jedes Vereinsmitglied sich selbst den „Hut“ aufsetzen muss, um den Chiemgauer zu vitalisieren. Wenn Teilnehmende äußern, dass das Spielen nur durch das aktive Mitspielen jedes Einzelnen funktionieren wird, wird der Unterschied zwischen einem Produkt oder einer Dienstleistung gegenüber dem Chiemgauer als gemeinsame Institution deutlich, die nur dann lebt, wenn möglichst alle Beteiligten aktiv mitmachen.

Nach jeder offenen Werkstatt wurden die Ergebnisse von den Forschenden und Vertreter*innen der Chiemgauer-Initiative ausgewertet und in Arbeitsgruppen weiterbearbeitet. Bei der Auswahl und Bestimmung der strategischen Schwerpunkte spielten die Zielsetzungen einer sozial-ökologischen Transformation eine ganz wesentliche Rolle (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 2011). Den Verantwortlichen der Chiemgauer Regionalwährung und den Forschenden kommt eine Schlüsselrolle zu, den Prozess der Transformation ins

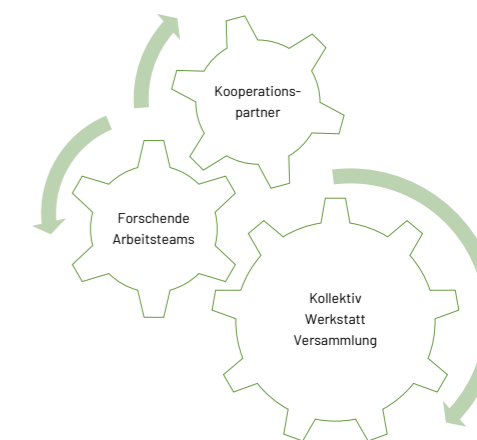


Abbildung Nr 3: Gemeinsame Ebene
Abbildung Nr 4: Verzahnung von Forschung und Praxis

Laufen zu bringen, indem ein kollektiver Raum für den Dialog gebildet wird, um die generelle Richtung der Initiative zu bestimmen. Das Wissen wird vor und nach kollektiven Treffen so aufbereitet, dass sich aus den geäußerten rudimentären Ideen und Bildern transformative Konzepte zur Umsetzung bilden lassen. Unter dem Stichwort „Klimabonus“ wurde von einem Projektteam, das sich aus Forschenden und Praktiker*innen zusammensetzt, ein System zur Inwertsetzung von Klimaschutz entwickelt, das sich mit der Regionalwährung Chiemgauer verknüpfen lässt. In einer dritten Werkstatt wurden Mitte 2019 die Umriss eines Klimabonus-Konzepts vorgestellt. In Gruppen wurden Vorschläge erarbeitet, wie mit dem Chiemgauer Belohnungen für klimafreundliche Maßnahmen ausgegeben und Gemeinden zum Mitmachen motiviert werden könnten. Am Ende der dritten Werkstatt erklärten sich einige Teilnehmende bereit, in den Arbeitsteams mitzuwirken. Dadurch wurde der Werkstattprozess zum Ausgangspunkt einer Transformation der Initiative selbst. Um den Ansatz professio-

Partizipation im Bereich des Geldes ist für viele Menschen schwer vorstellbar, denn wer beschäftigt sich in seiner Freizeit mit komplexen geldtheoretischen Fragen? Zugleich sind wir alle von geldpolitischen Entscheidungen betroffen, wenn es um Fragen der Gerechtigkeit, der ökologischen externen Effekte und der wirtschaftlichen Stabilität geht. Das Forschungsprojekt „Demokratisierung von Geld und Kredit“ führt gemeinsam mit der Chiemgauer-Initiative ein demokratisches Realexperiment durch, das ihren Ausgang in einem gemeinsamen Imaginieren der Zukunft nimmt und in ein konkretes Konzept mit dem Anspruch einer sozial-ökologischen Transformation mündet.

nell umzusetzen, wurde ein Antrag an das Bundesumweltministerium im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative gestellt und bewilligt.

3) Fazit

Die offenen Werkstätten konnten erfolgreich als ein dialogischer Bestandteil des Chiemgauer Reallabors eingesetzt werden. Die persönlichen Treffen erwiesen sich als wichtig, um die Beteiligten miteinander bekannt zu machen und in einen gemeinsamen Arbeitsprozess überzuleiten (Defila & Di Giulio 2015). Aus Sicht der Forschung gilt es die Ergebnisse eines solchen Arbeitstreffens möglichst gut zu dokumentieren, um sie für Dritte zugänglich und verwertbar zu machen (Defila & Di Giulio, 2015 S. 70).

Der Arbeitsprozess fand nach den Werkstatttreffen in kleinen Arbeitsgruppen statt, die sich bemüht haben, die Anliegen der Gemeinschaft, aber auch ein so grundlegendes Thema wie den Klimawandel responsiv aufzunehmen und in einen realen Modellversuch zu gießen. Partizipation verschränkt sich über zwei Ebenen: Das konkrete Verwenden des Chiemgauer oder des Klimabonus bringt den Ball ins Spiel und je mehr der Ball am Laufen gehalten wird, desto mehr Lust erzeugt das demokratische Experiment. Die zweite Ebene betrifft die Institution selbst, die im Eigentum der Beteiligten steht und diesen zur Gestaltung offensteht. Zwar stehen sich hier alle als Gleichberechtigte gegenüber, jedoch bedarf es immer wieder der Raumbildung und der Motivation zum Mitmachen. Methoden wie das Presencing, die Zukunftswerkstatt oder die Einladung zu einer Mitgliederversammlung dienen dazu, den Partizipationsgrad zu erhöhen.

Was im Kleinen funktioniert, könnte vielleicht auch in der großen Geldpolitik eine zunehmende Rolle spielen. Die Europäische Zentralbank öffnet sich seit dem Amtsantritt der neuen Präsidentin Christine Lagarde für partizipative Formen. Im Zuge der Entwicklung der geldpolitischen Strategie der nächsten

Jahre können sich Bürgerinnen und Bürger der EU äußern. Das Motto lautet: „Die EZB hört zu“ und die Antworten bringen eine breite Meinungsvielfalt in der Europäischen Union zum Ausdruck, hinter denen viele Ängste und Hoffnungen stehen. Auf lokaler Ebene wird möglicherweise vorgelebt, dass es noch sehr viel weitreichendere Mitgestaltungsmöglichkeiten geben könnte.

≡ Literatur

- Defila, R. & Di Giulio, A. (2015). *Methodische Gestaltung transdisziplinärer Workshops*. In M. Niederberger & S. Wassermann (Hrsg.), *Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung in der sozialwissenschaftlichen Forschung* (S. 69–93). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Defila, R. & Di Giulio, A. (2018). *Partizipative Wissenserzeugung und Wissenschaftlichkeit: ein methodologischer Beitrag*. In R. Defila & A. Di Giulio (Hrsg.), *Open. Transdisziplinär und transformativ forschen: Eine Methodensammlung* (S. 39–68). Wiesbaden: Springer VS.
- Feichtner, I. (2020). *The German Constitutional Court's PSCPP Judgment: Impediment or Impetus for the Democratization of Europe*. *German Law Journal*(21), 1090–1103.
- Gelleri, C. (2020). *The Phenomenon of Complementary Currencies*. <https://justmoney.org/the-phenomenon-of-complementary-currencies/>
- Habermas, J. (1981/2019). *Theorie des kommunikativen Handelns: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* (11. Auflage, Bd. 2). Berlin: Suhrkamp.
- Jungk, R. & Müllert, N. R. (1981). *Zukunftswerkstätten* (1. Aufl.). Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Müllert, N. R. (2009). *Zukunftswerkstätten*. In R. Popp & E. Schüll (Hrsg.), *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung* (S. 269–276). Berlin/Heidelberg: Springer.
- Reize, F. (2010). *Gibt es eine Kreditklemme im Mittelstand?* Frankfurt am Main.
- Riles, A. (2018). *Financial Citizenship: Experts, Publics, and the Politics of Central Banking*. Ithaca: Cornell University Press.
- Scharmer, C. O. (2009). *Theorie U - von der Zukunft her führen: Öffnung des Denkens, Öffnung des Fühlens, Öffnung des Willens; Presencing als soziale Technik* (1. Aufl.). Management. Carl-Auer-Systeme. <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-89670-679-9>.
- Schmidt, V. A. (2015). *The Eurozone's crisis of democratic legitimacy: Can the EU rebuild public trust and support for European economic integration?* *European economy Discussion paper*. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/eedp/dp015_en.htm.
- Schneidewind, U. & Scheck, H. (2013). *Die Stadt als „Reallabor“*

Rückert-John (Hrsg.), *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit* (S. 229–248). Wiesbaden: Springer Fachmedie.

Schneidewind et al., U. (2016). *Transformative Wirtschaftswissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung*. *Ökologisches Wirtschaften - Fachzeitschrift*, 31(2), 30–34.

Tucker, P. (2018). *Unelected Power: The Quest for Legitimacy in Central Banking and the Regulatory State*. Princeton University Press. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=5333072>.

Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen. (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation; [Hauptgutachten (2., veränd. Aufl.)]*. *Wiss. Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)*. <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/>.

Wright, E. O. (2017). *Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus* (M. Henninger, Übers.). Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft: Bd. 2192. Berlin: Suhrkamp.



Warum sich demokratische Selbstorganisation in Firmen lohnt?

Deliberative Demokratie am Arbeitsplatz

Lisa Herzog
Alexander Krüger

Technische Universität München
TUM School of Governance
Professur für Politikwissenschaft

Demokratie in der Arbeitswelt – kann das funktionieren? Im ersten Beitrag der Rubrik „Wirtschaft“ (S. 8) hatten wir einige Erfolgsbedingungen für selbstorganisiertes Arbeiten in Teams vorgestellt, die sich aus der Arbeit in Teilprojekt 7 des Forschungsverbundes ForDemocracy ergeben haben. Auf Basis von Interviews mit Teilnehmer*innen an demokratischen Experimenten in der Arbeitswelt haben wir dargestellt, dass selbstorganisierte Teamarbeit bestimmte Erfolgsbedingungen hat. (1) In diesem Beitrag wollen wir darstellen, warum es sich lohnt, in diese Erfolgsbedingungen zu investieren.

Was bringt demokratische Selbstorganisation in Firmen? Wir möchten diese Frage auf drei Ebenen beantworten, die letztlich miteinander verschränkt sind: der individuellen, der organisatorischen, und der gesamtgesellschaftlichen. Für Antworten auf der ersten und zweiten Ebene greifen wir, wie schon im ersten Beitrag, auf die Antworten unserer Interviewpartner*innen zurück. Die dritte Ebene war nicht Teil unseres empirischen Studiendesigns, deswegen greifen wir auf empirische Ergebnisse aus einer anderen Studie zurück, die bestimmte Hypothesen aus der theoretischen Diskussion bestätigt.

Was hat das Individuum von selbstorganisierter Arbeit?

Viele Interviewpartner*innen brachten in ihren Antworten zum Ausdruck, dass sich die Vorteile selbstorganisierten Arbeitens in einem Dreischritt von Effekten fassen lassen:

- 1) Erfahrung von Fairness und Transparenz bei Entscheidungsfindungen,
- 2) Legitimität von Entscheidungen,
- 3) höhere Arbeitsmotivation.

Was das Erleben von Entscheidungen angeht, ist die Frustration, die viele Mitarbeitenden aufgrund mangelnder Einbindung (oder auch nur Information) empfinden, ein in der Organisationsforschung gut bekanntes Phänomen (vgl. Herzog 2018, Kap.

6). Einer unserer Interviewpartner*innen formulierte es, in Bezug auf das Arbeiten vor der Einführung selbstorganisierter Strukturen, so: „Also diese mangelnde Fähigkeit mit seinen Argumenten gehört zu werden, die finde ich immer mal wieder unangenehm [...] wenn jemand sozusagen in meinen Verantwortungsbereich, in mein Aufgabengebiet reingreift und mir da Vorgaben macht ohne mich zu hören, das empfinde ich als sehr abwertend und sehr unangenehm.“

Im Gegensatz dazu empfanden die Mitarbeitenden die Einbindung in die Entscheidungsprozesse als einen Zuwachs an Fairness und Freiheit. Die so entstandenen Entscheidungen waren für sie nachvollziehbarer und hatten daher eine höhere Legitimität. Die „Bindungskraft von Entscheidungen“ sei höher, wenn man wisse, dass man sich selbst in die Entscheidung einbringen könne, so eine Interviewpartnerin. Das wiederum stärkte bei vielen Mitarbeitenden die Motivation: „Ich habe wirklich im Rahmen der Selbstorganisation einen enormen Motivationsschub für mich persönlich jetzt erfahren, und das lag genau daran, dass der Gestaltungsspielraum größer geworden ist, dass ich bei Entscheidungen involviert war, das macht sich bemerkbar.“ Oder in den Worten eines anderen Interviewpartners: „Wenn ich mitgestalten durfte, dann macht es mir irgendwo mehr Spaß. Ich denke fast meine Hypothese wäre, dass das auf die meisten Menschen zutrifft. Und dann haben wir vielleicht auch ein stärkeres Beieinander der Mitarbeiter.“

Was hat die Organisation von selbstorganisierter Arbeit?

Spaß und Motivation der Mitarbeitenden sind selbst schon Dimensionen selbstorganisierten Arbeitens, von denen auch eine Organisation profitiert (vgl. Osterloh & Frey 2014). Gibt es darüber hinaus Vorteile für die Organisation?

Nach Aussage vieler Interviewpartner*innen half das selbstorganisierte Arbeiten, die Qualität von Entscheidungen zu

verbessern. Als entscheidende Faktoren wurden dafür die Perspektivenvielfalt und das Einbinden des Wissens und der Fähigkeiten aller Beteiligten genannt. Diese Dinge kosteten Zeit, verbesserten aber das Ergebnis: „Also [das] hat uns Zeit gekostet, unterschiedliche Perspektiven kennenzulernen, zu hören, zu verstehen [...], das hat aber auch unsere, also die Qualität der Entscheidungen gehoben. Und von daher war es gut investierte Zeit.“ Viele Organisationen kämpfen damit, dass das Wissen und die Fähigkeiten ihrer Mitarbeitenden nicht optimal zum Tragen kommen, zum Beispiel weil sich „Silos“ bilden, in denen Einzelne oder kleine Gruppen ohne Austausch vor sich hinarbeiten. Derartige Silos konnten durch die Diskussionsprozesse in den Teams, in denen Mitarbeitende mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenkamen, verbessert werden. Das wiederum stärkte auch das gegenseitige Verständnis und damit das Zusammengehörigkeitsgefühl. Eine Interviewpartnerin sprach von „Schwarmintelligenz“, durch die die Entscheidungen „deutlich fundierter“ geworden seien.

Diese Aussagen decken sich mit theoretischen Überlegungen dazu, dass demokratisches Entscheiden, und insbesondere die Methode der gleichberechtigten Deliberation, also des Austauschs von Argumenten in einem möglichst hierarchiefreien Raum (vgl. Habermas 1981), besser das „Wissen der Vielen“ aktivieren kann, als dies durch die Entscheidung durch Einzelne möglich wäre. Die „epistemische Demokratietheorie“ beschäftigt sich mit der Frage, ob und unter welchen Bedingungen Demokratien gute, wissensbasierte Entscheidungen treffen können (vgl. Landemore 2013; Estlund & Landemore 2018). Viele der Argumente lassen sich auch auf Situationen im Arbeitsleben anwenden: auch dort ist Perspektivenvielfalt wichtig, und auch dort können egalitäre Situationen besser das „Wissen der Vielen“ nutzen als hierarchische Situationen, in denen oft aus Angst oder aus strategischen Erwägungen nicht offen kommuniziert wird (vgl. Gerlsbeck & Herzog 2020).

Bessere Entscheidungsfindungsprozesse wiederum sind ein Faktor, der auch auf individueller Ebene als positiv empfunden

werden kann: viele Individuen sind motivierter, die Umsetzung von Entscheidungen anzugehen, wenn sie diese als gut begründet erleben. Auch wenn die Entscheidungsfindung selbst mehr Zeit kosten sollte, kann man davon ausgehen, dass viel Zeit gespart wird, die andernfalls bei der Implementierung für Überzeugungsarbeit oder die Überwindung von Widerständen nötig wäre.

Was hat die Gesellschaft von selbstorganisierter Arbeit?

Unsere interviewbasierte Methode lässt keine weitergehenden Aussagen darüber zu, wie sich mehr Demokratie am Arbeitsplatz auf die Gesellschaft insgesamt auswirken würde. Überhaupt sind derartige Aussagen schwierig, weil es bislang keine demokratisch organisierte Gesellschaft gab, die „Wirtschaftsdemokratie“ konsequent und flächendeckend umgesetzt hätte.

Die theoretischen Vorhersagen aus der philosophischen Debatte gehen seit langem davon aus, dass demokratische

Selbstorganisierte Teamarbeit kann Räume für demokratische Partizipation in Firmen eröffnen. Dabei zeigt sich, dass Investitionen in demokratische Selbstorganisation und Deliberation zu positiven Effekten sowohl auf der individuellen als auch auf der organisatorischen Ebene führen können. Darüber hinaus legen jüngere empirische Studien nahe, dass das Einüben demokratischer Partizipation in der Arbeitswelt mit einer höheren Akzeptanz von Demokratie in den generellen Einstellungen von Bürger*innen verbunden zu sein scheint.

Praktiken am Arbeitsplatz einen demokratisierenden Effekt auf die Gesellschaft insgesamt haben könnte (vgl. Pateman 1970). Wenn Individuen in ihrer alltäglichen Arbeit ein demokratisches Ethos erleben und demokratische Umgangs- und Entscheidungsformen einüben, befähigt sie das besser zur aktiven, demokratischen Bürger*innenschaft, als das bei hierarchischen Arbeitsformen der Fall ist (vgl. Pateman 1970; Mason 1982). Die Hypothese eines derartigen „spill over“-Effekts (vgl. O'Neill 2008) konnte bislang empirisch weder widerlegt noch bestätigt werden; ein methodisches Problem ist, dass es viele andere relevanten Variablen gibt, die nur schwer kontrollierbar sind (siehe Carter 2006 für einen Überblick).

Allerdings bietet die letzte Version der regelmäßig stattfindenden Leipziger Autoritarismus Studie (Decker & Brähler 2020) Grund zu vorsichtigem Optimismus. In dieser Studie werden regelmäßig autoritäre Haltungen und Denkmuster in der Bevölkerung untersucht. Die 2020er Studie enthielt dabei ein neues theoretisches Konstrukt, „industrial citizenship“, das die Erfahrungen am Arbeitsplatz erfassen soll. Empirisch erfasst wurde es durch vier Statements, zu denen die Befragten auf einer fünfstufigen Skala ihre Zustimmung oder Ablehnung angeben sollten:

- 1) „Ich fühle mich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergeben“,
- 2) „In meinem Betrieb kann ich offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, ohne Nachteile befürchten zu müssen“,
- 3) „Probleme oder Konflikte im Betrieb löse ich am besten gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen“,
- 4) „Wenn ich in meinem Betrieb aktiv werde, kann ich etwas zum Positiven verändern“ (Decker & Brähler 2020, 130-131).

Natürlich decken sich diese vier Variablen nicht eins zu eins mit Praktiken selbstorganisierten Arbeitens; dies wäre auch insofern problematisch, als explizit selbstorganisiertes Arbeiten nicht weit verbreitet ist. Dennoch gehen sie in eine ähnliche

Richtung: sie betreffen die Möglichkeit der eigenen Einflussnahme, der Zusammenarbeit im Team, und der Möglichkeit eines offenen und ehrlichen Umgangs (wobei das Thema „Betriebsräte und Gewerkschaften“ hier sicherlich als Indikator für die generelle Offenheit, auch bei weniger „heiklen“ Themen, verstanden werden kann).

Interessant ist nun: Das aus diesen Antworten gewonnene Konstrukt „industrial citizenship“ ist negativ und signifikant mit rechtsextremen Einstellungen (sowohl der Gesamtskala als auch einzelnen Punkten, z.B. Antisemitismus) korreliert (Decker & Brähler 2020, 136). Eben solche negativen und signifikanten Korrelationen bestehen mit verschiedenen Umfrage-Elementen, wie beispielsweise der Einstellung zum ungleichen Wert verschiedener Gruppen (z.B. Ablehnung von Geflüchteten, Sexismus) (Decker & Brähler 2020, 137). Dagegen bestehen positive Korrelationen zur Akzeptanz von Demokratie, und zwar in allen drei erfassten Formen von „Demokratie als Idee“, „Demokratie wie in Verfassung“, „Demokratie wie in Deutschland umgesetzt.“

Natürlich ist dies nur eine Studie und nur eine Art und Weise, sich der Frage überhaupt empirisch anzunähern. Dennoch deutet sie darauf hin, dass es einen wichtigen Zusammenhang zwischen den Erfahrungen der Arbeitswelt und den generellen Einstellungen von Bürger*innen zur Demokratie gibt. Insofern ist demokratische Selbstorganisation auch aus der Perspektive der Demokratie heraus ein spannender Ansatz, der einen wichtigen Beitrag dazu leisten könnte, die Gesellschaft insgesamt stärker vom Prinzip der „democracy as a way of life“ (vgl. Dewey 1927) her zu denken und damit zu ihrer Stärkung beizutragen.

Literatur

- Carter, N. (2006). *Political Participation and the Workplace: The Spillover Thesis Revisited*. *The British Journal of Politics & International Relations*, 8, 410-426.
- Decker, O. & E. Brähler (Hrsg.) (2020). *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag und online unter https://www.boell.de/de/2020/11/09/autoritaere-dynamiken-alte-ressentiments-neue-radikalitaet?dimension1=ds_leipziger_studie.
- Dewey, J. (1927 [2008]). *The Public and Its Problems*. In: J. A. Boydston (Hrsg.), *The Later Works of John Dewey, Vol. 2, 1925-1927: The Quest for Certainty (The Collected Works of John Dewey)*. Carbondale, IL: Southern Illinois University Press.
- Estlund, D. & H. Landmore (2018). *The Epistemic Value of Democratic Deliberation*. In: A. Bächtiger et al. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Democratic Deliberation*. Oxford: Oxford University Press.
- Gerlsbeck, F. & L. Herzog (2020). *The Epistemic Potentials of Workplace Democracy*. *Review of Social Economy*, 78(3), 307-330.
- Habermas, J. (1981). *Theorie des Kommunikativen Handelns*. Bd. 1. und 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Herzog, L. (2018). *Reclaiming the System: Moral Responsibility, Divided Labour, and the Role of Organizations in Society*. Oxford: Oxford University Press.
- Landmore, H. (2013). *Democratic Reason: Politics, Collective Intel-*

ligence, and the Rule of the Many. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Mason, R. (1982). *Participatory and Workplace Democracy*. Carbondale, IL: Southern Illinois University Press.


O'Neill, M. (2008). *Three Rawlsian Routes towards Economic Democracy*. *Revue de Philosophie Economique*, 9(1), 29-55.

Osterloh, M. & B. S. Frey (2000). *Motivation, Knowledge Transfer, and Organizational Forms*. *Organization Science*, 11(5), 538-550.

Pateman, C. (1970). *Participation and Democratic Theory*. New York: Cambridge University Press.

* Anmerkungen

- 1) Eine Beschreibung unseres methodischen Vorgehens findet sich in unserem ersten Beitrag auf S. 8.



Partizipation ist ein wichtiger Bestandteil von demokratischen Gesellschaften – doch als voraussetzungsreiches Unterfangen steht sie nicht allen Menschen gleichermaßen offen. Im folgenden Abschnitt liegt der Fokus daher auf intersektionalen Barrieren, die die gesellschaftliche Teilhabe unterschiedlicher Menschen auf verschiedene Weise erschweren oder verhindern können. Der Begriff Intersektionalität verweist auf die Verschränkung verschiedener Ungleichheitsdimensionen, die zu ganz eigenen Ausschlussmechanismen für Betroffene führen können.

Die hier dargestellten verschiedenen Perspektiven auf Demokratie und Teilhabe geben dadurch nicht nur Einblick in die verschiedenen Forschungsweisen, sondern öffnen den Blick auch für die Vielfalt an alltäglichen Ausschlüssen und Barrieren in der Partizipation. So beschäftigen sich die vorliegenden Beiträge mit den Orientierungen türkeistämmiger Menschen in Deutschland bezüglich Demokratie und kultureller Zugehörigkeit, mit den politischen Ausschlüssen junger Frauen in ländlichen Räumen, sowie mit den Erfahrungen engagierter Bürger*innen in Bezug auf Lust und Frust ihrer eigenen (politischen) Teilhabe an der Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen.

THEMEN BEREICH INTERSEK- TIONALITÄT



„Mit türkischen Augen“ – Orientierungen zu kultureller Zugehörigkeit

Weltgesellschaftliche Orientierung von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten

Annette Scheunpflug
Emmer Demorel
Caroline Rau
Susanne Timm

Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik

Im Rahmen des Projektes „Weltgesellschaftliche Orientierung von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten“ im Bayerischen Verbund ForDemocracy wurden u. a. Orientierungen zu kultureller Zugehörigkeit rekonstruiert. In diesen Orientierungen zeigt sich, dass und in welcher Form demokratiebezogene Positionen häufig mit Erfahrungen von Zugehörigkeit und sozialer Akzeptanz gekoppelt sind. Die Studie schließt an den statistischen Befund an, wonach ein hoher Anteil an Personen, die türkeistämmig sind und in Deutschland leben, das Wahlrecht in der Türkei haben und in Deutschland für das Verfassungsreferendum im Jahr 2017 gestimmt hatten. In dessen Rahmen stimmten Menschen aus einer demokratisch verfassten Gesellschaft in Deutschland für die Einschränkung der Demokratie in der Türkei (Karakayali 2017; Goerres, Spieß & Mayer 2018, S. 8).

Im Mittelpunkt der Studie stand die Frage, wie diese Gruppe sich selbst in der Weltgesellschaft verortet und welche Orientierungen sich im Hinblick auf Formen gesellschaftlicher Partizipation zeigen. Im Rahmen des Projekts wurden 22 Interviews mit türkeistämmigen Menschen in Bayern durchgeführt. Die interviewten Personen wurden nach den Regeln des „theoretical Samplings“ rekrutiert, um schließlich ein gesättigtes Sample zu erhalten. Als Samplingskriterien stellen sich Geschlecht, Migrationsgeneration, Bildungshintergrund und verschiedene Formen des gesellschaftlich-politischen Engagements heraus. Die Interviews wurden auf Deutsch oder Türkisch geführt und bezogen sich inhaltlich auf Erfahrungen des Lebens in Deutschland und des persönlichen Bezugs der interviewten Personen zur Türkei. Die Interviews wurden transkribiert und anonymisiert und nach den Regeln der rekonstruktiven Analyse nach Bohnsack interpretiert (Bohnsack 2017). Die Interpretationen wurden in einer Interpretationsgruppe konsensuell-kommunikativ validiert. In den nachfolgenden Darstellungen werden die interviewten Personen aus Gründen der Anonymisierung nicht im Detail dargestellt und auch ihre Engagementsformen werden nur abstrakt beschrieben. Aufgrund der Kürze der Darstellung werden die Orientierungen

nicht ausführlich aus dem Material rekonstruiert. Aus den durchgeführten Interviews werden hier nachstehend zwei Orientierungen zu Formen von Zugehörigkeit vorgestellt. Im Rahmen der Verdichtung und der Generalisierung des Materials wurde deutlich, dass für Orientierungen zur politischen Partizipation die Selbstzuordnung zu einer Gruppe bedeutsam ist. Dies wird im Folgenden an zwei unterschiedlichen Ausprägungen illustriert.

1) „Ich habe keinen einzigen deutschen Freund“ – der Wunsch nach Anerkennung

In der hier zunächst vorgestellten Orientierung wird Zugehörigkeit in essentialisierenden Kulturkreisen vollzogen. Die Irritation der damit verbundenen Nicht-Zugehörigkeit zum Umfeld der Mehrheitskultur ist bei gleichzeitigem Wunsch nach Anerkennung dominant. Der Gesprächspartner gehört zur Gruppe der Deutschtürken und bezeichnet sich selbst als Mitglied einer „unbeliebten Gruppe“, da er zwei Staatsangehörigkeiten besitze. Er beschreibt die Ambivalenz einer doppelten Identität: Es sei von Vorteil, zwei Kulturen zu kennen. Es habe aber auch den Nachteil, dass man von keiner der beiden als vollwertiges Mitglied akzeptiert werde. Hierin zeigt sich eine essentialisierende kulturelle Orientierung. Der Interviewte identifiziert sich mit „einigen deutschen positiven Tugenden“ wie Perfektion und Pünktlichkeit, die ihm aber auch als Türke nicht fremd seien. Er sieht diese Tugenden im Osmanischen Reich verankert, die sich nach dem Ende dieses Reiches in der dann entstandenen Türkei zum Schlechten entwickelt hätten. Die Hauptschuld sieht er in der „Westorientierung“ und Modernisierung durch europäischen Einfluss. Neben der Architektur, die er als Beispiel solchen Verfalls anführt, sieht er einen Niedergang in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Seine Verwandtschaft habe in dem türkischen Bergdorf echte Solidarität unter den Dorfbewohnern erlebt. Demgegenüber gebe es heute „nur noch Neidgesellschaften, Ellenbogengesellschaft“. Die moderne Türkei leide an „Wertearmut und auch Ressourcenarmut“, und die Verstärkung schade der Familiengemeinschaft.

Aufgrund der nomadischen Vergangenheit sei das türkische Volk ethnisch sehr gemischt und die Nachbarschaft mit anderen Volksgruppen eine Selbstverständlichkeit. Deshalb kritisiert er die Intoleranz anderen gegenüber in Deutschland. Vielfalt sei für Deutschland und Europa keine geschichtlich neue Erfahrung. Ein Beispiel seien die Kämpfe zwischen dem Katholizismus und dem Protestantismus in der Vergangenheit. Da seien die islamischen Länder im Hinblick auf Toleranz viel weiter. Spannungen und Konflikte beispielsweise in der Türkei seien eine „deutsche Sichtweise“ und unzutreffend. Minderheiten seien in der Türkei immer geschützt worden; man habe damit „nie ein Problem gehabt“. Es gebe keine Beweise und er bestreite entschieden, dass es „eine Person [gebe], wo man sagen kann, diese Person wurde wegen seiner Religion in der Türkei irgendwie benachteiligt. Das kenne ich nicht.“ Dagegen habe Deutschland den Holocaust als jüngste Vergangenheit: ein eindeutiger Beleg für extreme Intoleranz. Dieser Darstellung liegt eine Orientierung an distinkten Kulturen zugrunde. Er führt als weiteres Beispiel für die von ihm beschriebene gesellschaftliche Ungleichheit im hiesigen Kontext an, dass die sehr kleine Minderheit von „ein paar tausend“ dem Christentum angehörenden Personen in der Türkei nicht benachteiligt würde, „demgegenüber 10 Millionen“ Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland nicht anerkannt würden. Er verlange eine solche Anerkennung von Deutschland in seiner Funktion als Staat.

Im Hinblick auf Gespräche zu politischen Themen beschwert er sich, dass er in Deutschland auf Erdogan angesprochen werde und sich verteidigen müsse. Aber bei keinem Gespräch habe er gehört: „Ach so, dann habe ich mich wohl geirrt.“ Diesen Satz vermisse ich heute noch.“ Er sehe die Veränderungen in der Türkei „mit türkischen Augen“. Er erlebe alleine durch seinen türkischen Namen Benachteiligungen im Alltag. Er habe bei Wohnungs- und Arbeitssuche „kaum Chancen“ und fühle sich dadurch zutiefst gekränkt, da er sich noch nie etwas habe zu Schulden kommen lassen. Andere Menschen mit Migrationshintergrund (wie z.B. aus Polen) würden ihm vorgezogen. „Das kränkt schon sehr.“ Kopftuch tragende Frauen würden noch

mehr Ausgrenzung erleben. Seine Bemühungen um Integration und Assimilation hätten nicht geklappt. Deswegen habe er keine wirkliche Heimat. „Diese Nichtzugehörigkeit, die ist halt vorhanden, die ist präsent... Ich habe keinen einzigen deutschen Freund.“ Obwohl seine Eltern für den Aufbau Deutschlands gearbeitet hätten, krank und ausgelaugt waren und „ungelogen in einem umgebauten Schweinestall gewohnt“ haben, gebe es keine Dankbarkeit seitens der Gesellschaft. „Keine Geste der Dankbarkeit. Nichts.“ Die derzeitigen populistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen in Deutschland würden ihm große Angst machen. In diesen Beschreibungen zeigt sich ein historisierend idealisierender Blick auf die türkische Geschichte. Es drückt sich eine festgeschriebene Orientierung an sich abschließenden, essentialisierenden Kulturräumen aus, aus deren Perspektive auch die Wahrnehmung der Mehrheitskultur in Deutschland interpretiert wird, und die damit strukturell enttäuscht wird. Die Lebenssituation wird

als diskriminierend empfunden. Damit zeigt sich ebenfalls eine Orientierung an der Gefühlslage aus Enttäuschung und Zurücksetzung.

2) „Deutschland ist meine Heimat, Türkei meine Wurzeln“

Demgegenüber fanden sich aber auch ganz andere Orientierungen, in denen die unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen nicht im Gegensatz zueinander stehen und in denen die verschiedenen Erfahrungen flexibel in ein hybrides individualisiertes Konzept integriert werden. So berichtet beispielsweise ein Gesprächspartner, in eine deutsche Regelklasse gegangen zu sein, nur deutschsprachige Freunde zu haben und mit einer Deutschen verheiratet zu sein. „Deutschland ist meine Heimat, Türkei meine Wurzeln.“ Die vorlaufende Generation sei unter großen Entbehrungen nach Deutschland gekommen, sei aber nicht willkommen gewesen. Er habe selbst auch Ausgrenzungen erlebt und von vielen davon erfahren, sei aber auch immer in seinem Wohnort von Deutschen eingeladen worden. Dem „Migrationshintergrund“ werde bei Menschen aus der Türkei mehr Gewicht verliehen als bei anderen Menschen mit Migrationshintergrund. Es müsse noch viel an Aufklärungs- und Verständigungsarbeit geleistet werden. Er habe in einer muslimischen Gemeinde aktiv mitgearbeitet. Der Interviewte berichtet zudem über seine Erfahrungen im interreligiösen Dialog der abrahamitischen Religionen. Dabei habe er viele persönliche Freunde gefunden. Er sehe viel Verbindendes zwischen den Religionen. Er berichtet, beruflich oft zwischen Deutschland und Türkei zu pendeln. Politik spiele für ihn keine Rolle. Entscheidend sei allein die Wirtschaft. Dort liege die Macht. Ihn ärgert, dass er sich wegen Erdogan und dessen Verhalten und dessen Politik rechtfertigen soll, obwohl er dem Pass nach deutscher Staatsbürger ist. Beide Länder seien historisch wie auch ökonomisch sehr miteinander verbunden. Das sei ausschlaggebender als die aktuelle Politik. Die Gesellschaft brauche mehr Verbundenheit, nicht Ausgrenzung. Diese Orientierungen, die ein eher hybrides Verständnis von Kultur

Unsere Daten leuchten das Zusammenspiel von gesellschaftlicher Partizipation und Konstruktionen kultureller Zugehörigkeiten genauer aus. Offensichtlich gelingt gesellschaftliche Partizipation besser über hybridisierende und fluide Formen von kultureller Konstruktion bzw. wird schwieriger bei essentialisierenden Formen kultureller Konstruktion. Gleichzeitig kann es auch sein, dass Partizipationserfahrungen dazu beitragen, Formen der Zugehörigkeit zu ent-essentialisieren. Diese Befunde haben Konsequenzen zum einen für die Bedeutung kultureller Bildung für Fragen gesellschaftlicher Partizipation und zum anderen für vielfältige inhaltliche Anforderungen an kulturelle Bildung.

sichtbar werden lassen, sind auch in weiteren Interviews zu finden. Hier lassen sich ganz verschiedene kulturelle Erfahrungen integrieren. Erlebte Diskriminierung kann verarbeitet und eingeordnet werden. Diese Orientierung ermöglicht gesellschaftliches Engagement und eröffnet unterschiedliche Anschlussmöglichkeiten für die eigene Partizipation.

3) Die Konstruktion von Zugehörigkeit und Partizipation

Im empirischen Material zeigen sich einerseits Orientierungen an Kultur, die sich an abgeschlossenen kulturellen Kreisen (nach dem Herderschen Kugelmodell) orientieren und mit distinkten und national-idealisierenden Geschichtsauffassungen verbunden sind. Diese Orientierungen sind in der Regel mit Gefühlen von Nicht-Zugehörigkeit verbunden – vor allem in Deutschland, aber auch in der Türkei. Diese Orientierungen werden auch mit einem irritierenden Gefühl des „Dazwischen“ verbunden. Sie gehen einher mit dem Gefühl der Nicht-Akzeptanz, der Ausgrenzung und nur geringen Partizipationsmöglichkeiten. Daneben zeigen sich Orientierungen, die deutlich stärker ein hybrides und integratives Verständnis von Kultur widerspiegeln. In diesem Verständnis wird Kultur als ein Bedeutungsgewebe verinnerlichter Ordnungen, Werte und Normen sichtbar, die sehr individuell sind und Erfahrungen unterschiedlicher Provenienz integrieren (ähnlich wie bei Geertz, 2016 oder Reckwitz, 2004 beschrieben). In diesen Orientierungen erhalten kulturelle Unterschiede keine dramatisierende Zuschreibung; stattdessen entsteht Offenheit für Toleranz, für Dialog und für Engagement. Das ermöglicht Partizipationsmöglichkeiten. Aus dem empirischen Material kann nicht restlos aufgeklärt werden, wie das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Partizipation und der jeweiligen kulturellen Orientierung zu denken ist: Folgt auf die jeweilige Orientierung das Engagement oder folgt der Partizipation die Orientierung? Vermutlich bedingen sich beide Aspekte. Es wird aber auch deutlich, dass eine essentialisierende kulturelle Perspektive die Anschlussmöglichkeiten an gesellschaftliche

Partizipation verringert und damit Enttäuschungen vorprogrammiert, die wiederum Partizipationsmöglichkeiten einschränken.

Kulturarbeit sollte durch vielfältige und sich verflüssigende Formen des Kulturellen individuelle kulturelle Orientierungen zulassen. Dabei ist es wichtig, uniforme und ideologisierende historische Narrative durch multiperspektivische Geschichtsdarstellungen zu ersetzen. Deutlich wird damit auch, wie wichtig es für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist, den Geschichtsunterricht der deutschen Regelschule nicht auf die Nationalgeschichte zu beschränken, sondern Weltgeschichte zu integrieren und den Perspektivenwechsel in Schulbüchern zu kultivieren. Wichtig dürften auch Angebote kultureller Ausdrucksformen sein, die nationale Formate überspannen und eher einer „Weltkultur“ zuzuordnen sind. Haben sich Orientierungen erst einmal essentialisierend verfestigt und werden sie durch Enttäuschungen und abwertende Erfahrungen begleitet, ist es fraglich, ob sich diese Orientierungen über positive und irritierende Erlebnisse biografisch noch verflüssigen lassen.

≡ Literatur

- Bohnsack, R. (2017). *Praxeologische Wissenssoziologie*. Opladen u. Toronto: Barbara Budrich.
- Leske & Geertz, C. (2016). *The interpretation of cultures: Selected essays* (EPub edition). New York: BasicBooks.
- Goerres, A., Spies, D. & Mayer, S. (2018). *Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutsch-Türken und Russlanddeutschen*.
- Karakayali, S. (2017). *Wahlverhalten*

- von Deutsch-Türken „Die glauben ja nicht, antidemokratisch zu sein“, in *Spiegel-Online* 19.4.2017.
- Reckwitz, A. (2004). *Kulturbegriff*. In F. Jaeger & J. Rüsen (Hrsg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften* (1-20). Stuttgart: Metzler.
- Scheunpflug, A., Franz, J., & Stadler-Altman, U. (2012). *Zur „Kultur“ in pädagogischen Zusammenhängen*. In T. Fink (Hrsg.), *Kulturelle Bildung: Die Kunst, über kulturelle Bildung zu forschen*. München: kopaed.



Wenig Lust und sehr viel Frust: Partizipation im Männer-Dschungel

Frauen für die Kommunalpolitik

Mina Mittertrainer

Barbara Thiessen

Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut
Fakultät Soziale Arbeit, Institut Sozialer Wandel u.
Inklusionsforschung (IKON)

„Fehlende Geschlechtergerechtigkeit gilt als eine der größten Herausforderungen für die gegenwärtige Demokratie“, schreibt Benjamin Höhne (2020, S. 39) und macht damit auf die erhebliche Unterrepräsentanz von Frauen in den politischen Gremien Deutschlands aufmerksam – Tendenz sinkend. Das Teilprojekt „FRIDA – Frauen in die Kommunalpolitik“ des Forschungsverbands ForDemocracy setzt sich mit der Analyse von Gründen für diese Unterrepräsentanz mit einem Fokus auf junge Frauen in ländlichen Räumen auseinander. Im Folgenden werden daher Ausschnitte aus Gruppendiskussionen analysiert, die im Rahmen einer Forschungswerkstatt im Sommersemester 2020 an der Hochschule Landshut erhoben wurden, um Besonderheiten geschlechtlicher Intelligibilität und des ländlichen Raums in Partizipationsfragen herauszustellen.

Welche Eigenschaften braucht man eigentlich, um politisch partizipieren zu können? Vor allem Selbstbewusstsein, Stärke und Durchhaltevermögen, so die Teilnehmerinnen der Gruppendiskussionen – ein dickes Fell also, um den alltäglichen Anforderungen und Konflikten der politischen Sphäre gewachsen zu sein. Diese Eigenschaften weisen dabei für die jungen Frauen eine klare geschlechtliche Konnotation auf: „[...] weil ein Mann, mit dem assoziiert man halt dann einfach, dass er dasteht und nicht umfällt und ein bisschen wie ein Fels ist. Vielleicht sind Männer auch deswegen oft diese Leitwölfe.“ (GD 1). (1) Männlichen Politikern wird insgesamt mehr Selbstbewusstsein zugeschrieben, mehr „Pepp“ (GD1), Coolness und Beharrlichkeit, während Frauen sich den Teilnehmerinnen zufolge tendenziell eher „beeinflussen lassen und ihre Meinung schnell ändern“ (GD 8). Politisch erfolgreiche Frauen werden folglich nicht als „typische Frauen“ (GD 4) wahrgenommen, sondern „heben sich bisschen ab, weil sie eben schon auch ne Seite an sich haben die jetzt nicht jede Frau hat, sondern wirklich so ne starke, willensstarke Seite ein Stück weit“ (GD 4). Frauen könnten demnach zwar generell in der Politik erfolgreich sein, müssten sich jedoch, so die Befragten, „doppelt so stark durchsetzen“, (GD 9) um ernstgenommen zu werden – andernfalls würden sie schnell ‚abgestempelt‘ als „Püppchen“ (GD 3), „kleine Mäuschen“

(GD 7) oder „hormongesteuertes, gefühlsduseliges Wesen“ (GD 4).

Weibliche Politikerinnen werden folglich vor allem für ihr durchsetzungsstarkes Auftreten bewundert, wie beispielsweise Angela Merkel, Sahra Wagenknecht und Claudia Roth. Gemeinsam sei diesen Frauen, dass sie sich „irgendwie wehren können“ und „in dem Dschungel von Männern nicht irgendwie unterkriegen lassen“ (GD 6). Wichtig sei hier vor allem die eigene Einstellung: „Aber da kommts dann halt auch wieder auf die Frau drauf an, ob sie sagt, ‚mir is des egal und ich box mi da durch‘ oder ob sie sagt, ‚nö, des brauch i mir nicht antun und hör auf‘ [...] I denk, Frauen können genauso weit kommen wie Männer, aber sie haben’s ein bisschen schwerer dabei.“ (GD 6). Die eigene Einstellung, Veranlagung und Persönlichkeit werden hier demnach als ausschlaggebend für den politischen Erfolg erachtet – individuelle Faktoren und Fähigkeiten, die man entweder besitzt oder nicht. Diese Fähigkeiten verorten die Teilnehmerinnen jedoch nicht unbedingt in sich selbst. So sieht sich eine junge Frau als „zu emotional [...] um ständig mit dem extremen Gegenwind, dass ich da standhalten könnte“ (GD 8), und eine weitere meint: „[...] ich würde das psychisch nicht packen, wenn die ganze Zeit an mir genörgelt wird, ich die ganze so viel Druck hätte“ (GD 1). Das eigene Unbehagen diesbezüglich wird jedoch nicht als strukturelles Problem wahrgenommen, sondern als individuelle Veranlagung unabhängig vom Geschlecht: „Also ich find des nie verkehrt, wenn man sich politisch engagiert, aber ich muss ganz ehrlich für mich persönlich sagen wäre des nix, weil ich eben nicht, vielleicht nicht des dicke Fell hab das man da braucht und ich’s gern jedem recht mach“ (GD 1). Diesem Anspruch, es ‚allen recht machen‘ zu wollen, unterliegt jedoch auch einem Geschlechterkontext, wenn gegenläufiges Verhalten bei Mädchen stärker sanktioniert wird als bei Jungen (vgl. u.a. Brown, Gilligan 1994; Flaake 2001; Keddi 2010).

Wenn man also politisch erfolgreich sein möchte, so die Annahme, dann muss man sich durchsetzen können, autoritär

auftreten und Selbstbewusstsein zeigen – dies geht jedoch für die Teilnehmerinnen der Gruppendiskussion auch mit einer Kompromittierung der eigenen Weiblichkeit einher, da man „als Frau vor allem dann in der Politik erfolgreich ist, wenn man möglichst wenig Frauliches irgendwie (mitbringt)“ (GD 4), wie eine junge Frau es ausdrückt. Ein selbstbewusstes und starkes Auftreten kann somit durch ‚weiblich‘ gelesene Attribute untergraben werden und der eigenen Glaubwürdigkeit Abbruch tun: „Aber ich glaube, dass wenn man sich bewusst, keine Ahnung, weiblich anzieht oder so; dass man’s dann nicht zu ’ner Angela Merkel schafft“ (GD 4). (2) Die Kompromittierung der eigenen Geschlechtsidentität kann für jüngere Frauen ein Problem darstellen, da gerade in der Adoleszenz, so die Soziologin Carol Hagemann-White, „die Selbstzuordnung als Mädchen oder Junge die Voraussetzung von Identität überhaupt“ ist (1984, S. 90). Die enge Verknüpfung des ‚doing adolescence‘ mit dem ‚doing gender‘ in der Jugend führt also zu einem Streben nach einer intellegiblen, erkennbaren Geschlechteridentität und -ausführung. Die in der Konsequenz oft „überzeichnete(n) Geschlechterbilder“ (Hirschauer 1993, S. 43 f.) sind folglich umso schwieriger mit einem politischen Engagement vereinbar, wenn die verschiedenen Anforderungen geschlechtlicher Intelligibilität und politischer Durchsetzungskraft gegenläufige Faktoren beinhalten, wie eine Teilnehmerin problematisiert: „[...] und des find ich krass, warum muss ich mir die Haare kurz schneiden, um ernst genommen zu werden?“ (GD 4).

Wenn politisches Engagement als gegenläufig zur weiblichen Geschlechtsidentität empfunden wird, wird eine potenzielle Partizipation legitimationsbedürftig – um hier aktiv zu werden, kommt es vor allem darauf an „wie ernst man die Sache meint“ (GD 4). Es braucht also einen besonderen Grund oder ein Herzensthema, was vielen der Befragten vermeintlich fehlt:

„[...] wenn das also meine ganz krasse Meinung ist und ich bin da super von überzeugt und weiß genau, dass das richtig ist, dann wärs mir egal, aber ich glaub schon dass man drüber nachdenkt,

also wenn einem jetzt jemand sagt ‚Hey, du hast ja voll einen an der Klatsche‘ – man denkt glaub ich schon drüber nach und vielleicht lässt einen auch zweifeln. Also könnt‘ ich mir schon vorstellen, dass man sich das dann nochmal überlegt?“ (GD 4).

Diese Dynamik verschärft sich weiterhin in eher ländlich geprägten Regionen, da die gemeinschaftliche Nähe des Dorfes auch soziale Abhängigkeiten bedingt: „Spezifisch ländliche Vergesellschaftungsformen“ (Larcher et al. 2015, S. 5) durch die gegenseitige soziale Bezugnahme und durch Unterstützungsbeziehungen können nämlich auch zu einer stärkeren sozialen Beobachtung und Kontrolle im ländlichen Alltag führen. Während die Kommunalpolitik an sich aufgrund kleinerer Wahlkreise und zugänglicherer Gremien von den Befragten zwar insgesamt als niedrigschwelliger empfunden wird, sind es vor allem männerdominierte Strukturen und die Exponiertheit der dörflichen Gemeinschaft, die als problematisch für die Partizipation markiert werden, wenn beispielsweise eine junge Frau von ihrem Umzug von einem kleinen Dorf in eine Kleinstadt berichtet: „In [Kleinstadt] kann man viel anonym sein find ich [...] am Dorf kennt einfach jeder jeden, und da gehst du vor die

Eine Voraussetzung für (politische) Partizipation ist, sich vom eigenen sozialen Umfeld als politisch relevantes Subjekt anerkannt zu fühlen. Am Beispiel konservativer Geschlechtermodelle in ländlich geprägten Sozialräumen zeigen sich in besonderer Weise Reibungspunkte zwischen geschlechtlicher Identität, sozialer Einbindung im Lebensumfeld und institutionell-politischen Anforderungen. Diese Gegensätze können die Partizipation insbesondere junger Frauen bei der Wahrnehmung von Ämtern und Mandaten hemmen.

Haustür raus und alle sagen gleich ‚ah servus ge‘“ (GD 8). Eine weitere Teilnehmerin beschreibt den Dorfalltag als „ein anderes Zusammenleben“ und betont, „dass sich halt auch Vorurteile und Gerüchte viel stärker und länger halten als in so ‚ner Stadt“ (GD 2). Das Gerede im Dorf und die Unmöglichkeit, sich dem zu entziehen und in der „Anonymität der Masse“ (GD 2) unterzugehen, werden hier als negative Erfahrungen beschrieben, die eine politische Partizipation noch voraussetzungsreicher machen, als sie sich für junge Frauen ohnehin gestaltet.

Die politische Sphäre als konfliktbehafteter Raum wird von den Befragten zusammenfassend nicht als den eigenen Fähigkeiten entsprechend wahrgenommen – politisch aktive Frauen müssten durchsetzungsfähig und selbstbewusst sein und insgesamt möglichst wenig Weiblichkeit zur Schau stellen. Ein politisches Engagement der jungen Frauen erfordert somit vermeintlich eine Entscheidung gegen ‚weiblich‘ gelesene Attribute, was gerade in ländlichen Räumen problematisch werden kann, wenn abweichende Lebensentwürfe und Geschlechterdarstellungen durch die enge soziale Kontrolle stärker sanktioniert werden. Die Abwägung dieser Entscheidung wird themenbezogen getroffen – nur wenn ihnen ein Thema oder ein Anliegen „wirklich unter den Nägeln“ (GD 8) brennt oder „weh tut“ (GD 9), können sie sich ein Engagement unter diesen Umständen vorstellen. Bei dieser Herangehensweise an Partizipation als ‚Kosten-Nutzen-Rechnung‘ überwiegt für die hier befragte gesellschaftliche Gruppe also der Frust der Partizipation – die wieder und wieder notwendigen Aushandlungen des Fremd- und Selbstbildes, die sowohl mit sich selbst als auch mit der sozialen Gemeinschaft ausgehandelt werden müssen. Politische Partizipation als eine risikobehaftete Form des Engagements bleibt demnach für viele junge Frauen eine wenig attraktive Option. Umso wichtiger ist es für Organisationen und Einrichtungen, die das (politische) Engagement junger Frauen ansprechen wollen, eigene Geschlechterleitbilder zu reflektieren. Dazu gehört auch die Ansprache junger Menschen als vergeschlechtlichte Individuen und eingebunden in spezifische geschlechterkulturell unterlegte Strukturen wahrzunehmen und

dies konzeptionell zu bedenken sowie fachlich angemessen zu berücksichtigen. Auf diese Weise könnte man von einem resignierten ‚die Mädchen wollen ja nicht partizipieren‘ hin zu einer gelingenderen Einbindung vielfältiger Geschlechter gelangen.

Schönheitsnormen entsprechende Politikerinnen immer wieder als ‚Ausnahme‘ bezeichnet werden und nur durch ihr Aussehen im Medienfokus stehen, wird dadurch auch eine generelle Unvereinbarkeit von politischem Erfolg und ‚weiblich‘ gelesenen Attributen kommuniziert (vgl. auch Mittertrainer 2019).

≡ Literatur

- Brown, L. Mikel & Gilligan, C. (1994). *Die verlorene Stimme. Wendepunkte in der Entwicklung von Mädchen und Frauen*. Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Flaake, K. (2001). *Weibliche Adoleszenz und psychosoziale Lernprozesse*. In: W. Gieseke (ed.) *Handbuch zur Frauenbildung*, pp. 115–24. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hagemann-White, C. (1984). *Sozialisation: weiblich - männlich? (Alltag und Biographie von Mädchen, Bd. I)*. Opladen.
- Hirschauer, S. (1993). *Die soziale Konstruktion der Transsexualität. Über die Medizin und den Geschlechtswechsel*. Frankfurt am Main.
- Höhne, B. (2020). *Frauen in Parteien und Parlamenten. Innerparteiliche Hürden und Ansätze für Gleichstellungspolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 70 (38 - Parlamentarismus)*, S. 32–40.
- Keddi, B. (2010). *Junge Frauen: Vom doppelten Lebensentwurf zum biografischen Projekt*. In: R. Becker and B. Kortendiek (eds.) *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie*, pp. 428–33: Springer-Verlag.

- Larcher, M., Oedl-Wieser, T., Schmitt, M. & Seiser, G. (2015). *Frauen am Land. Potentiale und Perspektiven*. Innsbruck: StudienVerlag.
- Mittertrainer, M. (2019). *Hübsch, jung – und sonst so? In: Bayerischer Forschungsverbund „Die Zukunft der Demokratie“ (Hrsg.): ForDemocracy 2019*. <https://fordemocracy.hypotheses.org/2071>.

* Anmerkungen

- 1) Die hier zitierten Gruppendiskussionen wurden teilweise in Dialekt erhoben und transkribiert. Für ein besseres Verständnis wurden die hier verwendeten Zitate in die hochdeutsche Form gebracht und angepasst, ohne den Inhalt zu verändern.
- 2) Diese wahrgenommene Inkompatibilität von ‚weiblich‘ gelesenen Attributen und politischer Kompetenz ist auch in der allgemeinen gesellschaftlichen Wahrnehmung weit verbreitet, wie sich in Medienberichten und Kommentaren über politisch aktive Frauen (wie bspw. die deutsche Staatssekretärin Sawsan Chebli, die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin und die amerikanische Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez) zeigt. Was aus dieser öffentlichen Debatte sichtbar wird: Wenn junge, den



„Politik fördert Streit“ – Orientierungen zu demokratiebezogener Partizipation in deutsch-türkischen Milieus

Weltgesellschaftliche Orientierung von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten

Annette Scheunpflug
Emmer Demorel
Caroline Rau
Susanne Timm

Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik

Im Rahmen des Projektes „Weltgesellschaftliche Orientierung von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten“ im Bayerischen Verbund ForDemocracy ist u. a. die Rekonstruktion von handlungsleitenden Orientierungen zu gesellschaftlicher Partizipation von Interesse. Schließlich zeigt sich in ihnen, wie demokratiebezogene Äußerungen mit Formen der Partizipation und den Erfahrungen von Zugehörigkeit und sozialer Akzeptanz gekoppelt sind.

Die Studie schließt an den statistischen Befund an, wonach ein hoher Anteil an Personen, die türkeistämmig sind und in Deutschland leben, das Wahlrecht in der Türkei haben und in Deutschland für das Verfassungsreferendum im Jahr 2017 gestimmt hatten. In dessen Rahmen wurden die politische Mitbestimmung eingeschränkt und die Stellung des Präsidenten gestärkt. Damit stimmten Menschen aus einer demokratisch verfassten Gesellschaft in Deutschland für die Einschränkung der Demokratie in der Türkei (Karakayali 2017; Goerres, Spieß & Mayer 2018, S. 8).

Im Rahmen des Projekts wurden 22 Interviews mit türkeistämmigen Menschen in Bayern durchgeführt. Die interviewten Personen wurden nach den Regeln des „theoretical Samplings“ rekrutiert, um schließlich ein gesättigtes Sample zu erhalten. Als Samplingskriterien stellen sich im empirischen Prozess Geschlecht, Migrationsgeneration, Bildungshintergrund und verschiedene Formen des gesellschaftlich-politischen Engagements heraus. Die Interviews wurden auf Deutsch oder Türkisch geführt und bezogen sich inhaltlich auf Erfahrungen des Lebens in Deutschland und des persönlichen Bezugs der interviewten Personen zur Türkei. Die Interviews wurden transkribiert und anonymisiert und nach den Regeln der Dokumentarischen Methode nach Bohnsack ausgewertet (Bohnsack 2017). Die Interpretationen wurden in einer Interpretationsgruppe konsensuell-kommunikativ validiert. In den nachfolgenden Darstellungen werden die interviewten Personen aus Gründen der Anonymisierung nicht im Detail dargestellt und auch ihre Engagementformen werden nur abstrakt

beschrieben. Aufgrund der Kürze der Darstellung werden die Orientierungen nicht ausführlich aus dem Material rekonstruiert.

Aus den durchgeführten Interviews werden hier nachstehend zwei Orientierungen zur politischen Partizipation vorgestellt. Im Rahmen der Verdichtung und der Generalisierung des Materials wurde folgendes deutlich: Die Aufrechterhaltung von Harmonie dimensioniert Handlungspraktiken zur politischen Partizipation. Dies wird im Folgenden an zwei unterschiedlichen Ausprägungen verdeutlicht.

1) „Politik fördert Streit“ – Politik als Tabu

Die Aufrechterhaltung von Harmonie schließt in der hier vorgestellten Orientierung politische Auseinandersetzung explizit aus. Diese Haltung wird im Folgenden anhand eines Interviewten dargestellt, der großes gesellschaftliches Engagement zeigt.

Der Interviewte ist in dem städtischen Umfeld seines Wohnortes sehr aktiv. Er engagiert sich für lokale kulturelle Vorhaben, arbeitet im Kontext seiner Moscheegemeinde ehrenamtlich und ist im interreligiösen Dialog zwischen Christentum und Islam engagiert. Er kennt sich in der Lokalpolitik seines Wohnortes aus und ist mit einigen lokalpolitischen Verantwortungstragenden bekannt. Er wirbt in seinem Wohnort aktiv für gesellschaftliches Engagement. Im Interview äußert er, dass er sich für ein solches Engagement eigentlich nicht für gebildet und sprachlich gewandt genug halte, um mit Fachleuten und akademisch ausgebildeten Menschen zusammen zu arbeiten. Gleichzeitig wird in der Erzählung aber auch deutlich, dass dieses Gefühl ihn nicht daran hindert, eine solche Zusammenarbeit zu Fachleuten und in ein akademisches Umfeld aktiv zu pflegen.

Eine doppelte Identifikation – sowohl zu seinem deutschen Lebensumfeld als auch zur Türkei und deren Kultur – wird dadurch begründet, dass er die Türkei als seine Heimat

versteht. Zudem teilt er mit, dass er bei regelmäßigen Besuchen den Kontakt zu seiner dortigen Familie und zu seinem dortigen Freundeskreis aufrechterhält und pflegt. Das Gefühl der Zugehörigkeit zu seinen Kontakten in der Türkei ist kein Hindernis dafür, sich mit seinem deutschen Wohnumfeld zu identifizieren und sich intensiv gesellschaftlich zu engagieren. Das Gefühl der Zugehörigkeit scheint für ihn eher eine emotionale Stütze als eine mentale Irritation zu sein.

Während sich der Interviewte also kulturell sichtbar engagiert, ist jedoch seine Einschätzung zu politischen Themen sehr gegensätzlich. Er ist der festen Überzeugung, dass durch politische Ansichten Streitigkeiten ausgelöst würden. Politik wird von ihm als nicht gemeinschaftsfähig angesehen; sie stört den Frieden einer Gruppe. Deshalb hält er es für inakzeptabel, dass beispielsweise in einer Moschee politische Themen angesprochen werden. Wer das in einer muslimischen Gemeinde tun wolle, der müsse „rausgehen vor die Türe“. Für sich selbst hat er entschieden, sich von der Politik fernzuhalten und auch nicht Mitglied einer Partei zu werden. Politik wird nur dann thematisierbar, wenn es sich um Informationen über den Sozialstaat handelt. So habe die Moscheegemeinde die Aufgabe, sich auch um die Lebensprobleme der Menschen zu kümmern. Deswegen müsse es dort Raum geben, über existentielle und soziale Themen wie Arbeitslosigkeit, Renten und staatliche Versorgung ausführlich zu informieren. Auch sei gemeinsam zu besprechen, was man besser machen und wo man Hilfe bekommen könne.

Diese Handlungspraktik, dass Politik die intendierte Harmonie in der Familie, in der Moscheegemeinde oder im Kulturverein störe, ließ sich in unterschiedlichen Facetten rekonstruieren, bei Personen mit oder ohne Engagement, bei religiösen Menschen wie bei Atheisten. Gemeinsam ist die Orientierung an gesellschaftlicher Partizipation, die nicht politisch werden dürfe und nicht politisch verstanden wird. Als soziale Tätigkeit entworfen, bindet sie sich quasi automatisch an die Herkunftskultur zurück und erhält von dort ihre inhaltliche Fokussierung.

2) „Eine bestimmte Form des Denkens“ – politische Diskursivität im Modus von Harmonie

Die im Folgenden vorgestellte Orientierung ist hingegen offener gegenüber politischer Diskursivität, die sich vor allem auf die Situation im Zielland der Migration bezieht.

Der Interviewte, der hier als ein Repräsentant dieser Orientierung vorgestellt wird, beginnt mit der Einschätzung, dass die erste und zweite Generation im Rahmen von Arbeitsmigration Zugewanderter es schwierig hatten, sich zu integrieren und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Anders als andere Interviewte sieht dieser jedoch die Ursachen nicht alleine in Sprachbarrieren, sondern auch „in einer bestimmten Form des Denkens“. Wer „über zehn Jahre oder zwanzig Jahre in Deutschland gelebt hat, der denkt schon wieder ganz anders.“ Auf Nachfrage nennt der Interviewte Beispiele: „Herumschreien geht nicht“; andere Menschen sind zu respektieren. Die Art der Unterhaltung und von Gesprächen ändere sich bei jüngeren Leuten, die der dritten Generation angehören. Mit diesen könne man auch über Religion sprechen und „auch schön ordentlich reden, was ist richtig und was ist falsch“.

Hier zeigt sich eine Orientierung am Anspruch, eigene Verhaltensmuster zu reflektieren und diese Reflexion sprachlich sichtbar zu machen. Im Hinblick auf Religion empfindet der Interviewte offensichtlich in den vorlaufenden Generationen eine Tendenz zur Tabuisierung von religiösen Überzeugungen, die einer Nachfrage oder Reflexion entzogen werden. Man sei radikaler gewesen; „das war nicht richtig was die gemacht haben, die wollten halt [die] Religion schützen, aber mit eine[r] falsche Methode haben sie das gemacht“.

Der Interviewte bezieht seine Äußerungen auch auf den politischen Bereich. Die jetzige Generation sei viel urteilsfähiger. Sie sei „ganz anders; die können auch die Richtigkeit und die, was falsch ist und was richtig ist, die können besser sehen“. Das habe auch Auswirkungen auf die Beurteilung der politischen Situation in der Türkei.

Der Politik wird Konfliktpotenzial bescheinigt. Auch in dieser Orientierung wird Politik mit Streit verbunden: „Politisch ist [es] bisschen durcheinander bei uns; ja, bei uns fehlt immer noch diese...; wenn's um Politik geht, wir trennen uns immer so schnell.“ Er nennt als Beispiel Wahlen, insbesondere „die ganz große Wahl“, wobei er die des Staatspräsidenten meint. Im Unterschied zur zunächst dargestellten Orientierung wird zwar hier politische Partizipation ebenfalls mit Streit und Auseinandersetzung verbunden; allerdings wird Harmonie nicht in der Abkehr von dieser gesellschaftlichen Kommunikationsform gesucht, sondern in deren reflexiver Kultivierung. Diese Orientierung ebnet den Weg in politische Partizipation. Eine solche Orientierung ließ sich über dieses Interview hinaus bei all jenen Menschen finden, die sich entweder in Deutschland politisch engagierten oder offen dazu bekannten, sich nicht an der Wahl Erdogans beteiligt zu haben.

Die Daten verweisen auf die Bedeutung von „Bildung zur Diskursivität“ für Formen gesellschaftlicher Partizipation. Diskursivität muss in Formen des informellen wie des formellen Lernens gelernt und eingeübt werden. Dabei kommt der sprachlichen Bildung im umfassenden Sinne sowie der Einschätzung argumentativer Tiefe und der Geltung von Argumenten eine hohe Bedeutung zu.

3) Demokratiebezogene Partizipation und Diskursivität

Diskursivität ist eine der Grundformen demokratiebezogener Partizipation. Demokratie bedarf der Beteiligung an der Meinungsbildung, sie ist darauf angewiesen, dass Menschen gemeinsam diskutierend in der Auseinandersetzung die beste Option suchen und dass gemeinsam Kompromisse gesucht werden. Grundlage dafür ist eine Orientierung an Diskursivität, mit der Positionen über Kommunikation ausgetauscht und abgewogen werden. Sie stützt sich auf das „demokratische Versprechen“ (Möllers 2012), wonach Menschen sich gegenseitig als Freie und Gleiche anerkennen und damit die Ordnung von Herrschaft organisieren. Letztere ist notwendig, die Freiheit und Gleichheit zu bewahren. Das bedeutet gleichzeitig die Regulierung von Affekten, Emotionen und Argumenten im „Zeitalter des Zorns“ (Mishra 2017). Habermas hat mehrfach auf die Bedeutung öffentlicher Diskursivität hingewiesen: „Zwischen Bürgern, die sich persönlich nicht mehr kennen können, kann sich nur noch über den Prozess der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung eine brüchige Gemeinsamkeit herstellen und reproduzieren. Der Zustand einer Demokratie lässt sich am Herzschlag ihrer politischen Öffentlichkeit abhören.“ (Habermas 2005, S. 25).

In den Interviews zeigte sich durchgehend eine Orientierung an der Nobilitierung gesellschaftlicher Kommunikation als Harmonie über die Tabuisierung politischer Meinungsverschiedenheiten. Die Akzeptanz von Diskursivität ist keine selbstverständliche, sondern muss gerechtfertigt oder – wie in obiger Erzählung – als Entwicklungsgeschichte eingebettet werden. Exemplarisch wurde diese Orientierung im vorgestellten Interview verdeutlicht. Die für politische Meinungsbildungsprozesse und für das Ausleuchten von Konsens so wichtige Diskursivität wird in der Orientierung an Harmonie explizit ausgeklammert. Dieser Bereich fällt für die Interviewten unter ein Tabu, weil Gespräche und Diskussionen über politische Themen zu Konflikten führen würden. Diskursivität

bedarf also expliziter Positionierung. In der zweiten Orientierung, die politische Teilhabe zulässt, wird die Auseinandersetzung als Form der Harmonie gerahmt. Harmonie wird nicht aufgegeben, sondern entsteht durch die reflexive Kultivierung der durch die politische Auseinandersetzung sich ergebenden Spannungen. Dabei spielen angemessene kommunikative Verhaltensweisen eine Bedeutung.

Diese Befunde sind für die politische Bildung von Bedeutung. Sie verweisen auf drei Aspekte: (1) Die häufig implizite Unterstellung, dass Auseinandersetzungen positiv konnotiert werden, ist kulturell nicht selbstverständlich. (2) Politische Bildung darf nicht hinter dieser Werteunterstellung beginnen, sondern sollte sich vor dieser Wertentscheidung verorten. Es wird deutlich, dass der Ausgleich zwischen Personen, das Wahren des Gesichts und die Aufrechterhaltung der Beziehung wichtige Werte sind, deren Kultivierung expliziter und reflexiver Bildungsprozesse bedarf. (3) Und es wird erkennbar, wie bedeutsam sprachliches Lernen für demokratiebezogene Partizipation sein dürfte – der Umgang mit Argumenten, der Austausch darüber und der abwägende Diskurs. Diese instrumentellen Anteile politischer Bildung werden in der Praxis der Bildungsangebote vielleicht unterschätzt.

≡ Literatur

Bohnsack, R. (2017). *Praxeologische Wissenssoziologie*. Opladen u. Toronto: Barbara Budrich.

Goerres, A., Spies, D. & Mayer, S. (2018). *Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutsch-Türken und Russlanddeutschen*.

Habermas, J. (2005). *Öffentlicher Raum und politische Öffentlichkeit. Lebensgeschichtliche Wurzeln von*

zwei Gedankenmotiven. In: *Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 15-26.

Karakayali, S. (2017). *Wahlverhalten von Deutsch-Türken „Die glauben ja nicht, antidemokratisch zu sein“*, in *Spiegel-Online* 19.4.2017.

Mishra, P. (2017). *Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart*. Frankfurt/M.: S. Fischer.

Möllers, C. (2012). *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*. Berlin: Wagenbach.



Wie Partizipation gelingt – und was sie verhindert

RePair Democracy

Robert Jende

Hochschule für angewandte Wissenschaften München
Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Soziale Innovationen und Organisationsentwicklung

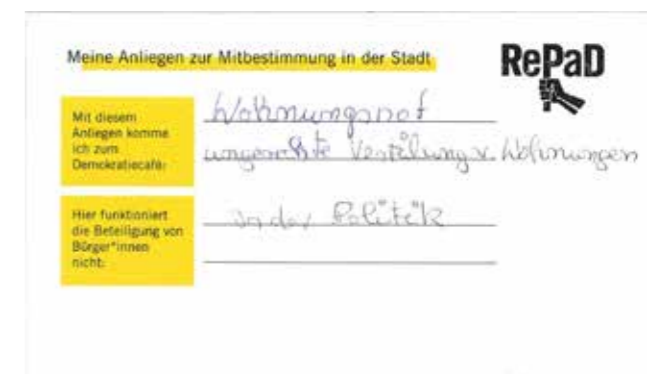
Im Rahmen des Forschungsprojektes „RePair Democracy“ führten wir Demokratiecafés an unterschiedlichen Orten durch. Das Demokratiecafé ist ein Raum für „active citizenship“, an dem sich engagierte Menschen bei Kaffee und Kuchen treffen können, um ihre Anliegen gemeinsam zu besprechen, zu vertiefen und sich selbst zu organisieren (vgl. Beck 2019). Das Demokratiecafé ist eine dezentrale Struktur, die sich an kommunalen Einrichtungen wie Kulturzentren, Stadtteilbibliotheken oder Schulen andocken lässt, aber auch an unabhängigen Organisationen wie Cafés oder Zwischennutzungen. Es dauert etwa 4 Stunden und orientiert sich methodisch an Prozessen des Design Thinkings und der Zukunftswerksatt (siehe Nauditt und Wermerskirch 2018, S. 143/157f.). Der Beitrag stützt sich auf vier vor der Corona-Pandemie veranstaltete Demokratiecafés: zwei fanden im Z Common Ground (Z1, Z2), eines in der Münchner Volkshochschule (MVHS) und ein weiteres im Selbsthilfezentrum München (SHZ) statt. Dort haben wir Menschen empfangen und danach gefragt, was sie politisch beschäftigt und wo Beteiligung von Bürger*innen München nicht funktioniert. Bei der Begrüßung wurden die Gäste gebeten, ihre Anliegen auf dafür vorbereitete „Anliegenzettel“ zu schreiben.

Insgesamt kamen 32 Anliegenzettel zusammen. Es wurden Gelingensbedingungen genannt, die Lust auf Partizipation machen, aber auch frustrierende Umstände, die zivilgesellschaftliches Engagement aus Sicht der Engagierten erschweren. Mit den vier Demokratiecafés erreichten wir einen sehr kleinen und begrenzten Ausschnitt meist ohnehin schon engagierter Bürger*innen. Nur im Selbsthilfezentrum kamen auch Menschen zusammen, die nicht zu den ‚üblichen Verdächtigen‘ des Engagements gehören. Das Demokratiecafé richtet sich konkret an eine lokale Bevölkerung. Entsprechend des Ortes variieren also auch die Teilnehmenden und die damit in Verbindung stehenden Bedürfnisse, Wünsche und Anliegen.

School of Active Citizenship

Was die Besucher*innen der Demokratiecafés eint, ist der Wunsch nach mehr politischer Teilhabe und Selbstwirksamkeit. Deshalb suchen sie diesen Ort auf und wünschen sich mehr solcher Orte, an denen eine aktive Bürgerschaft praktiziert und erlernt werden kann (vgl. Roth 2011) – „Orte, an denen Austausch und Begegnung stattfindet“ (Z1), „mehr Mitbestimmung bewirken“ (MVHS). Ganz allgemein hat es ein*e Besucher*in so ausgedrückt: „dass wir alle unsere Stadt (mit)gestalten“ (Z1). Im Demokratiecafé wollen die Leute auch „Lernen, welche Möglichkeiten es gibt“ und „neue/unbekannte Mitgestaltungsmöglichkeiten kennenlernen/entwickeln“ (MVHS). „Wie kann man als Bürgerschaft etwas bewirken?“ (MVHS). Es werden auch neue Wege der Kommunikation und Möglichkeiten der Vernetzung gesucht. Konkret bedeutet das eine „bessere Kommunikation für mehr Partizipation in Stadtteilparlamenten“ (Z1) oder „Projekte wie Bürgerhaushalte auf Stadtelebene“ (Z1). Das Demokratiecafé als lokale Struktur der Begegnung und school of active citizenship fällt mit dem Bedürfnis nach mehr Austausch auf der lokalen Ebene auf einen fruchtbaren Boden.

Es wird außerdem gewünscht, „moderne und motivierende Wege zu schaffen, um Bürger*innen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen“ (Z1) oder anders ausgedrückt: „eine digitale Plattform, auf welcher der Fortschritt der Projekte nachverfolgt werden kann – für eine größere Reichweite“ (Z2) aufzubauen. Darin liegt auch das häufig geäußerte Anliegen, „gleiche Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle in allen Bereichen/ Ressorts“ (Z2) anzustreben und „neue Methoden für die Weisheit der Vielen zu nutzen: Systemisches Konsensieren, Soziokratie etc.“ (Z2). Wenn es um Beteiligung geht, sollen analoge und digitale Formen der Partizipation stets zusammengedacht und -gebracht werden. Das Eine ohne das Andere wird als defizitär wahrgenommen: „innovative Beteiligungsangebote, digitale und analoge Räume/Orte der Mitgestaltung schaffen“. Damit sollen unterschiedliche Gruppen und Personen über Generationen und Herkünfte hinweg erreicht und involviert werden, um einen



Demokratiecafé // Selbsthilfezentrum München // 20.02.2020 ab 17:00 Uhr

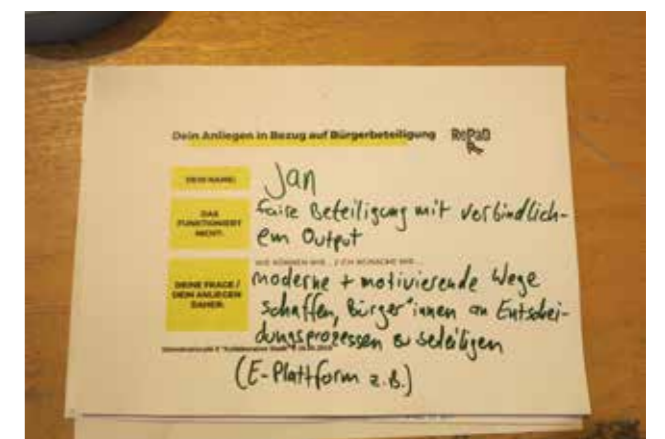


Abbildung Nr 1: Selbstgebasteltes Schild

Abbildung Nr 2: Anliegenzettel aus dem Demokratiecafé im Selbsthilfezentrum vom 20.02.2020

Abbildung Nr 3: Anliegenzettel aus dem Demokratiecafé im „Z - Common Ground“ vom 16.05.2019

„Diskurs auf Augenhöhe“ zu führen und eine „Diskussionskultur auch inkl. unangenehmer Meinungen zu stärken“ (Z2). Nicht selten wird sich gewünscht, „Teilhabe neu zu denken (Verbindlichkeit der Teilhabe)“ und „neue Strukturen für Bürgerbeteiligung vorzustellen und zu diskutieren“ (MVHS) oder „mit jungen Menschen demokratische Prozesse entwickeln“ (Z1).

Bei manchen sind die Anliegen ganz konkret: „Gründung eines ‚Nachhaltigkeitsrats‘ beim Münchner Stadtrat“ (MVHS), „Gründung einer Bürgerakademie. Installierung eines Bürgerrats, der unabhängig von Parteien, Politik und Verwaltung ist“ (SHZ) oder „Reparieren und Selbermachen als kommunale Grundversorgung“ (Z1). Andere wiederum wollen sich beteiligen, wissen aber nicht wo und wie: „Wir sind der Afrikanische Verein e.V. Ich wollte mithelfen und aktiv in meinem Viertel sein“ (SHZ); „Wir sind eine Gruppe aus dem Sudan – wir machen ein Treffen 1x in der Woche“ (SHZ) oder wollen „3 Tage ein interkulturelles Fest“. Je nach Ort der Durchführung eines Demokratiecafés treten unterschiedliche Anliegen und Bedürfnisse hervor.

Was zivilgesellschaftlich engagierte Bürger*innen eint, ist der Wunsch nach mehr politischer Teilhabe und Selbstwirksamkeit. Als lokale Struktur der Begegnung und school of active citizenship fällt das Demokratiecafé mit dem Bedürfnis nach mehr Austausch auf der lokalen Ebene zusammen. Je nach lokaler Einbettung eines Demokratiecafés treten unterschiedliche Anliegen und Bedürfnisse in Erscheinung.

Wo ist politische Teilhabe frustrierend?

Erfahrungen aus den Demokratiecafés und aus der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zeigen aber auch, dass bürgerschaftliches Engagement viele Hürden zu überwinden hat. Häufig wird unter den Engagierten die fehlende Partizipationsbreite beklagt. Es sind „immer die gleichen Gesichter“ (Z1), die sich zivilgesellschaftlich einbringen. Deshalb stellte sich die Frage, wie mehr Milieus und Bevölkerungsschichten einbezogen werden können, um „eine diverse Stadtgesellschaft für die Beteiligung zu gewinnen“ (Z1) und für eine „Beteiligung aller ‚Bildungsschichten““. Auch die fehlende Barrierefreiheit wird kritisiert: „Bezirksausschüsse sind nicht barrierefrei und dadurch gibt es keine echte Bürgerbeteiligung; zur Kommunalwahl bei Parteien fehlende Hilfsmittel für behinderte Bürger (leichte Sprache, Rampen etc.)“ (SHZ). Eine Lösung wurde andernorts benannt: „Politische Beteiligung und Demokratie erleben in vielen verschiedenen Sprachen und Methoden (z.B. Simultanübersetzungen, einfache Sprache, Langsamkeit / Basics in 6 Münchner Hauptsprachen)“ (Z1).

Ebenfalls beklagt wird, dass der „Austausch zwischen Bedürfnissen der Bürger und tatsächlich umgesetzten Projekten durch die Politik/Stadt“ (Z2) nicht funktioniert. „Politik hört nicht zu“ (MVHS). Das mag aber auch an einer mangelhaften „nutzerzentrierten Gestaltung in der Politik“ (Z1) und „Informationsvermittlung (wann & wo passieren Ereignisse an denen ich mitwirken kann?)“ (Z1) liegen. Es werde auch nicht auf drängende Probleme reagiert (Z2). Es herrsche eine „Übermacht, ein übermäßiger Einfluss des Lobbyismus“ und eine „Gleichgültigkeit vieler“, sodass „Herausforderungen der Zukunft“ (Z2) auf der Strecke bleiben. „Politik hat keine Ideen und will keine haben (aussitzen, ignorieren)“ (MVHS). „Politiker*innen (eher ‚älter‘) distanzieren sich von eher ‚jüngeren‘ Menschen -> Generationenkonflikt“ (Z2). Es wird mit einem Bürgerrat Mitsprache anstatt Anhörung gefordert (SHZ). Drastisch für ein Scheitern bürgerschaftlichen Engagements formuliert: „Parteien bilden nicht den Bürgerwillen ab; Bürgerinitiativen werden ignoriert, Eingaben und Ideen

werden weder diskutiert noch dokumentiert noch entschieden“ (SHZ). Aus der Sicht einer Anbindung lokaler Anliegen von Bürger*innen an politische Umsetzungsstrukturen stellt sich die Frage: „Warum ist der institutionelle Anschluss so schwer?“ (MVHS). Die Verwaltung der Münchner Stadtpolitik ist in Säulen und Referate – Kultur, Soziales, Gesundheit, Klima etc. – aufgliedert, politische Probleme und gesellschaftliche Anliegen sind dagegen komplex und verschränkt. Zum Beispiel kann der „Inklusionsbeirat/Behindertenbeirat keine Anträge stellen“ (SHZ). Nicht selten sind Anliegen aus der Zivilgesellschaft nicht adressierbar und werden von einem Zuständigkeitsbereich zum nächsten geschoben. Am Ende wird die Energie des Engagements in den Mühlen der Verwaltung zermahlen.

Es mag frustrierend sein, über Jahre hinweg immer wieder auf bürokratische Widerstände zu stoßen oder gegen unüberwindbare politische Realitäten zu kämpfen. Beteiligung scheint politischen Verantwortlichen eher lästig zu sein und Engagierte fühlen sich häufig als Bittsteller. Und dennoch bleiben viele Engagierte bei der Sache. Sie erinnern an Sisyphos, dessen Stein den Berg immer wieder herabrollt und der mit seiner aussichtslosen Arbeit stets von vorne beginnen muss: „Der Kampf gegen Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen. Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen“ (Camus 1959, S. 101). In diesem positiven Sinne stiftet zivilgesellschaftliches Engagement Sinn und bereitet Vergnügen. In ihm liegt „Fluch und Seligkeit“ – Frust und Lust: „Darin besteht die ganze verschwiegene Freude des Sisyphos. Sein Schicksal gehört ihm. Sein Fels ist seine Sache“ (ebd., S. 100). Darin drückt sich vielleicht das politische Grundbedürfnis nach Selbstwirksamkeit aus, welches trotz aller Rückschläge seine Spannung nicht verliert. Das Engagement ist meine Sache.

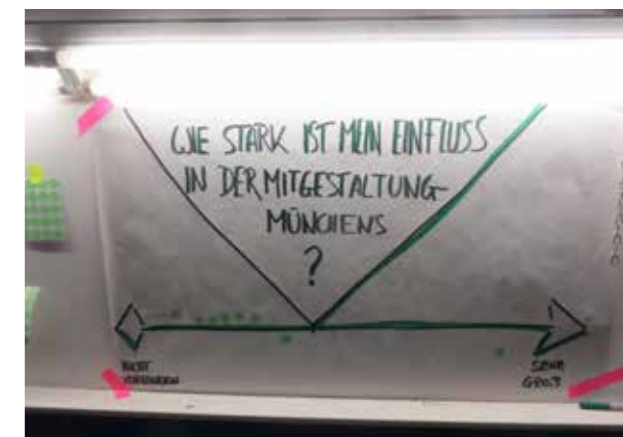


Abbildung Nr 4: Knetarbeit aus der MVHS vom 15.02.2020
Abbildung Nr 5: Flipchart aus dem Demokratiecafé im „Z - Common Ground“ am 16.05.2019

Wie kann Beteiligung gelingen?

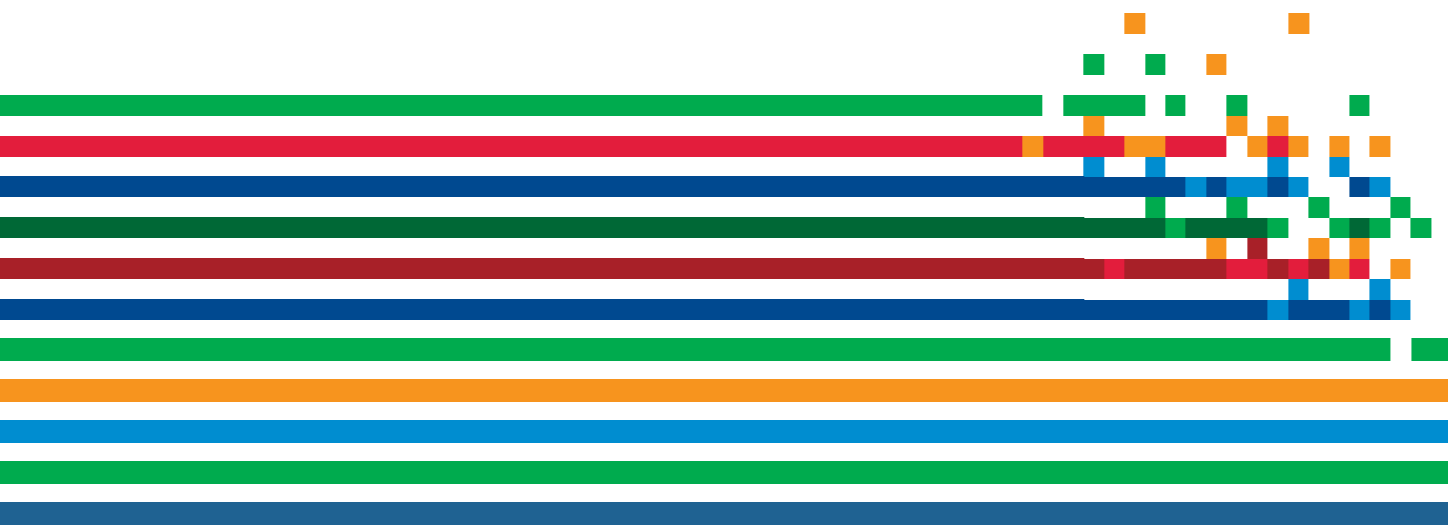
Im Allgemeinen besteht der Wunsch nach einer Ausweitung von freien Beteiligungsräumen und eines adressierbaren Beteiligungspersonals. Politische Teilhabe braucht Zeit und Ressourcen, das wurde immer wieder deutlich. Andererseits kann zivilgesellschaftliches Engagement sogar Kosten einsparen, indem von Beginn an Leute involviert werden, die ein Projekt mittragen, anstatt es zu boykottieren, nachdem sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. In den hier aufgeführten Beispielen gelingt Partizipation, wenn sie gleichberechtigt praktiziert wird. Es gehe darum „Bürgern zu vertrauen, weil Politiker gelernt haben, Bürger auf Augenhöhe ernst zu nehmen“ (MVHS). Das erfordert die Bereitschaft auf Seiten der Entscheidungsträger*innen, Macht und Kompetenzen abzugeben. Und eines ist auch deutlich geworden: Beteiligung soll „Lust machen, aktiv zu werden“ mit „Informationen, die Spaß machen“ (MVHS). Politisches Engagement, Dialog und geteilte gesellschaftliche Macht sollen keine asketischen Tätigkeiten ohne sinnlichen Mehrwert sein, sondern bei guter informationeller, sozialer und leiblicher Versorgung Freude bereiten. Eine Café-Atmosphäre beispielsweise ist als Rahmung politischen Engagements nicht zu unterschätzen. Außerdem ist die „Erfahrung von Selbstwirksamkeit“ (Z1) eine Bedingung dafür, dass Partizipation Lust auf mehr macht. Umgekehrt gilt: Wer stets die Erfahrung der eigenen Wirkungslosigkeit macht, verliert den Mut und die Lust auf politisches Engagement (vgl. Bandura 1977), wendet sich von Politik und Gesellschaft ab und zieht sich in alternative Wirkkreise zurück.

In der Münchner Volkshochschule hat das Demokratiefacé die Lust an Partizipation besonders entflammt (vgl. Toussaint 2020). Die Teilnehmenden wollten „Politik neu denken“ und ersannen eine „Demokratie ohne Zentrum“ mit einem „Dialog der Vielfalt“. Demokratie wurde bei den Teilnehmenden als Lebensform begriffen. Sie wollten „Demokratie miteinander lernen und leben“, für eine „bessere Bürgerperformance“. Mit Knete bastelten sie ihre Vision einer Demokratie, die ihre Sprecher*in-

nen- und Herrschaftspositionen immer wieder zu wechseln vermag. Eine solche Demokratie hat viele Orte und schließt unterschiedliche Menschen je nach Raum und Zeit ein, um zu überraschenden Lösungen zu kommen. Die „Kommunalität der Wirkzone“ müsse dafür beachtet werden. Ein*e Teilnehmer*in stellte die Frage: „Müssen wir eher neue Strukturen gründen oder bestehende wirksamer machen?“ Die Antworten verliefen in beide Richtungen. Einerseits müssten bestehende Strukturen für Bürgerbeteiligung anschlussfähiger und wirksamer werden, andererseits sollten neue „innovative demokratische Strukturen“ geschaffen werden. Als demokratische Innovation ist das Demokratiefacé vielleicht ein Anfang, die lokalen Anliegen einer Bevölkerung an bestehende und neue Strukturen politischer Verwirklichung (wieder) anzubinden (RePair).

≡ Literatur

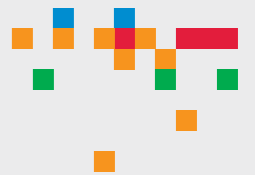
- Bandura, A. (1977). *Self-efficacy: Toward a unifying theory of behavioral change*. *Psychological Review*, 84(2), 191–215.
- Beck, G. (2019). *Ein Repair-Café für Demokratie? In: Bayerischer Forschungsverbund „Die Zukunft der Demokratie“ (Hrsg.): ForDemocracy 2019*. <https://fordemocracy.hypotheses.org/1610>.
- Camus, A. (1959). *Der Mythos von Sisyphos. Ein Versuch über das Absurde*. Hamburg: Rowohlt.
- Roth, R. (2011). *Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Toussaint, S. (2020): *Zukunft denken – eine umgekehrte Chronologie*. In: Bayerischer Forschungsverbund „Die Zukunft der Demokratie“ (Hrsg.): *ForDemocracy 2020*. <https://fordemocracy.hypotheses.org/2604>.



Die Zukunft der Demokratie kann nicht ohne Digitalisierung betrachtet werden. Die zunehmende Digitalisierung geht mit einer neuen Hoffnung auf Inklusion und Partizipation einher. Wenn Beteiligung zuvor mit hohem Zeit- und Ressourcenaufwand verbunden und häufig nur von bestimmten Gruppen (oder gar nicht) betrieben wurde, entstehen durch digitale Technologien Möglichkeiten, Partizipation von Grund auf neu zu gestalten. So kann Beteiligung plötzlich nicht mehr nur noch entlang traditioneller Informationsströme linear von der Politik zu den Bürger*innen stattfinden. Werden Bürger*innen in die Gestaltung digitaler Angebote eingebunden, kann Digitalisierung stattdessen zur Selbstermächtigung und Durchsetzung bürgerschaftlicher Interessen dienen.

Die folgenden drei Texte zeigen aus unterschiedlichen Disziplinen heraus, welche Auswirkungen Digitalisierung auf Beteiligungsprozesse hat, wenn man die Bürger*innen von Anfang an mit einbindet – von der Gestaltung lokaler Lebensräume über die Schaffung neuer Medienangebote bis zu politischem Aktivismus. Digitale Teilhabe und die Transformation der klassischen Medienlandschaft, sind große Herausforderungen, die uns in Zukunft noch lange beschäftigen werden.

THEMEN BEREICH DIGITALI- SIERUNG



Von Spaziergängen und fehlender KiTa: Beteiligung im Stadtteil Würzburg-Hubland

Digitale Partizipation in der Kommunalpolitik

Jörn Hurtienne
Franzisca Maas

Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Psychologische Ergonomie /
Institut Mensch-Computer-Medien

Geleitet von dem Ziel ein (digitales) Tool zur Unterstützung der Bürger*innenbeteiligung im neuen Würzburger Stadtteil Hubland zu entwickeln, haben wir im Teilprojekt 08 an mehreren Treffen des offenen „HublandTreffs“ teilgenommen und zehn Haushalte am Hubland gebeten uns unter anderem mit Hilfe von Einwegkameras und Geschichten (siehe Methodik: Cultural Probes, Gaver et al. 1999) Einblicke in ihren Alltag am Hubland zu geben. So erfuhren wir wie sich die Hubländer*innen in ihren Stadtteil einbringen, inwiefern das Hubland seine Bewohner*innen dabei unterstützt sich zu beteiligen, welche Probleme die Anwohner*innen in ihrem Alltag im Stadtteil begegnen und welche Hindernisse für Partizipation am Hubland bestehen.

Das Hubland ist lebenswert, hier halte ich mich gerne auf

Im Einklang mit seinem Motto „Hubland – Leben mit Weitblick“ schätzen die Bewohner*innen ihren Stadtteil dafür, dass er innovativ und modern, lebendig und grün ist. Die Anwohner*innen würdigen die Arbeit, die in die Entstehung des Stadtteils geflossen ist. Eine Teilnehmerin berichtete: „Als wir noch nicht am Hubland wohnten sind wir am Wochenende oft weggefahren, haben Ausflüge gemacht etc. Jetzt bleiben wir auch gern zu Hause, genießen das Hubland, die Landesgartenschau, die Cafés und Eisdielen.“ Das Hubland ist ein Lebensraum geworden, an dem sich die Bewohner*innen gerne und viel aufhalten.

Wir sind eine Gemeinschaft

Das Hubland kann allerdings noch mehr als nur schön aussehen: Obwohl der Stadtteil noch keine fünf Jahre alt ist, ist er bereits ein Ort mit großem Gemeinschaftsgefühl und hohem Identifikationsgrad.

Eine Teilnehmerin beschrieb eine charakteristische Situation am Hubland so: „Typisch ist es, wenn man plant, nur eine kleine Runde spazieren zu gehen, dann aber draußen noch einige Nachbarn & Freunde trifft, an jedem Spielplatz stoppen muss,

weil man noch einmal kurz Kind sein möchte und auf keinen Fall daran vorbeikommt, sich auf dem Rückweg noch ein Eis bei DaClaudio zu gönnen.“

Teilhabe gestaltet sich am Hubland aktuell noch recht unorganisiert. Da es beispielsweise noch keine Vereine, Parteien oder ähnliche Strukturen gibt, um sich in den Stadtteil einzubringen, unterstützen sich die Hubländer*innen gegenseitig. So hatten sich strickbegeisterte Anwohner*innen vor der Pandemie in den Räumlichkeiten der Bücherei zum gemeinsamen Stricken zusammengefunden. Andere schlossen sich zu einer „Urban Gardening“-Gruppe zusammen, die inzwischen eine Hütte errichtet hat und Hochbeete zum gemeinsamen Gärtnern anbietet.

Die zentrale Möglichkeit, um sich stadtteilpolitisch zu informieren und engagieren bietet der offene Nachbarschaftstreff „HublandTreff“. Dort tauschen sich regelmäßig Bürger*innen mit zwei Miterarbeitenden der Stadt, einer Mitarbeiterin der Stadtteilbücherei sowie anderen Anwohner*innen über aktuelle Themen aus dem Hubland aus. In dieser Gemeinschaft konnten die Anwohner*innen politisch bereits einiges erreichen. Beispielsweise wurde in Folge eines Treffens mit Vertreter*innen der Stadt ein Zebrastreifen an einer vielbefahrenen Straße installiert. Dass dieses Treffen zu einer „echten“ Veränderung geführt hat, wurde von vielen der Teilnehmenden als sehr positiv und als Stärkung der Selbstwirksamkeit wahrgenommen.

Hier beteiligen wir uns

Die Stadtteilbücherei liegt zentral im Stadtteil und spielt für viele Anwohner*innen auch eine zentrale Rolle. Sie wurde entsprechend häufig als „Lieblingsort“ und als ein Bestandteil des Stadtteils der „sich niemals ändern darf“ bezeichnet. Die Bücherei ist gewissermaßen ein Symbol für Partizipation am Hubland, denn bereits ihre Einrichtung fand unter Beteiligung von Bürger*innen statt (Flicker, 2018).



Abbildung Nr 1: Blick über die Wiese am ehemaligen Landesgartenschau Gelände (Teilnehmendenfoto)

Abbildung Nr 2: Weitläufiges, begrüntes Gelände der Landesgartenschau am Hubland (Teilnehmendenfoto)

Abbildung Nr 3: Teilnehmenden-Zeichnung einer typischen Situation im Stadtteil

Die Hälfte der teilnehmenden Anwohner*innen fotografierten die Stadtteilbücherei als einen „Ort, der dazu einlädt am Stadtleben teilzuhaben“. Die Bücherei bietet bislang eine der wenigen Gelegenheiten sich mit anderen zu vernetzen und zeigt sich als „Ort für Jung und Alt“ (Abbildung 5). Hier ist auch der Platz für den HublandTreff. Die Stadtteilbücherei scheint damit ihrem Anspruch, einen „Dritten Ort“ neben Wohn- und Arbeitsort zu schaffen, in den Augen der Teilnehmenden nachzukommen. Neben der Bücherei wurden auch Orte zum gemeinschaftlichen Gärtnern als Orte der Teilhabe fotografiert. Am Hubland wurden viele Prozesse unter Einbezug von Bürger*innen gestaltet. Eine Person würdigte die Beteiligung der Anwohner*innenschaft bei der Entwicklung des Stadtteils und wünschte sich, dass „die Hubländer weiterhin mitentscheiden“ dürfen – und dies solle sich niemals ändern.

Partizipatives Design hat das Ziel, dass diejenigen, die später mit einer Technologie leben sollen, in den Prozess der Gestaltung einbezogen werden und auf Augenhöhe mit Designer*innen arbeiten. Durch dieses Mitspracherecht passen technologische Lösungen besser zu den Bedürfnissen der Nutzer*innen. Insbesondere bei der Gestaltung von digitalen Bürgerbeteiligungstools ist die Partizipation von Bürger*innen (zu Beginn des Designprozesses) relevant, da auf diese Weise die wahrgenommenen Beteiligungsmöglichkeiten besonders gut untersucht werden können.

Unsere Erwartungen wurden enttäuscht

Allerdings berichteten die Teilnehmenden nicht nur von gelungenen Beteiligungsprozessen und positiven Aspekten ihres Stadtteils. Ärger entstand vor allem im Zusammenhang mit herumliegendem Müll aufgrund immer noch fehlender Mülleimer sowie der angespannten Verkehrs- und Parksituation (Abbildungen 6-8).

Viele Teilnehmende sind enttäuscht, dass Aspekte, mit welchen der Stadtteil beworben wurde, immer noch nicht umgesetzt wurden. Dazu gehört beispielsweise die Straßenbahn, die ursprünglich zur Landesgartenschau 2018 geplant war, deren Bau jedoch bis heute noch nicht einmal begonnen hat. Eine Teilnehmerin brachte ihren Vorschlag ein, der eine bessere Verbindung zwischen dem Stadtteil und der Innenstadt herstellen könnte: Sie erarbeitete ein Konzept zum Bau einer Gondel und stellte diese dem Bürgermeister in einer Sprechstunde vor, um mit ihrer Idee Gehör zu finden.

Die Prozesse am Hubland sind undurchsichtig

Oft ist den Anwohner*innen bei Prozessen nicht klar, inwiefern die Stadt diese überhaupt weiterverfolgt oder wie der aktuelle Stand ist. Dieses Thema war bereits im HublandTreff aufgenommen; durch fehlende Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Bewohner*innen und der Stadt durch COVID19, erhielt das Problem jedoch eine neue Dringlichkeit.

Ein zur Landesgartenschau erbautes Wasserbecken steht beispielsweise seit zwei Jahren leer und mehrere Teilnehmende fotografierten das Becken als einen Ort, der ihnen ursprünglich gut gefallen hatte, aber nun nicht mehr gefällt („schön wär’s, wenn es funktionieren würde...“ [H03]) und äußerten Enttäuschung darüber, dass unklar sei, ob und falls ja, in welchem Zeitraum das Becken repariert werden würde.

Ein weiterer laufender Prozess ist die Einrichtung einer Kindertagesstätte. Der Bau hatte sich mehrfach verzögert, sodass im Sommer 2020 noch immer keine Betreuungsmöglichkeit für Kleinkinder bestand. Die Teilnehmenden ärgerten sich über diesen Zustand, da das Hubland als kinderfreundlicher Stadtteil beworben worden war und sie nur schwer an Informationen zum aktuellen Planungsstand gelangen können.

Diese „offensichtliche Lücke“ (H02) anzugehen, wäre für vier der Teilnehmenden die erste Amtshandlung als „Bürgermeister*in des Hublands“. Aufgrund der Relevanz dieses Themas für junge Familien im Stadtteil, haben sich einige Nachbar*innen inzwischen zusammengeschlossen und eine Unterschriftensammlung gestartet sowie bei Anlaufstellen der Stadt auf die Dringlichkeit hingewiesen.

Wir machen konstruktive Vorschläge für unseren Stadtteil

Die Teilnehmenden sahen jedoch nicht nur Probleme, sie machten auch konstruktive und teils sehr kreative Vorschläge wie sich ihr Stadtteil künftig verändern sollte. Für viele stand neben den Veränderungen bei den „Ärger-Themen“ die Weiterentwicklung des Hublandes als „ein schöner Ort zum Wohnen UND Leben“ (H02) mit Cafés, Kneipen, Läden, Freizeitmöglichkeiten und (Sport-) Vereinen im Vordergrund. Um das Gemeinschaftsgefühl weiter zu stärken und die ständig wachsende Anwohnerschaft zu vernetzen, schlugen die Teilnehmer*innen gemeinsame Aktionen vor: „Ich würde ein Stadtteilstoff veranstalten. Nachmittags für alle/ Familien/ Kinder, abends Straßenmusik, Cocktails und Tanz“ (H08). Um die Verkehrssituation in Bezug auf Raser*innen zu verbessern, wurden unter anderem Bodenwellen und verstärkte Kontrollen wie Blitzer vorgeschlagen. Eine Person machte einen kreativen Vorschlag zur Verknüpfung der Themen „Gemeinschaftssinn stärken“ und „Verkehr beruhigen“, indem sie vorschlug, ein „Quarter-Mile“-Autorennen zu organisieren, bei dem die Raser*innen „zeigen können, was sie drauf haben“ (H01).



Abbildung Nr 4: Neu angelegter Zebrastreifen mit einem Daumen nach oben (Teilnehmendenfoto)

Abbildung Nr 5: Stadtteilbücherei im „Tower“ (Teilnehmendenfoto)

Abbildung Nr 6: Bild zum Thema „Das ärgert mich am Hubland“ (Teilnehmendenfoto)

Um die Partizipation der Anwohner*innen bei der weiteren Entwicklung des Hublands stärker zu unterstützen, wurden von den Teilnehmenden zudem ein Gestaltungsrat sowie ein Stadtteilbüro vorgeschlagen. Die Anwohner*innen sind weiterhin interessiert, an der Entwicklung ihres Stadtteils mitzuwirken und wünschen sich auch für die Zukunft „viel Einladung zu Bürgerbeteiligung“ (H06).

Partizipation am Hubland und wie man sie mit (digitalen) Tools unterstützen kann

Wir konnten feststellen, dass zur Unterstützung der Partizipation im Stadtteil das bestehende Gemeinschaftsgefühl aufgegriffen und zur weiteren Vernetzung unter den Anwohner*innen beigetragen werden sollte. Es wurde jedoch auch deutlich, dass die Anwohner*innen, besonders aufgrund der durch die COVID19-Pandemie verschärften Distanz zwischen Stadt und Bürger*innen, von einem Tool profitieren würden, das die Verfolgung laufender Prozesse erleichtert. Diesem Eindruck folgend, entwarfen wir in unserem Forschungsprojekt gemeinsam mit Anwohner*innen ein Konzept, das es Bürger*innen ermöglichen soll, gemeinschaftlich Prozessfortschritte mit einem Tool zu dokumentieren und mit der Stadt zu teilen (Abbildung 10). Dieses Konzept wird im weiteren Verlauf des Projekts zu einem Prototyp weiterentwickelt und getestet.

Methodik und Hintergrund

Gemeinsam mit den Bewohner*innen des neu entstehenden Stadtteils Würzburg-Hubland entwickeln wir im Teilprojekt 8 Konzepte und Prototypen für digitale Tools, die die Partizipation der Bürger*innen unterstützen könnten (Maas & Klüber, 2020a, 2020b). Neben teilnehmenden Beobachtungen im Hubland-Treff setzen wir sogenannte Cultural Probes (Gaver et al., 1999) ein. Diese „Probes“ bestehen typischerweise aus Paketen mit Ideen-generierendem Material, das die Teilnehmenden selbstständig über einen längeren Zeitraum hinweg bearbeiten. Dadurch erhält man unkonventionellere Einblicke in den Alltag

als mit anderen Methoden (z.B. Interviews) und die Teilnehmer*innen können ihren Stadtteil mit neuen Augen erkunden.

Über eine Zeit von zwei Wochen im September 2020 bearbeiteten zehn Haushalte verschiedene Aufgaben, die wir ihnen in Form eines „Päckchens“ zukommen ließen. Enthalten waren unter anderem eine Einwegkamera mit Motivvorschlägen (z.B. „einen Ort für Jung und Alt“)(Abbildung 11) sowie Tüten, die ähnlich einem Adventskalender jeden Tag eine neue (teils provokative) Frage in Bezug auf den Stadtteil enthielten, z.B.: „Wenn Du Bürgermeister*in des Hublandes wärst, was wäre Deine erste Amtshandlung?“ oder „Welcher ist der beste Wochentag am Hubland? Warum?“.

Literatur

Flicker, A. (2018). *Inspiration, Partizipation, Kreativität – innovative Ansätze bei der Entwicklung einer neuen Stadtteilbibliothek in Würzburg*. *Bibliotheksdienst*, 52(2), 84–94.

Gaver, B., Dunne, T., & Pacenti, E. (1999). *Design: Cultural probes*. *Interactions*, 6(1), 21–29.

Maas, F., & Klüber, S. (2020a). *Don't be afraid of dystopias: Talking about values in PD processes*. *Computing Professionals for Social Responsibility: The Past, Present and Future Values of Participatory Design*, 1. <https://pdc2020cpsr.pubpub.org/pub/iuwetmbv>.

Maas, F., & Klüber, S. (2020b). *„Lasst uns Gesichtserkennung auf dem Marktplatz einsetzen“: Warum Dystopien PD Projekte voranbringen*, 2.

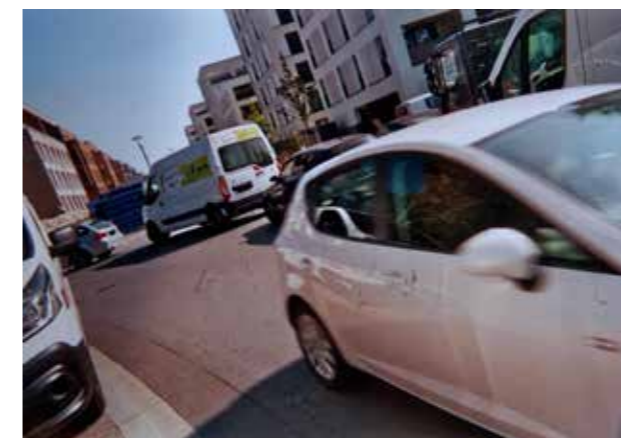


Abbildung Nr 7: Bild zum Thema „Das ärgert mich am Hubland“ (Teilnehmendenfoto)

Abbildung Nr 8: Bild zum Thema „Das ärgert mich am Hubland“ (Teilnehmendenfoto)

Abbildung Nr 9: Das Wasserbecken steht seit dem ersten Winter leer (Teilnehmendenfoto)

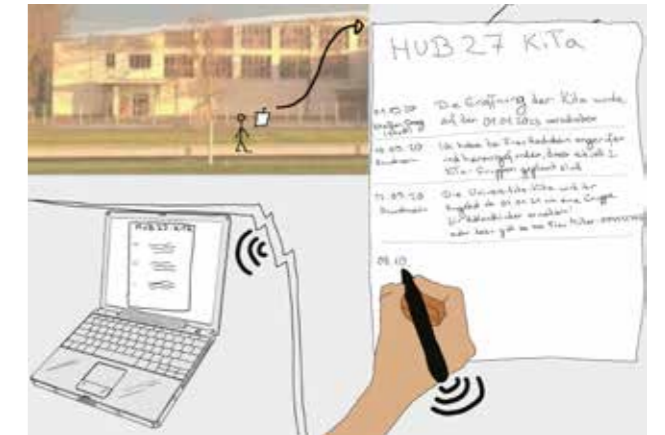
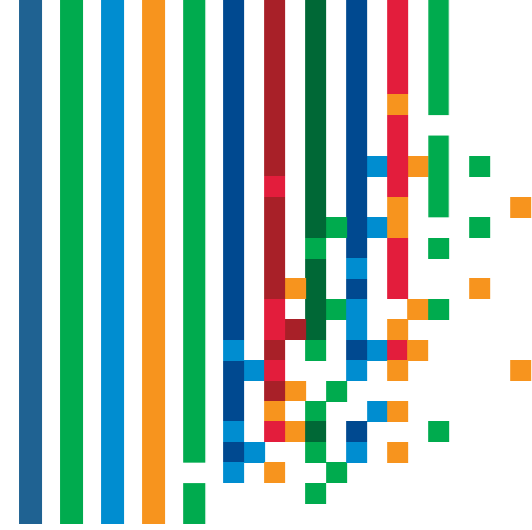


Abbildung Nr 10: Vision zum Konzept „Prozessverfolgung“, die ein digital-analoges Tool zeigt, auf dem Teilnehmende neue Entwicklungen (für alle zugänglich) sammeln können

Abbildung Nr 11: Einwegkamera mit Motivvorschlägen



Wenn bayrische KulturVision auf die Zukunft des Journalismus trifft – ein Workshop im Rahmen der Bürgerkonferenz Medien

Media Future Lab

Alexis Mirbach

Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung

Damit Teilnehmer*innen bei einem mehrstufigen Bürger*innen-beteiligungsprozess über einen längeren Zeitraum erhalten bleiben, braucht es eine begeisterte Methode. Im Projekt Media Future Lab praktizieren wir ein Format nach den Zukunftswerkstätten (vgl. Jungk / Müllert 1981), das gelingende Partizipation verspricht. Doch bei dem folgend beschriebenen Workshop hat die Methode sogar zu große Lust bewirkt, was bei mir als Moderator wiederum zu Frust geführt hat. Warum, und wie diese Methode in der Praxis aussieht, zeige ich im Folgenden.

Der Workshop fand im Rahmen der „Bürgerkonferenz Medien“ statt, die wir im Projekt Media Future Lab von Mai bis Dezember 2021 veranstaltet haben. Auf der Bürgerkonferenz haben 33 Teilnehmer*innen ein „Bürgerbuch“ zur Zukunft des Journalismus geschrieben. Sieben Arbeitsgruppen sollten in mehreren Etappen jeweils ein Kapitel verfassen. Den Auftakt bildet für jede Arbeitsgruppe ein sogenanntes Media Future Lab. Der Workshop gliedert sich nach dem Vorbild der Zukunftswerkstätten in die drei Phasen Kritik, Utopie und Lösungen und wird in zeitlich komprimierter Form durchgeführt. Für die Arbeitsgruppen auf der Bürgerkonferenz legen die Media Future Labs den inhaltlichen Grundstein für ihre jeweiligen Kapitel. Wenn die Teilnehmer*innen an diesem Punkt keine Lust entwickeln, ist das Projekt gestorben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Methode von Anfang an begeistert.

Die Arbeitsgruppe für dieses Kapitel stammt aus dem Tegernseer Tal und hat den Weg zu uns über unseren Praxispartner KulturVision gefunden. KulturVision gibt für den Landkreis Miesbach ein Online-Magazin heraus und organisiert im Bayerischen Oberland zahlreiche Veranstaltungen. Ob die Arbeitsgruppe bei uns mitmacht, stand vor dem Workshop noch nicht fest. Sie wollten sich „das mal ansehen“, denn im bevorstehenden Sommer 2021 will KulturVision gemeinsam mit dem Katholischen Bildungswerk ein Zukunftsforum veranstalten. Was das für uns bedeutet, erfahre ich erst nach dem Workshop.

Die Arbeitsgruppe besteht aus einem Mann und vier Frauen zwischen Anfang 20 und 70. Sie stammen gebürtig aus Oberbayern (2), Sachsen (1), USA (1) sowie Frankreich (1) und üben die Berufe Landwirt, Kauffrau, Künstlerin, Journalistin und Studentin aus. Zum Zeitpunkt des Workshops hatte ich bereits rund 20 Media Future Labs als Moderator durchgeführt, aber noch keine Arbeitsgruppe erlebt, die so straff und konstruktiv vorgeht wie diese. In dem Workshop schreiben die Teilnehmer*innen ihre Punkte in der Kritik-, Utopie-, und Lösungsphase jeweils auf Karteikarten, die anschließend geclustert werden. Wir ziehen das Programm an einem Montagnachmittag in exakt drei Stunden von 15–18 Uhr durch. Trotz dieser Effizienz kam die Kreativität keineswegs zu kurz. Ganz im Gegenteil, wie die Ergebnisse verdeutlichen.

Der folgende Abschnitt gibt die Aussagen der Teilnehmer*innen auf Basis der Karteikarten wieder. Es sind Meinungsäußerungen, die in diesem Kontext nicht mit wissenschaftlich gesichertem Wissen zu verwechseln sind.

Kritik 1: Medien spalten

Am intensivsten wurde in der Kritikphase des Workshops von den Teilnehmer*innen herausgestellt, dass die Medien in ihrem gegenwärtigen Zustand spalten würden. Und das habe mehrere Gründe: Der Journalismus sei zunehmend einseitig und parteiisch. Das zeige sich auch darin, dass Standpunkte und Informationen aus alternativen Nachrichtenquellen (die die Gruppe keineswegs bevorzugt!) nicht in den bekannten Nachrichtenformaten vorkommen. So gäbe es in der Meinungsbildung nur ein entweder ... oder. Die Menschen würden sich in Blasen bewegen und nur lesen und entdecken, was sie schon kennen. Hierzulande manifestiert sich nach Ansicht der Teilnehmer*innen ein Trend, der sich in den USA schon Ende der Nullerjahre zeigte: Andere Meinungen würden als persönliche Feindschaft ausgelegt. Dass die Medien spalten, läge auch daran, dass die Presselandschaft entweder elitär sei wie die ZEIT oder billig wie die BILD. Die Jugend nutze wiederum kaum

traditionelle Medien, sondern vor allem Social Media – was wiederum die jungen und die alten Mediennutzer trennen würde. Und nicht nur das: Social Media spalte generell durch seine Aufregungsalgorithmen. Dazu würden in den Online-Medien nur noch die Überschriften und Teaser gelesen, die in ihrer Kürze keine differenzierte Beobachtung zuließen. Doch die durch Medien bewirkte Spaltung habe ihren Ursprung nicht nur in den Neuen Medien. Sondern auch in den Talkshows der Fernsehsender gäbe es keine Gesprächskultur.

Aus dieser Kritik entwickelte die Gruppe einen Wunsch: „Medien tragen zur Gemeinschaft und Verständigung bei. Dadurch würde sich in der Gesellschaft ein rücksichtsvoller und empathischer Umgang entwickeln.“

Damit der Wunsch im Sinne Erik Olin Wrights „Realer Utopien“ (2017) Wirklichkeit werden kann, formulierte die Gruppe konkrete Lösungsvorschläge. Die lauten so: „Wir brauchen Medien, die die Vielfalt der Meinungen in einer wohlwollenden Gesprächskultur entwickeln lassen und Raum für Verständnis geben. Das gelingt durch journalistische Beteiligung möglichst vieler Menschen. Auch die großen Medien sollten ganz normale Menschen einfach schreiben lassen. Dazu könnte der Journalismus praktische Übungen, Vorträge, Poesie und Kunst anbieten, die Menschen befähigen, Gemeinschaft zu leben. In einer Rubrik „Das Gute Beispiel“ könnte es täglich darum gehen, wie Menschen zur Verständigung in der Gemeinschaft beigetragen haben. Ein empathischer Umgang mit Meinungen wäre auch möglich, wenn alle Menschen neugierig wären und alles lesen würden, bevor sie sich für eine Meinung entscheiden. Dafür müsste in der Schule gelehrt werden, sich kritisch zu informieren und mehrere Quellen anzuschauen, um seine Meinung zu fassen und zu debattieren. Dazu kann der Staat „Meinungswesten“ einführen, mit der man jeden Tag eine andere Meinung zur Schau tragen muss. Das erhöht das Verständnis für Andersdenkende. Oder es könnte auch einen Kontrollrat geben, der die Verständigungsleistung der Medien prüft.“

Ein weiterer Vorschlag: „Alle Journalisten sollten die Möglichkeit für eine Gesprächsführungstherapie erhalten. Zum Beispiel ein Training in Gewaltfreier Kommunikation nach dem Ansatz des US-Psychologen Marshall B. Rosenberg. Dadurch lernen Journalisten friedliche Konfliktlösungsstrategien und ermöglichen einen wertschätzenden, kreativen und kooperativen Kommunikationsfluss. Dazu müssten Journalisten ermuntert werden, so viele Themen und Meinungen zu sammeln wie möglich. Medien müssen alle Richtungen abdecken.“

Kritik 2: Politische Beeinflussung

Die Gruppe erkennt einen hohen Grad an politischer Beeinflussung im Journalismus. Das zeige sich an „Obrigkeitsgehorsam der Journalisten“, „Angstmacherei während Corona“, mangelnder Neutralität, einseitiger Expert*innenauswahl sowie der Vermischung von Bericht und Kommentar.

Der Wunsch der Gruppe lautet: „Medien besitzen absolute Souveränität. Sie berichten unabhängig, neutral und umfassend ohne fremde Einwirkung.“

Das Spannende an dem Wunsch der Teilnehmer*innen: Die Idealvorstellung entspricht dem traditionellen Rollenselbstverständnis von Journalist*innen in liberalen sowie demokratisch-korporatistischen Mediensystemen (vgl. Hallin/Mancini

Damit Teilnehmer*innen bei einem mehrstufigen Bürgerbeteiligungsprozess erhalten bleiben, braucht es eine begeisterte Methode. Im Projekt Media Future Lab haben wir ein Format nach den Zukunftswerkstätten praktiziert, das Lust macht und Gelingen verspricht.

2004). Der Wunsch ist also keine realitätsfremde Utopie, sondern Ausdruck einer „basalen Gemeinsamkeit“ zwischen Medienschaffenden und Publikum, eine notwendige Voraussetzung für die Zukunft einer liberalen Gesellschaft (vgl. Bogner, S. 54). Warum das journalistische Ideal aus Sicht der Teilnehmer*innen im Ist-Zustand nicht erfüllt ist, hat die Arbeitsgruppe anhand ihrer Kritikpunkte dargestellt. Umso wichtiger sind mit Blick auf den gemeinsamen Referenzrahmen die konkreten Lösungsvorschläge im Folgenden:

Die Gruppe stellt fest, dass der Typus „objektive*r“ Journalist*in praktisch unmöglich sei, da es immer Abhängigkeiten und eigene Standpunkte gäbe. Deshalb wäre es eigentlich sogar in Ordnung, meinen die Teilnehmer*innen, dass Medien politisch gefärbt seien – aber die Journalist*innen sollten dies den Leser*innen wenigstens sagen. Journalist*innen könnten stattdessen auch mit offenen Karten spielen und respektvoll gegenüber anderen Meinungen sein. Jedes Medium sollte Journalist*innen unterschiedlicher politischer Auffassungen einstellen, damit nicht die gesamte Zeitung oder TV-Sendung politisch ähnlich gefärbt sei. Journalist*innen müssten sich entscheiden dürfen: Entweder a) offen für eine Partei zu schreiben oder b) eine Schulung in Unabhängigkeit zu absolvieren. Denn bewusst nicht zu manipulieren, sei eine Kunst und müsse intensiv geübt werden. Weitere Ansätze, damit Medien unabhängig berichten könnten, wären starke journalistische Persönlichkeiten, die Unkündbarkeit in den Arbeitsverträgen und andere Verfahren bei den Karriereberufungen. So sollte ein Aufstieg in einer Redaktionshierarchie nur durch Vorschläge und Wahl durch die anderen Redaktionsmitglieder möglich sein.

Kritik 3: Wirtschaftliche Abhängigkeit

Die Arbeitsgruppe kritisiert auch die hohe Abhängigkeit des Journalismus von Verleger*innen und Wirtschaft. Die Verleger*innen würden implizit „die Haltung und Meinung der Redaktionen diktieren“. Die Journalist*innen müssten zudem Rücksicht auf die Annoncen-Schalter*innen nehmen, um

Werbung zu verkaufen.

Der Wunsch der Gruppe lautet:

„Medien gestalten ohne Druck, sind wirtschaftlich unabhängig und Journalisten können sich ihre Themen frei wählen.“

Auch dieser Wunsch deckt sich mit den Bedürfnissen professioneller Journalist*innen in Deutschland (Rick / Hanitzsch 2021). Deshalb lohnt sich der Blick auf die Lösungsvorschläge der Teilnehmer*innen umso mehr: Die Teilnehmer*innen schlagen neue Finanzierungsmodelle vor, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit im Journalismus zu erhöhen. Dazu zählen: Grundeinkommen für Journalist*innen, Reiche geben statt einer Kirchensteuer eine Mediensteuer, Sonderprämien für Qualität, Online-Angebote werden kostenpflichtig, Medien werden durch unabhängige Stiftungen finanziert, einzelne Journalisten erhalten einen Sponsor, Medien-Finanzierung aus einem Topf von Staat und Kommunen und gesellschaftlich soll die Bereitschaft steigen, Journalist*innen zu unterstützen.

Eine Frage in der Gruppe: Wäre eine Medien-Welt ohne Werbung möglich? Das Urteil der Teilnehmer*innen: Wir brauchen keine Werbung mehr! Denn erstens bekomme heute jeder, was er braucht, durch Algorithmen. Und zweitens vermeide die Abschaffung von Werbung und dicken Katalogen Müll und brächte einen vom Konsumterror weg. Statt Verkäufer zu sein, würden die Journalist*innen Dichter.

Kritik 4: Fehlende Qualität

Die Teilnehmer*innen bemängelten in der Kritikphase zudem die fehlende Qualität im Journalismus. Damit ist gemeint, dass es Fake News sowie unverifizierte Quellen gäbe, aber keine Kontrolle darüber, ob die Inhalte wahr seien. Dazu gäbe es zu wenig Bereitschaft zu recherchieren und manchmal seien die Artikel auch einfach schlecht geschrieben.

Der Wunsch lautet:

„Journalist*innen recherchieren gründlich, geben Quellen an und bedienen sich einer verständlichen und gut lesbaren Sprache.“

Zur Realisierung werden zwei Wege vorgeschlagen. Der erste heißt Schulungen. Etwa für gründliches und wissenschaftliches Recherchieren sowie für Sprachstilistik. Oder: Journalist*innen bräuchten eine gute Ausbildung, genügend Zeit und neue Methoden, um Quellen anzugeben. Dazu zählt nach Ansicht der Teilnehmer*innen auch: „Jeder Artikel erhält am Ende Quellenangaben, für die die Journalisten geradestehen müssen. Quellenangaben müssen immer mit einem QR Code abrufbar sein, damit sie die Leser selber anschauen können.“ Und eine utopische Lösung der Arbeitsgruppe lautet: „Toll wäre es, alle Quellen per Knopfdruck nachzulesen. Sie werden einem einfach durch einen Stromschlag ins Hirn gebeamt.“ – Was es aber nicht bräuchte, seien Schulungen in „Sprachbevormundung“ wie beim sogenannten „Gendern“.

Der zweite Lösungsweg heißt Anreiz und ist der Gruppe in der Diskussion wichtiger als die Schulungen. So sollte es Auswertungen geben, wer zu einem Thema am seriösesten berichtet hat und einen Wettbewerb um Qualität. In unserem derzeitigen Mediensystem müsse das Verfassen guter Berichte wirtschaftlich besser belohnt werden – auch durch mehr Preise für hochwertigen Journalismus.

Kritik 5: Boulevardisierung

Nach Ansicht der Teilnehmer*innen gibt es im Fernsehen zur besten Sendezeit oft nur sehr flache Themen und seichte Unterhaltung. Im Journalismus insgesamt werde zu oft auf Drama statt qualitative Informationen gesetzt. Er sei oberflächlich, aufpeitschend, sensationsheischend auf das Negative fokussierend.

Der Wunsch lautet:

„Die Boulevardpresse hat ihren Stellenwert in der Medienlandschaft, aber berichtet liebevoll und nachsichtig.“

Lösungsvorschläge:

Journalist*innen sollten nach Ansicht der Arbeitsgruppe die soziale Kompetenz besitzen, mehr positive als negative Stories zu schreiben. Dazu bräuchten wir alle eine Schulbildung, die zu intensiveren und anstrengenderen Lesen erzieht und Kultur, Nachsicht und Empathie vermittelt. Die Belohnung sei Horizonterweiterung und Freude an Diskussionen. In einer idealen Welt lebten Politiker und Journalist*innen diese humanistische Prägung vor.

Der weitere Verlauf:

Zum Ende des Media Future Lab beschloss die Gruppe, folgende Punkte weiter auszubauen:

1. Schulungen für Journalist*innen in Gewaltfreier Kommunikation
2. Demokratische Verfahren zur Karriereberufung von Journalist*innen
3. Eine Welt ohne Werbung
4. Rubrik „Das gute Beispiel“

Nach Abschluss des Workshops folgt die für mich wichtigste Frage: Wie hat Ihnen der Workshop gefallen? Werden Sie im Rahmen der Bürgerkonferenz Medien weitermachen und gemeinsam ein Kapitel verfassen?

Die Arbeitsgruppe antwortet einstimmig: Das Format der Media Future Labs ist eine fantastische Methode! Allerdings: Ob die Teilnehmer*innen dabeibleiben, stehe noch nicht fest.

Eine Woche später erhalte ich die Rückmeldung von KulturVision: Ja, der Workshop habe allen sehr gut gefallen. Aber: Die Teilnehmer*innen werden im Sommer 2021 keine Zeit mehr für unsere Bürgerkonferenz Medien besitzen. Denn sie werden die Karteikarten-Methode des Media Future Lab nun selbst anwenden: als Moderator*innen beim kommenden Zukunftsfo-

rum im Landkreis Miesbach. Statt eine Arbeitsgruppe für unseren Bürgerbeteiligungsprozess zu gewinnen, habe ich somit einen Tag in eine Ausbildung investiert, die unser Projekt nicht voranbringt. Die Nachricht löst bei mir als Projektkoordinator somit Frust aus. Auch weil die Absage aufgrund der hohen Motivation der Teilnehmer*innen und der spannenden Ergebnisse besonders schade ist. Bedenkt man allerdings, dass ein Ziel des Forschungsverbunds ForDemocracy der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis ist, könnte die Nachricht von KulturVision kaum besser sein: Die Methode des Media Future Lab zieht weite Kreise in der Zivilgesellschaft. Geht es bei uns „nur“ um Medien, behandelt das Zukunftsforum mit 15 Arbeitsgruppen Themen zu Wirtschaft, Digitalisierung, Verkehr, Gesundheit, Soziales Miteinander oder Wohnen. Mit Blick auf den hohen Diffusionsgrad fällt der Workshop nach meiner anfänglichen Enttäuschung somit doch noch in die Kategorie: Lust in der Partizipation. Beim Zukunftsforum von KulturVision bin ich seither als ständiger wissenschaftlicher Begleiter dabei.

≡ Literatur

Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen*. Ditzingen: Reclam.

ForDemocracy (2018). *Antrag zur Förderung des Bayerischen Forschungsverbunds Zukunft der Demokratie*.

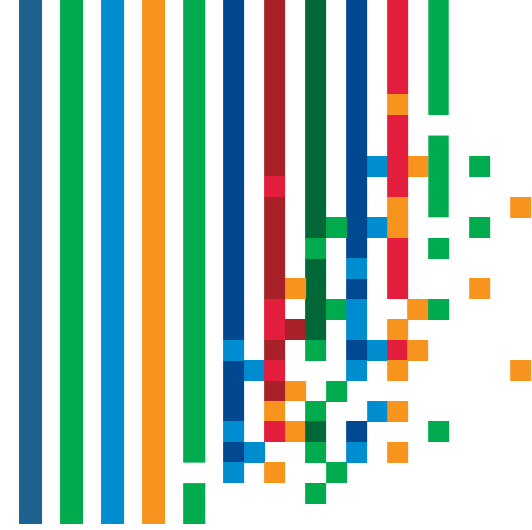
Hallin, D. & Mancini, P. (2004). *Comparing media systems. Three models of media and politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hanitzsch, T., Rick, J. (2021). *Prekarisierung im Journalismus*. Erster Ergebnisbericht.

Jungk, R. & Müllert, N. R. (1981). *Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation*. Hamburg: Hoffmann und Campe.

KulturVision e.V. – *Das Online-Kulturmagazin für den Landkreis Miesbach*. (Abruf unter kulturvision-aktuell.de).

Right, E. O. (2017). *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.



„Die Masse macht’s“: Hürden der Teilnahme an Klima-Demonstrationen

Digitale Partizipation in der Kommunalpolitik

Jörn Hurtienne
Franzisca Maas

Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Psychologische Ergonomie /
Institut Mensch-Computer-Medien

Über Klima-Demonstrationen steigen viele bei „Fridays for Future“ (FFF) ein und die Demos bilden die zentrale Partizipationsform der Bewegung. Im Teilprojekt „Digitale Partizipation in der Kommunalpolitik“ interessierte uns, wie man sich für die Teilnahme an den Klima-Demonstrationen entscheidet, was daran hindert und welche (post-)digitalen Lösungsansätze dafür denkbar sind. Aus den vielen Details lernten wir einiges über Selbstwirksamkeit, Zugehörigkeit und die Vor- und Nachteile formeller Strukturen. Da vieles auf Informationsdefizite hinwies, entwickelten wir das Konzept einer interaktiven Litfaßsäule.

Nach dem Vorbild von Greta Thunberg gehen Schüler*innen freitags während der Unterrichtszeit auf die Straßen und demonstrieren. Sie protestieren gegen die fehlenden Maßnahmen der Politik, um die Ziele der Weltklimakonferenz zu erreichen. Auch in Würzburg gibt es seit Januar 2019 eine FFF-Ortsgruppe, die auch in Corona-Zeiten Klima-Demonstrationen organisiert. Für eine Bestandsaufnahme gingen wir 2019 auf die Demonstrationen und nahmen an Sitzungen der Würzburger Organisator*innen teil.

Befunde: Lust und Frust der Partizipation

Den Zugang zu FFF kann man über verschiedene Kanäle finden. Viele lernen FFF aus der aktuellen Berichterstattung in den Medien kennen, haben dabei von Greta Thunberg und ihren Forderungen gehört und haben sich daraufhin mehr mit dem Thema beschäftigt. Weil „FFF gerade im Gespräch ist“, werden weitere Menschen auf die Bewegung aufmerksam. Wichtig sind Freund*innen und Familie, oft ältere Geschwister, und Mitschüler*innen, die eine*n mit auf eine Demonstration nehmen. Wichtig sind aber auch die sozialen Medien wie Facebook und Instagram sowie die direkte Ansprache über WhatsApp-Gruppen.

Die Teilnehmer*innen möchten rechtzeitig die wichtigsten Informationen erhalten: wann und wo findet die nächste Demo statt und entlang welcher Route verläuft sie? Hürden sind dabei,

dass oft nicht klar ist auf welchen Social-Media-Kanälen die relevanten Informationen zu finden sind, dass diese von den Organisatoren zu spät eingestellt werden und dass eine unübersichtliche Darstellung das Finden erschwert. Für Neueinsteigende bedeutet das: „Man muss hartnäckig sein um an Infos zu kommen“. So muss man erst herausfinden, dass man einer WhatsApp Gruppe beitreten muss oder die Informationen nur auf der lokalen, und nicht der bundesweiten, FFF-Webseite zu finden sind.

Obwohl FFF absichtlich dezentral organisiert ist, wünschen sich viele Befragte feste Ansprechpartner*innen für ihre Wünsche, Anregungen und Fragen. Oft ist ungewiss, an wen man sich wenden kann. Das Fehlen von Anlaufstellen kann potenzielle Helfer*innen sogar davon abhalten, sich stärker in die Organisation einzubringen.

Für die Organisation der Bewegung gibt es aber viel Lob. Dort sind „viele Menschen, die ihre Aufgabe zuverlässig machen“, „Admins laden regelmäßig zum Orga-Treffen und Ideen-Teilen ein“, „Bei Fragen/Anregungen kann man den Admins in der WhatsApp Gruppe schreiben, die kümmern sich“, „Admins reagieren positiv auf Vorschläge und setzen diese gern in echt um“.

Trotz aller Versuche, relevante Informationen rechtzeitig bekannt zu geben, wird der Prozess aber auch als „chaotisch innerhalb der Gruppe“ beschrieben. Manchmal scheint sich niemand verantwortlich zu fühlen und Zuständigkeiten scheinen unklar zu sein. FFF wirkt von außen manchmal „anonym und intransparent“ und „es ist nicht klar, wie Entscheidungen gefällt werden“. Erschwert wird das Engagement durch die Zersplitterung in Untergruppen, z. B. Parents for Future oder Scientists for Future. Diese sind jeweils unterschiedlich organisiert und arbeiten unterschiedlich schnell, was für den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Gruppen hinderlich ist.

Einige Teilnehmer*innen finden, dass FFF in eine bessere Zusammenarbeit investieren sollte; für andere ist dies jedoch nicht die höchste Priorität.

Mit der Vielfalt der einzelnen Gruppen stellt sich die Frage, wie inklusiv die Bewegung ist. Neben Schüler*innen nehmen auch Ältere gern an den Demonstrationen teil. Sie sind sich jedoch unsicher, ob sie auch wirklich willkommen sind. Bereits Schulabgänger*innen sehen sich oft nicht mehr zugehörig; Studierende fühlen „sich fehl am Platz. Ich will nicht bei Schülern, sondern bei Gleichaltrigen Anschluss finden, aber es sind nur wenige da.“ Teilnehmer*innen Mitte 20 werden auf der Demonstration gefragt, ob sie nicht zu alt seien. Teilnehmer*innen aus der Generation Parents for Future sagen „[ich] fühle mich mental zugehörig, physisch jedoch nicht“ oder berichten, dass ihr Engagement nicht angenommen wird. Diese Erfahrungen stehen im Widerspruch zu dem Wunsch, die Demonstrationen für alle zugänglich zu machen. Alle Altersgruppen sollen mitmachen, denn „die Masse macht’s, jeder einzelne macht etwas aus“. Die Teilnehmer*innen meinen, FFF solle stärker auf die Studierenden zugehen, denn in Würzburg gibt es bei einer Größe von 128.000 Einwohner*innen etwa 36.000 Studierende. Aber auch simple Dinge wie die Terminierung der Demonstrationen sind wenig inklusiv: „der wiederkehrende Termin am Freitagvormittag ist für viele Berufstätige nicht tragbar“.

Viele Teilnehmer*innen würden sich gern auf die Teilnahme an den Demonstrationen vorbereiten. Sie wollen den Ablauf der Veranstaltung, die Route sowie die geltenden Demonstrationsgesetze kennen. Schüler*innen haben oft Angst vor Strafen, wenn sie wegen der Demonstration dem Unterricht fernbleiben. Ein drohender Schulverweis ist abschreckend und kann an der Teilnahme an der Demonstration hindern. Aber auch Unterstützer*innen (wie z. B. Lehrkräfte) fragen sich, ob sie einen „Schulstreik“ unterstützen dürfen.

Vielen Schüler*innen ist es wichtig, dass sie nicht allein an der Demonstration teilnehmen. So gehen sie häufig in Freundesgruppen oder Klassenverbänden, die von der Schule aus starten: „Ich treffe hier meine Leute: Freunde, Gleichaltrige“. Viele jüngere Schüler*innen wollen jedoch nicht auf die Demonstration gehen, wenn keine Erwachsenen als Begleitung dabei sind: „Wenn man zum ersten Mal auf der Demo ist, ist man nicht in seiner Komfortzone, weil alles fremd ist“. Allerdings kann FFF auch mit Spaß und guter Laune werben: „Die erste Demo war für mich wie ein Sog, einer muss anfangen, dann kommen die anderen.“

FFF will ernst genommen werden. Hier geht es vor allem um das Image als „Schülerbewegung“. Die Schüler*innen fühlen sich von „Erwachsenen“ nicht ernst genommen und schon manche Schulabgänger*innen finden die Bewegung „eher lächerlich“. Einige Studierende machen mit, denn „FFF soll keine Kinder-Bewegung sein.“ Die Schüler*innen sind sich ihrer Sache jedoch sicher: „Wir wissen zu 100% worüber wir reden, auch wenn die Erwachsenen das nicht glauben.“ Aus Sicht der Teilnehmer*innen interessieren sich Lehrkräfte und Eltern nur dafür, dass Schüler*innen die Schule schwänzen. Ein Ausweg wäre es, konkrete Informationen für Eltern anzubieten, um Ängste bzgl. Strafen für ihre Kinder abzubauen.

Beim Demonstrieren geht es um Partizipation in Form von Protest. Und darum, die eigene politische Position auszudrücken, einer Gruppe anzugehören und, idealerweise, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Welche Hürden es dabei gibt und wie man unter Beteiligung von Demonstrierenden interaktive Technik baut, darum geht es in diesem Beitrag.

en. Um ernster genommen zu werden, sähen die Teilnehmer*innen gern eine Unterstützung durch die etablierte Politik.

Vielen Teilnehmer*innen ist die Wirksamkeit der Bewegung wichtig, um sich mit ihr identifizieren zu können. FFF soll mit ihren Erfolgen werben, aber auch mit ihren Forderungen und Positionen klar Stellung beziehen. Die Teilnehmer*innen wollen wissen, was die Demonstrationen bewirken: „Der größte Erfolg ist, wenn man selbst merkt, man bewegt etwas“. Die erzielten Erfolge für die Umwelt sollen sichtbar gemacht werden. Aber auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen ist interessant. Allein die Vielzahl der Teilnehmer*innen an den Demonstrationen beeindruckt: „ich merke, dass es wichtig ist, was ich mache, da so viele Menschen da waren“.

Personen, die sich bei FFF beteiligen, versuchen klimaschonend zu leben und fordern das auch von anderen: „Leute müssen ihr Leben umstellen – nicht nur an der Demo teilnehmen“. Das könnte beispielsweise mit der Organisation von Fahrgemeinschaften zu Demonstrationen anfangen. Die einen verfolgen dabei einen eher inklusiven Gedanken: „Man muss selbst nicht perfekt sein, um für Klimaschutz zu sein“. Andere finden jedoch „Die Bewegung ist zu nett“ und fordern mehr Radikalität: „große Mächte sollen Angst bekommen“. Mit konkreten Zielen und einem Appell an die Dringlichkeit von Klimamaßnahmen sollen klare Forderungen gestellt werden. Die globalen Ziele der Bewegung sollen auf lokale Ziele heruntergebrochen werden.

Eine wichtige Strategie zur internen und externen Kommunikation ist Informationen zum Klimaschutz verfügbar zu machen. Die Teilnehmer*innen wünschen sich gesicherte Fakten zum Klimawandel und praktische Anleitungen, wie man im Alltag die Umwelt schützen kann. Solche Informationen können auch als Werbung für die Bewegung fungieren. Teilweise werden diese auf den Demonstrationen auch kundgegeben, allerdings kann die Verbreitung schon daran

scheitern, dass die Vorträge in zu geringer Lautstärke übertragen werden. Auch wird bemängelt, dass „immer über das Gleiche aus der Vergangenheit“ gesprochen wird statt „die aktuelle politische Lage“ zu vermitteln.

Zur Werbung neuer Mitglieder wird eine breite Nutzung von analogen und digitalen Kanälen gewünscht. Direkte Ansprache per „Mundpropaganda“ oder WhatsApp werden als gute Rekrutierungswege gesehen: „Ich schicke Sammelnachrichten an alle meine Kontakte, um neue Leute zu werben.“ Aber auch klassische Medien wie Werbung auf Plakaten und Zeitungsartikel kommen in Frage. Für die breite Öffentlichkeit soll die Werbung sachlich, für Freund*innen emotional gestaltet sein. Zudem ist auch Werbung auf lokaler Ebene wichtig. Die Teilnehmer*innen schlagen vor, man solle Informationsstände in Schulen und Clubs einrichten an denen man u.a. Informationen zur nächsten Demonstration erhält. Wichtig für die Arbeit der Bewegung ist auch die Unterstützung durch Spenden und Sponsoren sowie die Verbreitung von Informationen durch die Sponsoren.

Insgesamt sieht man: die ursprüngliche Schüler*innenbewegung steht unter dem Druck, stärker zu wachsen und inklusiver zu werden. Ein wichtiger Punkt bei der Rekrutierung neuer Mitglieder ist die Verfügbarkeit von Informationen – allgemein über die Ziele der Bewegung und zum Klimawandel, aber auch konkret zur Organisation der nächsten Veranstaltungen. Die Zielgruppe ist dabei sehr vielfältig. Es gibt die klassischen Umweltschützer*innen, die aktiv daran arbeiten ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Es gibt Aktivist*innen, die in ihrem persönlichen Umfeld für FFF und den Klimaschutz werben wollen und dafür überzeugende Informationen, Werbestrategien und Argumente benötigen. Es gibt diejenigen, denen FFF zu wenig radikal ist und die härtere Forderungen stellen wollen. Es gibt die Vorsichtigen, die sich allein auf einer Demonstration unwohl fühlen und im Vorfeld genaue Informationen zum Ablauf der Demonstration benötigen. Es gibt die Älteren, die sich engagieren wollen, sich aber bisher

nicht eingeladen fühlen. Und es gibt die, die grundlegend bereit sind, zu unterstützen, aber das nicht mit zu viel Aufwand tun wollen oder können.

Die konkreten Bedürfnisse sind also je nach Interessenlage recht verschieden. Mit einer weiteren Webseite ist es nicht getan. Auch hörten wir „bitte keine weitere App, ich will nicht getrackt werden, brauche aber mir wichtige Infos“. Wie kann eine unaufdringliche Lösung aussehen, die auch die sozialen Aspekte der Bewegung mit aufnimmt und sich in den Alltag integrieren lässt?

Im Projekt entstand das Konzept einer interaktiven Litfaßsäule. Mitten in der Fußgängerzone würde sie stehen und durch ein großes Laufbanner am oberen Rand den Termin der nächsten Demo ankündigen. Passant*innen könnten sich allgemein über den Klimawandel, die Ziele von Fridays for Future und über die nächsten Klima-Demonstration informieren. Die Litfaßsäule würde den ersten Kontakt mit FFF erleichtern und den Zugang zu Informationen ermöglichen, auch durch Verweise auf verschiedene Social-Media-Kanäle. Ansprechpartner*innen und Mitmachmöglichkeiten wären hier genannt und Demotermine könnten interaktiv abgestimmt werden, um auch Berufstätigen die Teilnahme zu ermöglichen. Ein FAQ-Bereich (Frequently Asked Questions) könnte die aktuellen Demo-Gesetze erklären und klarmachen, dass Teilnehmer*innen aller Altersgruppen erwünscht sind. Aus dieser Version heraus entwickelte die Projektgruppe eine lebensgroße Version der Litfaßsäule aus Pappe und testete das Konzept mit mehreren Bürger*innen. Nach einigen Überarbeitungen steht das Konzept – jetzt fehlt nur noch die Implementierung!

Wir danken dem Projektteam Jana Krauss, Nathalie Milke, Lukas Schmid, Lea Weppert und Valentina Wohlfahrt. Alle fünf sind Studierende im Bachelor Mensch-Computer-Systeme, die in diesem Projekt die Datenerhebung, Auswertung, Konzeption und Test der interaktiven Litfaßsäule unter Betreuung von Franzisca Maas und Jörn Hurtienne durchführten.

Fazit

Demokratische Feigenblätter und Chancen der Partizipation



Über Lust und Frust an politischer Teilhabe – mit diesem Thema beschäftigt sich diese Textsammlung, in der verschiedene Teilprojekte des Forschungsverbunds ForDemocracy Einblick in ihre empirische Perspektive auf das Spannungsfeld der politischen Partizipation boten. In Beiträgen u.a. zu Identitätskonflikten zwischen zwei Staatsbürgerschaften, zu digitaler Partizipation im Stadtteil, zu Konsum und Räumen der Beteiligung, zu Demokratie am Arbeitsplatz und zum geschlechtlichen Unbehagen in der politischen Partizipation wurde die Bandbreite der Facetten von gesellschaftlicher Teilhabe deutlich. Doch welches Fazit lässt sich aus dieser Reihe ziehen?

Partizipation bedeutet, wie in der Einleitung dieser Broschüre bereits festgestellt, Teil sein von etwas oder Teil haben an etwas – sei es durch den periodischen Gang zur Wahlurne, die Teilnahme am öffentlichen Diskurs oder die Mitgestaltung gesellschaftlicher Institutionen (Beitrag 1). In den Beiträgen dieser Broschüre werden dabei verschiedene konkrete Modi der Teilhabe sichtbar, die von Akteur*innen in Fremd- oder Selbstbeschreibungen rekonstruiert wurden: Ob Demonstrationen für das Klima (Beitrag 12), demokratische Selbstorganisation in Firmen (Beitrag 2, 5), Gemeinschaftspflege in Repair-Cafés (Beitrag 3) oder dem eigenen Stadtteil (Beitrag 10) oder ein Engagement in religiösen Gemeinden (Beitrag 8) – die beschriebenen Partizipationsformen sind vielfältig wie unterschiedlich. Dabei zeigen sich verschiedene Schnittstellen und Muster zwischen den Erzählungen, die auf das Lust- und Frustpotential politischer Teilhabe schließen lassen, die hier als Fazit nochmal zusammengefasst werden:

1) Partizipation braucht Ressourcen

Wenn der Reparaturmeister Christian Fuchs in Beitrag 3 sein Engagement in der Gesellschaft beschreibt, wird schnell deutlich: Ohne die (finanziellen und zeitlichen) Ressourcen, über die der lohnunabhängige Christian verfügt, wäre eine derartige Teilhabe wohl kaum möglich. Partizipation ist durch ihre vornehmliche Ansiedelung außerhalb der Erwerbsarbeit

voraussetzungsreich, und Teilhabe muss man sich leisten können. Doch nicht nur auf individueller Ebene sind Ressourcen wie Geld, Zeit, Wissen oder Sozialkapital für eine Teilhabe förderlich, sondern auch strukturelle Voraussetzungen können die Lust oder den Frust an Partizipation beeinflussen: insbesondere verfügbare Räume für ein Engagement erweisen sich dabei als wichtige Voraussetzung, wenn beispielsweise verschiedene Orte im Stadtteil Würzburg-Hubland für Diskussionen und Präsentationen genutzt werden können, bspw. um einen Zebrastreifen zu erkämpfen (Beitrag 10). Auch die Besuchenden der Demokratiefestivals (Beitrag 9) betonen die Wichtigkeit von Orten, an denen Beteiligung ermöglicht wird – diese „Orte, an denen Austausch und Begegnung stattfindet“, wie ein Teilnehmer der Demokratiefestivals es ausdrückt, können dabei durchaus auch in Form einer digitalen Plattform bereitgestellt werden. Fehlen jedoch öffentliche, erreichbare und konsumbefreite Räume für Partizipation, wird eine Aushandlung gemeinschaftlicher Belange erschwert und eine mögliche Teilhabe gehemmt.

2) Partizipation muss gelernt werden

„Wenn man zum ersten Mal auf der Demo ist, ist man nicht in seiner Komfortzone, weil alles fremd ist“, sagt eine der Teilnehmerinnen der Klima-Demos in Beitrag 12 und spricht damit einen weiteren Punkt an: Partizipation muss gelernt und geübt werden. Sei es das Verstehen der Abläufe von Demonstrationen, die kritische Analyse von Medienangeboten (Beitrag 11) oder das Hinterfragen hierarchischer Strukturen in Institutionen der Ausbildung und Erwerbsarbeit (Beitrag 2) – wie die unterschiedlichen Teilhabemöglichkeiten funktionieren (und dass das Recht auf Beteiligung in verschiedenen Bereichen überhaupt besteht!) liegt oft nicht auf der Hand, sondern muss gelernt und verinnerlicht werden. Das Einüben demokratischer Umgangs- und Entscheidungsformen in verschiedensten Lebensbereichen (wie bspw. in Schulen, Vereinen, Medien oder der Lohnarbeit) ist also eine wichtige Voraussetzung für die Lust an Partizipation, für die wiederum Ressourcen eingeplant werden

müssen. Die Berücksichtigung dieses Lernprozesses von politischer Kompetenz ist jedoch, wie ein Interviewpartner in Beitrag 5 beschreibt, „gut investierte Zeit“.

3) Partizipation braucht Zugehörigkeit

Ein drittes Fazit bezieht sich auf die Ausschlussmechanismen aus Partizipationsvorgängen, die in den Beiträgen an verschiedener Stelle sichtbar werden. So zeigt sich, dass eine fehlende Anerkennung als Teil der politisch kompetenten Gemeinschaft als Partizipationshemmer fungieren kann, wenn beispielsweise junge Aktivist*innen bei Fridays for Future sich in ihrem Engagement von der Mehrheitsgesellschaft nicht ernstgenommen fühlen (Beitrag 12), Vertreter*innen des Chiemgauer-Vereins von regionalen Akteur*innen „belächelt werden“ (Beitrag 4), junge Frauen einen Gegensatz zwischen Weiblichkeit und Politik wahrnehmen (Beitrag 7), türkeistämmige Personen ‚zwischen‘ zwei Kulturen nur geringe Partizipationsmöglichkeiten für sich sehen (Beitrag 6) und Teilnehmende der Demokratiefestivals die fehlende Barrierefreiheit von Partizipationsangeboten kritisieren (Beitrag 9). Zwischen diesen Texten zeigt sich ein Bild davon, wie partizipierende Menschen im gesellschaftlichen Diskurs zu sein haben: Nicht jung, nicht weiblich, ohne Migrationshintergrund und ohne Behinderung. Die dadurch entstehende Legitimierungsbedürftigkeit des Engagements anderer Gruppen kann also zu Frust bei der politischen Teilhabe führen, wenn diese überhaupt erst begonnen wird. Dies zeigt sich auch im Kontext der Teilhabe in Institutionen und Medien, wie in den Beiträgen zur Erwerbsarbeit (Beitrag 2) und der Medienlandschaft (Beitrag 11) deutlich wird: Die Berücksichtigung verschiedener Hintergründe, Erfahrungen und Verortungen ist unabdingbar, wenn Strukturen gemeinsam und egalitär gestaltet werden sollen.

Als ebenso unverzichtbar für die Lust an Partizipation stellt sich ein Gemeinschaftsgefühl heraus, eine Identifikation mit den verfolgten Zielen und dem demokratischen Ethos. Dies wird beispielsweise deutlich in der Lust der Bewohner*innen des

Stadtteils Würzburg-Hubland ihr Viertel mitzugestalten (Beitrag 10), in der vertrauensvollen Zusammenarbeit der demokratischen Selbstorganisation in Firmen (Beitrag 5) sowie in den gefeierten Erfolgserlebnissen der Klimademonstrant*innen (Beitrag 12). Die notwendige Zugehörigkeit bezieht sich dabei nicht nur auf die Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft, sondern auch durch die Bewegung selbst, wie sich an ebendiesem Beispiel der Klimademonstrationen zeigt: so fühlen sich insbesondere ältere Interessierte trotz inhaltlicher Übereinstimmungen bei den von Schüler*innen dominierten Demonstrationen oft „fehl am Platz“. Die Gemeinschaftlichkeit und die wahrgenommene Sinnhaftigkeit des Engagements in diesen letzten Beispielen werden weiterhin kontrastiert durch den Frust, der insbesondere in kulturessektualisierenden Orientierungen türkeistämmiger Migrant*innen über die fehlende Zugehörigkeit zur deutschen und türkischen Gesellschaft deutlich wird und damit Anschlussmöglichkeiten an gesellschaftliche Teilhabe schmälert (Beitrag 6). Auch die jungen Frauen in ländlichen Räumen in Beitrag 7 beschreiben eine fehlende Selbstzuordnung zur männlich kategorisierten politischen Sphäre, für die sie nicht bereit sind, ihre geschlechtliche Identität zu kompromittieren (7). Ein Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl sowie eine Identifikation mit der Sache zeigen sich als wichtige Grundlage für Partizipation.

4) Partizipation braucht Selbstwirksamkeitsüberzeugungen

Neben Ressourcen und partizipatorischen Kompetenzen lässt sich aus diesen Beiträgen also auch die Akzeptanz der Gemeinschaft als grundlegend für eine gelungene Partizipation nachzeichnen. Doch nicht nur diese Fremdbewertung spielt eine Rolle – auch die Selbstwahrnehmung und insbesondere die eigenen politischen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen können die gesellschaftliche Teilhabe einer Person beeinflussen. Dieses in der Politikwissenschaft als (interne oder externe) ‚political efficacy‘ bekannte Konzept beschreibt die Überzeugung, dass man politische Vorgänge verstehen und in ihnen



partizipieren (internal efficacy) und dadurch politische Geschehen beeinflussen kann (external efficacy) (vgl. Campbell et al. 1954; Vetter 1997). Die Bedeutung von Selbstwirksamkeitsüberzeugungen wird auch in den Beiträgen dieser Broschüre deutlich: So nennen die Teilnehmenden der Demokratiefestivals (Beitrag 9) explizit die (externe) Selbstwirksamkeit als eine wichtige Bedingung für die Lust an Partizipation, während eine kontinuierliche Erfahrung von Wirkungslosigkeit frustrieren kann. Auch im Rahmen der Lohnarbeit berichten Beteiligte von einer Steigerung der Motivation und externen Selbstwirksamkeit durch einen größeren Gestaltungsspielraum (Beitrag 5); und Teilnehmende der Klima-Demonstrationen stellen fest: „Der größte Erfolg ist, wenn man selbst merkt, man bewegt etwas“ (Beitrag 12).

Auch die interne Selbstwirksamkeit kann einen Einfluss auf Partizipationsbelange haben: Dies zeigt sich insbesondere im Beitrag 7 über junge Frauen in ländlichen Räumen, die ihr eigenes Durchsetzungsvermögen sowie ihre politische Leidenschaft als unzureichend für ein institutionalisiertes politisches (Partei-)Engagement einschätzen und dieses daher nicht in Erwägung ziehen. Teilhabe, so wird deutlich, kostet neben den bereits beschriebenen finanziellen und zeitlichen Ressourcen auch Überwindung und Selbstvertrauen, da hierfür oft die eigene Komfortzone verlassen werden muss. Während die Teilnehmenden der Klima-Demos diese Herausforderungen durch einen Einbezug der Peer-Group in das eigene Engagement lösen („Ich treffe hier meine Leute“, Beitrag 12), ist diese Strategie auf ein formalisiertes politisches Engagement nicht ohne weiteres übertragbar, denn: Je formeller die Partizipationsform und je mehr man als teilhabende Person sichtbar wird, desto eher braucht es die starke Überzeugung, etwas einzubringen und dadurch bewirken zu können. Ohne diese Selbstwirksamkeitsüberzeugung können insbesondere bei formalen Partizipationsformen die Hürden zu groß sein.

Fazit: Scheinpartizipation und Chancen politischer Teilhabe

Deutlich wird in diesen Beiträgen zusammengefasst, dass Partizipation nicht ohne Hürden stattfindet: Man muss es sich (finanziell und zeitlich) leisten können, sich zu engagieren; Partizipationsprozesse müssen gelernt und sich zugetraut werden; und es braucht eine gewisse Identifikation mit Gruppen und Zielen, um die Teilhabe zu erleichtern. Die wahrgenommenen Voraussetzungen für Partizipation können also auch abschrecken. Dies zeigt sich insbesondere in politischen Konnotationen von Teilhabe, wenn beispielsweise türkeistämmige Migrant*innen Politik mit Streit verbinden (Beitrag 8), oder junge Frauen aus ländlichen Räumen ihre eigene Durchsetzungsfähigkeit für ein erfolgreiches Engagement als unzureichend erachten (Beitrag 7). Der fehlende Zugang zu Partizipationsprozessen kann folglich frustrieren, ebenso wie eine nur oberflächliche Einbindung in dieselben. Dieses Partizipationment ohne echten Gestaltungsspielraum wird beispielsweise in der Stadtteilarbeit (Beitrag 10) oder im Arbeitskontext (Beitrag 5) kritisiert: Intransparente Prozesse, fehlende Umsetzung von Ideen und Vorgaben ohne Mitsprachemöglichkeiten hemmen hier die Lust an Partizipationsprozessen.

Wie also muss Partizipation gestaltet sein, damit verschiedene Gruppen Lust am Engagement verspüren? Zum einen sollte eine möglichst niedrigschwellige Teilhabe ermöglicht werden – durch leicht auffindbare Informationen zu Partizipationsangeboten, durch verfügbare Räume der Teilhabe, durch Möglichkeiten, sich auch neben der Erwerbsarbeit engagieren zu können, und durch das Wissen, im nicht machtfreien Partizipationsraum akzeptiert und ernstgenommen zu werden, ohne sich zunächst beweisen zu müssen. Investierte Zeit für das Erlernen partizipatorischer Vorgänge sowie für den Abbau von (versteckten) Hierarchien und den Aufbau eines Gemeinschaftsgefühls kann dabei zum Gelingen von Teilhabeprozessen für alle Beteiligten beitragen. Deutlich wird: Ein Verständnis demokratischer Prozesse als kontinuierliche Aushandlung, die nicht unbedingt

linear und mit klarer Struktur erfolgen, ist hilfreich, um unnötigem Frust vorzubeugen – sei es in Form institutioneller politischer Beteiligung, auf Demonstrationen, im Arbeitsumfeld oder der Stadtteilarbeit.

Dieses Verständnis von Demokratie als Lebensform basiert nicht nur auf der Repräsentation aller Gesellschaftsmitglieder in politischen Institutionen, sondern auch auf der Annahme, dass allen Mitgliedern einer Gemeinschaft die „gleiche Teilhabe an der politischen Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse“ (Lessenich 2019: 18) zusteht. Demokratie ist mit John Dewey ausgedrückt „mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 2000: 121). Um dieses Grundprinzip demokratischer Teilhabe stärker gesellschaftlich verankern zu können und die politische Selbstwirksamkeit zu stärken, sollte Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen konsequent umgesetzt und erlebbar gemacht werden: In Kitas, Schulen, Erwerbsarbeit und Versammlungen – wo Menschen zusammenkommen, muss es demokratische Prinzipien und Mitspracherechte geben, um die eigenen Verhältnisse aktiv gestalten zu können. Daraus folgt auch, dass nicht die Einführung demokratischer Prinzipien in verschiedenen Lebensbereichen legitimiert werden muss, sondern deren Ausbleiben, denn: Eine lebendige Zivilgesellschaft ist partizipativ; und die aktive Förderung der Lust an Partizipationsprozessen auf allen Ebenen ist das Fundament einer lebendigen Demokratie.

Mina Mittertrainer & Barbara Thiessen
Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut

≡ Literatur

Campbell, A., Gurin, G. & Miller, W. E. (1954). *The Voter Decides*. Evanston: Row, Peterson and Company.

Dewey, J. (2000). *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Weinheim/Basel: Beltz.

Lessenich, S. (2019). *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem [Was bedeutet das alles?]*, Nr. 19625. Ditzingen: Reclam.

Vetter, A. (1997). *Political Efficacy: Alte und neue Maßmodelle im Vergleich*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49, 53–73.

Projektverzeichnis

Weitere Informationen zu den Projekten:

<https://www.fordemocracy.de/projekte/>



Prof. Dr. Gerald Beck & Dr. Robert Jende

RePair Democracy. Soziale Innovationen als Experimentierfeld demokratischer Mikropraktiken (RePaD)

Soziale Innovationen der Do-It-Together Bewegung wie Repair Cafés oder Offene Werkstätten organisieren sich überwiegend demokratisch. Die dort eingeübten demokratischen Praktiken werden im Projekt erforscht und mit den beteiligten Akteuren zur partizipativen Gestaltung von Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen erprobt.

Hochschule für angewandte Wissenschaften München

Angewandte Sozialwissenschaften, Soziale Innovationen und Organisationsentwicklung

Prof. Dr. Isabel Feichtner & Dipl. Hdl. Christian Gelleri

Demokratisierung von Geld und Kredit

Geld ist kein „Ding“, sondern Produkt kollektiven Designs. Der Designprozess kann demokratisch organisiert werden und auf lokaler wie transnationaler Ebene stattfinden. Am Beispiel des Währungsexperiments Chiemgauer untersuchen wir das Potential, mittels institutioneller Gestaltung von Geld demokratische Selbstbestimmung zu fördern.

Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Öffentliches Recht und Internationales Wirtschaftsrecht

Prof. Dr. Wilhelm Hofmann, Alexander Krüger M.A., In Kooperation mit: Prof. Dr. Lisa Herzog (Universität Groningen)

Deliberative Demokratie am Arbeitsplatz:

Das Potenzial von „Mini Publics“

Das Projekt untersucht mit philosophischen und empirischen Methoden, wie digitale Technologien die demokratische Partizipation am Arbeitsplatz ermöglichen und wie diese zur Stärkung der Demokratie beitragen können. Der Fokus liegt auf Praktiken, die den Austausch von Argumenten stärken.

Technische Universität München, TUM School of Governance
Professur für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Jörn Hurtienne & Franzisca Maas M.Sc.

Digitale Partizipation in der Kommunalpolitik:

Bürgerzentrierte Entwicklung und Evaluation technologiebasierter Lösungsansätze

Das Projekt entwickelt und evaluiert technologiebasierte Partizipationstools für die Kommunalpolitik. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf der Nutzer-, oder in diesem Fall bürgerzentrierten Entwicklung, welche durch eine fortlaufende Teilhabe von Bürgern erreicht werden soll.

Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Psychologische Ergonomie /
Institut Mensch-Computer-Medien

Prof. Dr. Michael Meyen & Dr. Alexis Mirbach

Media Future Lab

Bei diesem Projekt geht es darum, was wir als Gesellschaft von Medien erwarten, was wir unter gutem Journalismus verstehen und was wir uns das kosten lassen wollen. In „Media Future Lab“ entwickeln interessierte Menschen gemeinsam Antworten auf diese Fragen und formulieren diese in einem Bürgergutachten

Ludwig-Maximilians-Universität München

Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung

Prof. Dr. Annette Scheunpflug & Dr. Caroline Rau
Weltgesellschaftliche Orientierung von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten

Im Projekt werden auf der Basis eines systemtheoretischen Verständnisses weltgesellschaftlicher Orientierungen die auf Demokratie bezogenen Einstellungen von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten rekonstruiert. Dabei wird untersucht, wie sich diese Akteursgruppe in Räumen politischer Partizipation verortet. Aus den Ergebnissen werden Folgerungen für Angebote politischer Bildung erwartet

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik

Prof. Dr. Barbara Thiessen & Mina Mittertrainer M.A.

FRIDA – Frauen in die Kommunalpolitik

Das Projekt widmet sich dem Problem der geringen Repräsentation von Frauen in politischen Gremien und Ämtern auf kommunaler Ebene in Bayern. Neben der Analyse von Ursachen für dieses Demokratiedefizit werden Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils junger Frauen für kommunalpolitisches Engagement entwickelt, erprobt und evaluiert.

Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut

Fakultät Soziale Arbeit, Institut Sozialer Wandel u.
Inklusionsforschung (IKON)

*Impressum: Bayerischer Forschungsverbund ForDemocracy
Geschäftsstelle an der Ludwig-Maximilians-Universität München*

Postadresse: Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München

Geschäftsführung: Sabine Toussaint M.A., fordemocracy@ifkw.lmu.de

*Redaktion: Clara Löffler, Mina Mittertrainer M.A. & Dr. Robert Jende
Bildnachweis: Dipl. Hdl. Christian Gelleri, Dr. Robert Jende & Franzisca Maas M.Sc.*

Gestaltung: www.grafikcafé.de, Ursula Machat

Druck: www.laser-line.de

Juni 2022

